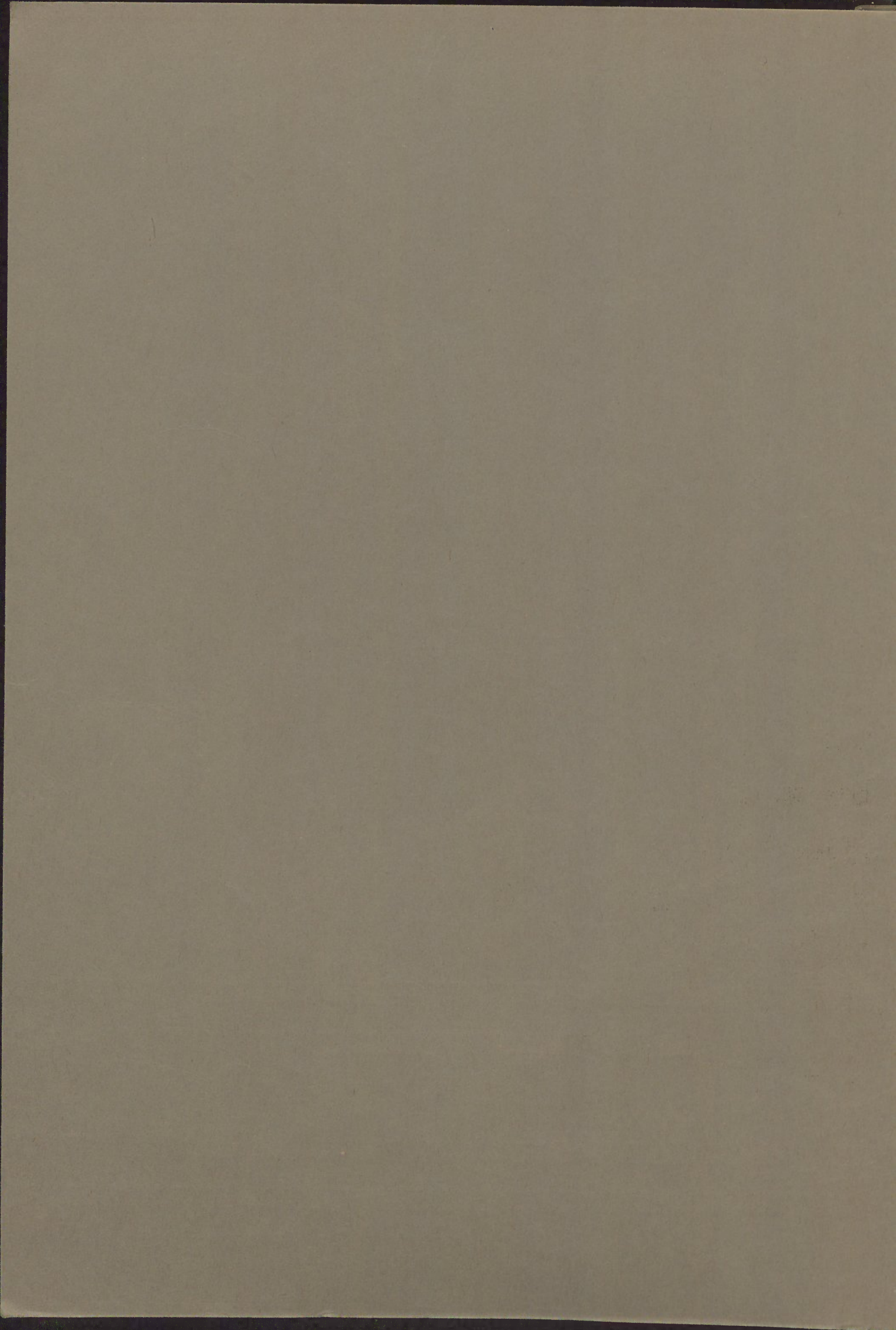


Eigentum der
Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Signatur

D 2817



9. VI. 1936

9/93.

tlliche Mittheilungen des Deutschen Handelstages. ges.



93.

erstattet

11435

VII 10.

ie Arbeitseinstellungen in Deutschland.

er Han-

auf Grund des dem Handelstage zugegangenen Materials dem bleibenden Ausschusse erstattet

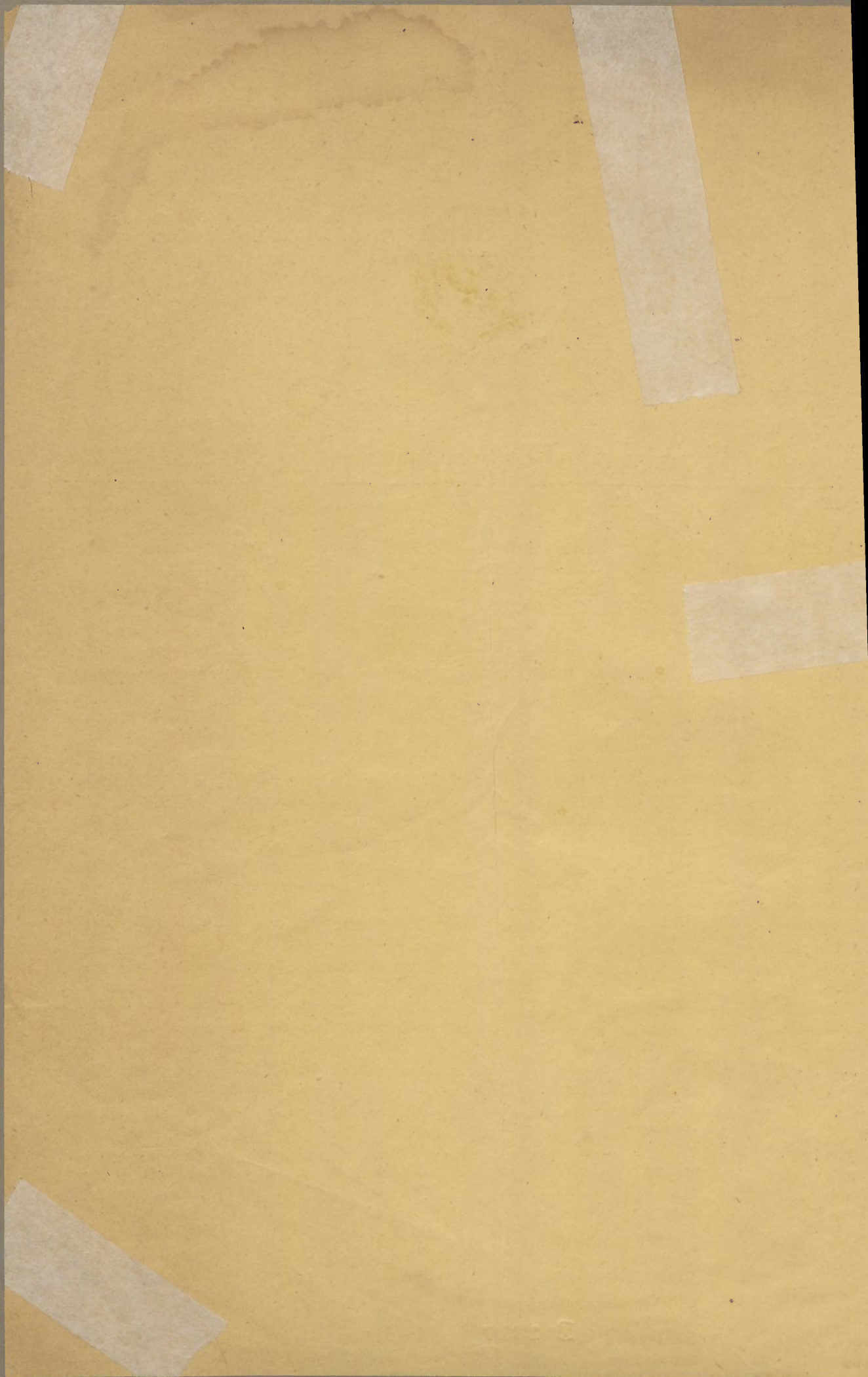
vom General-Secretär.

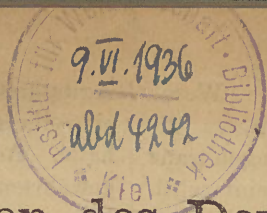


n Mate-
re Ge-
Nach
en ent-
eitsein-

D 2817

rgiebt,





Amtliche Mittheilungen des Deutschen Handelstages.

Die Arbeitseinstellungen in Deutschland.

Bericht auf Grund des dem Handelstage zugegangenen Materials dem bleibenden Ausschusse erstattet vom General-Secretär.

Der Umfang der Arbeitseinstellungen.

Der Umfang der Arbeiteragitationen und die Besorgnisse, dass dieselben eine nachtheilige Rückwirkung auf die deutsche Industrie haben können, sind für den bleibenden Ausschuss des deutschen Handelstages Anlass geworden, ein Rundschreiben an seine sämtlichen Mitglieder zu beschliessen, durch welches dieselben zur Beantwortung folgender Fragen aufgefordert werden:

- 1) Welche Arbeitseinstellungen sind in den industriellen Etablissements Ihres Bezirkes vorgekommen? Wie viele Arbeiter sind daran betheiligt gewesen? Welche Dauer haben dieselben gehabt? Bestehen Arbeitervereine mit dem Zweck, Arbeitseinstellungen zu organisiren und herbeizuführen? Sind die Arbeitseinstellungen von dem Bruch kontraktlich übernommener Verpflichtungen begleitet gewesen? Sind Störungen der öffentlichen Ordnung im Gefolge der Arbeitseinstellungen vorgekommen?
- 2) Welche Forderungen sind von den strikenden Arbeitern gestellt? Welche Maassregeln haben die Arbeitgeber zur Abwehr derselben ergriffen? In welchem Umfange sind die gestellten Forderungen befriedigt, wie weit sind sie mit Erfolg zurückgewiesen worden?
- 3) Ist die dortige Industrie durch die Arbeitseinstellungen in die Lage versetzt worden, übernommene Aufträge unerfüllt lassen oder ertheilte Aufträge ablehnen zu müssen? Und welcher andere Schaden ist Ihrer Industrie aus den Arbeitseinstellungen erwachsen?

In Erwiderung hierauf sind von folgenden Handelskammern und Corporationen bezw. Behörden Berichte eingesendet worden:

Heidenheim.	Geestemünde.
Hagen.	Limburg-Lahn.
Memel.	Frankfurt a. d. Oder.
Gotha.	Giessen.
Mannheim.	Elbing.
Lennepe.	Mainz.
Lauban.	Düsseldorf.
Swinemünde.	Arnsberg.
Worms.	Stolberg.
Thorn.	Dortmund.
Kottbus.	Kaiserslautern.
Wesel.	Hirschberg.
Gera.	Göttingen.
Bingen.	Saarbrücken.
Coblenz.	Schweidnitz.

Barmen.	Königsberg.
Kempten.	Lübeck.
Hanau.	Schweinfurt.
Siegen.	Stettin.
Landeshut.	Altenburg.
Neuss.	Bochum.
Lüdenscheld.	Carlsruhe.
Iserlohn.	Württembergischer Handelsverein.
Tilsit.	Leipzig.
Münster.	Calw.
Görlitz.	Cöln.
Stralsund.	Dresden.
Crefeld.	München.
Elberfeld.	Sorau.
Konstanz.	Lüneburg.
Bayreuth.	Darmstadt.
Zweibrücken.	Offenbach.
Cöslin.	Augsburg.
Duisburg.	Magdeburg.
Eupen.	Posen.
Stargard.	Breslau.
Gladbach.	Plauen.
Dillenburg.	Hannover.
Colberg.	Würzburg.
Essen.	Wiesbaden.
Pforzheim.	Flensburg.
Aachen.	

Ferner haben einzelne Hohe Staatsregierungen Material mitgetheilt.

Ueber die Berliner Verhältnisse haben mehrere Gesellschaften und Privatleute Berichte eingesendet. Nach Ausweis derselben sind in nachfolgenden Bezirken entweder gar keine oder nur ganz geringfügige Arbeitseinstellungen vorgekommen:

Heidenheim.	Neuss.
Memel.	Bayreuth.
Gotha.	Zweibrücken.
Lauban.	Dillenburg.
Thorn.	Pforzheim.
Cottbus.	Hirschberg.
Wesel.	Limburg-Lahn.
Gera.	Giessen.
Bingen.	Kaiserslautern.
Kempten.	Schweinfurt.
Siegen.	Calw.
Landeshut.	Wiesbaden.

Eine nähere Prüfung dieser letzteren Berichte ergiebt,

dass für die Bezirke Heidenheim, Memel, Lauban, Wesel, Kempten, Siegen, Neuss, Zweibrücken und Giessen die Frage nach dem Vorkommen von Arbeitseinstellungen ganz entschieden und ohne jede Einschränkung verneint wird. Heidenheim, Memel und Wesel beschränken sich auf diese einfache Negative, ohne weitere Motivierung und ohne irgend welche weitere Mittheilungen daran zu knüpfen. Bei gleicher Kürze unterscheiden sich die Berichte von den vorstehenden nur insofern, als sie ausdrücklich die Nichtexistenz von Arbeitervereinen mit dem Zwecke, Arbeitseinstellungen zu organisiren, konstatiren. Giessen hebt hervor, dass die daselbst bestehenden Arbeitervereine den Strikeagitationen fremd sind. Eine weitere Begründung des ganz spurlosen Vorübergehens der Arbeiterbewegung findet sich bei Kempten, Siegen und Zweibrücken. Sowohl Kempten wie auch Siegen sprechen sich anerkennend über den gesunden Sinn ihrer Arbeiter aus, und glauben einerseits diesem Umstande, anderseits der Fürsorge und dem Entgegenkommen der Arbeitgeber ihre günstige Lage zu verdanken. In beiden durch und durch industriellen Bezirken sind die Löhne aus freier Initiative der Arbeitgeber fortschreitend erhöht worden. Kempten meldet, dass keine Arbeiterorganisationen zum Drucke auf den Arbeitgeber bestehen. Als Illustration der dortigen Zustände ist noch ein Bericht der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei Kempten beigefügt, nach dessen Inhalt stets in humaner Weise mit den Arbeitern verfahren wird, welches Bestreben in einer vom Etablissement entsprechend dotirten Kranken- und Unterstützungs-Kasse, sowie in Pensions-Einrichtungen für invalide Arbeiter seinen Ausdruck findet. In Zweibrücken fehlt um deswillen jeder Anhaltspunkt für agitatorische Gelüste, weil beinahe die ganze Fabrikbevölkerung auf dem Lande wohnt und grösstentheils Haus und Acker besitzt, zu dessen Erwerbung die Fabrikanten den soliden Arbeitern bereitwillig die nöthigen Mittel gegen Rückzahlung in sehr kleinen Raten vorstrecken.

Die Bezirke Gotha, Thorn, Cottbus, Gera, Bingen, Landeshut, Hirschberg, Limburg — Lahn, Kaiserslautern, Schweinfurt und Wiesbaden, obwohl von Arbeitseinstellungen oder wenigstens Versuchen dazu nicht gänzlich unberührt, weisen doch in überwiegendem Maasse befriedigende ungetrübte Arbeitsverhältnisse auf. Gotha und Thorn negiren kurzweg das Vorkommen erheblicherer Arbeitseinstellungen, ersteres erwähnt ausserdem nur noch der durch die bekannten Vorgänge unter den Buchdruckereigehülfen veranlassten Kündigung von etwa 8 Setzern. Von Wiesbaden wird nur geäussert, dass es von Strikes in grösseren Verhältnissen und für eine längere Zeit bisher verschont blieb; zwei Versuche zu solchen blieben ohne alle Bedeutung.

Mehr oder weniger ausführlich ergehen sich Cottbus, Gera, Bingen, Landeshut, Kaiserslautern und Schweinfurt, deren Berichte übereinstimmend auf das erfreuliche Resultat hinauslaufen, dass den auf Verbesserung ihrer Lage, insbesondere auf Lohnerhöhung gerichteten Wünschen der Arbeiter zu ihrer Befriedigung volles Genüge geschah. Zum Theil wurde dies durch vorsorgendes Entgegenkommen der Arbeitgeber erzielt, ehe überhaupt die Arbeiter mit bestimmten Forderungen aufgetreten waren; in den übrigen Fällen kam eine Einigung über die gestellten Forderungen ohne Unterbrechung der Arbeit leicht zu Stande. Was die letztgenannten Berichte an sonstigen bemerkenswerthen Angaben enthalten, beschränkt sich auf Folgendes: In Cottbus bestehen Arbeitervereine und sind hin und wieder Versammlungen berufen worden, in welchen

Agitatoren zur Erlangung höherer Löhne und zu Arbeitseinstellungen anreizten, was aber keine weiteren Folgen hatte. Aehnliches berichtet Gera, welches die freiwillig gewährten Lohnerhöhungen auf 15 bis 20 % veranschlagt. Von eigentlichem Schaden, der der Industrie durch die Arbeiteragitation zugefügt sei, könne kaum die Rede sein, wenn auch übernommene Aufträge mitunter nicht so pünktlich wie sonst ausgeführt seien. Am meisten litten wohl die Maschinenbauanstalten und Eisengiessereien. Gegenwärtig seien normale Zustände zurückgekehrt. Von Bingen wird ausdrücklich hervorgehoben, dass es trotz der Nähe von Mainz als Vorort der „Internationalen“ keinen Agitationen von dorthier ausgesetzt gewesen sei. In Landeshut erreichten die Arbeitgeber von ihren Arbeitern, nach Erfüllung billiger Ansprüche, den Austritt aus einem Arbeitervereine, welcher nur kurze Zeit bestand. Dass in Kaiserslautern bisher keine organisirten Strikes stattfanden soll, in der noch kurzen Zeit des Bestehens der dortigen Industrie und deren raschem Emporblühen seinen Grund haben, wodurch die Fabrikanten, der Konkurrenz halber, genöthigt waren, durch die höchsten Lohnsätze den Arbeitern entgegenzukommen. Es bestehen zwei Arbeiterbildungsvereine, ein demokratischer und ein nationaler, deren Tendenz nicht auf Arbeitseinstellungen gerichtet ist; nichtsdestoweniger haben in dem ersteren Vorträge von verschriebenen auswärtigen Agitatoren stattgefunden, welche auf die Trübung des guten Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinzielten, aber bis jetzt keinen fruchtbaren Boden gefunden haben. In Schweinfurt zeigten sich unter sämmtlichen — nahebei 30 — fabrikmässig betriebenen Geschäften nur bei 2 Maschinenfabriken Spuren von Strikes, nämlich der plötzliche Austritt einzelner Arbeiter, was ohne nennenswerthen Nachtheil blieb. Bemühungen von Maurer- und Zimmergesellen, die Sommer-Arbeitszeit zu beschränken, verliefen sofort im Sande; die betreffenden Meister liessen sich einfach nicht darauf ein, ohne deshalb Arbeitskräfte darüber verloren zu haben. In dem Hirschberger Berichte sind Vorschläge formulirt, durch welche Mittel den Strikes entgegengewirkt werden könne; diese werden weiter unten in einem besonderen Abschnitt Erwähnung finden. Für Limburg-Lahn wird die Fernhaltung von erheblicheren Arbeitseinstellungen durch eine ausführliche Schilderung der örtlichen Gewerbs- und Arbeiter-Verhältnisse begründet: die Hauptindustriestämme des Bezirks, Bergbau und Thon-Industrie, beide an sich sehr bedeutend, sind unter eine Masse grösserer und kleinerer Unternehmer vertheilt. Sehr grosse industrielle Etablissements sind nicht vorhanden. Auf den Gruben wird in der Regel im Geding gearbeitet; können sich die Arbeiter auf einer Grube einmal mit dem Steiger über das Geding nicht einigen, so nehmen sie Abkehr und suchen Arbeit auf anderen Gruben. Ein solcher Vorgang berührt andere Grubenarbeiter, selbst bei derselben Gewerkschaft, nicht weiter. In Folge dieser Verhältnisse erwachte keine Idee von solidarischen Interessen. Die vielen Schwankungen in der Montanindustrie, welche von den Arbeitern stets mitempunden werden, haben bei denselben die klare Erkenntniss des Grundsatzes gefördert, dass der Preis der Arbeitskraft von Nachfrage und Angebot abhängt. Hiernach haben sie immer ihre Ansprüche bemessen, und so kamen partielle Arbeitseinstellungen auf einzelnen Gruben beim Gedingabschluss immer nur dann vor, wenn die Arbeiter sicher waren, auf anderen Gruben sofortige Annahme und höheren Lohn zu erlangen. Die Gedinge werden immer nur auf einen Monat abgeschlossen und sind nach Ablauf desselben beide Theile frei. Die Freiheit der Bewegung liess ein

Bedürfniss zu Bündnissen und Strikes nicht entstehen, und werden die Theorien der Socialdemokraten so lange nicht Eingang finden, als die Bergwerke nicht in einheitlichen Betrieb gelangen. Die Bergleute leben in geselligem Verkehr mit den Landleuten und Professionisten, bilden keine abgeschlossene Kaste mit besonderen Lebensanschauungen. Die Hüttenwerke des Bezirks liegen einander entfernt und stehen die betreffenden Arbeiter in keiner Verbindung. Hier sowohl als auch bei der Thonindustrie liegen die Verhältnisse im Allgemeinen ebenso wie im Bergbau.

Aus der Klasse der von Arbeitseinstellungen im Grossen und Ganzen nicht betroffenen Bezirke sind noch vier übrig geblieben, welche sich von den bisher näher besprochenen darin wesentlich unterscheiden, dass in ihnen die Arbeiteragitation, obschon keine eigentlichen Strikes erzeugend, doch bei weitem grössere und den Arbeitgebern lästigere Dimensionen annahm. In diese Kategorie sind einzureihen: Bayreuth, Dillenburg, Pforzheim und Calw. Der „Arbeiterbildungsverein“ zu Bayreuth, welcher in seinen Statuten das Streben nach Bildung als Zweck ausgesprochen, beschäftigte sich nichtsdestoweniger bereits mit Unterstützung auswärtiger Striker und Förderung der auf Lohnerhöhung gerichteten Schritte dortiger Arbeitnehmer. Seit einem Jahre haben die Gesellen in den verschiedenen Handwerken, theilweise auf Grund von Versammlungen, ausnahmslos höhere Lohnforderungen gestellt und durch ihr Beispiel auch den Fabrikarbeitern Anregung zur Steigerung ihrer Ansprüche gegeben. Die Arbeitgeber sahen sich dadurch in die Nothwendigkeit versetzt, wollten sie nicht Arbeitseinstellung riskiren, durch Entgegenkommen mit Lohnaufbesserung und in verschiedenen Fällen auch Verkürzung der Arbeitszeit eine Verständigung herbeizuführen. Von einer Nothwendigkeit, Aufträge abzulehnen, ist nichts bekannt geworden; dass aber durch Abkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitige Lohnerhöhung manchen Fabrikzweigen Schaden zugeht, so lange anderwärts in ähnlichen Branchen noch niedrigere Arbeitslöhne oder längere Arbeitsstunden existiren, steht ausser Zweifel. Im Bereich des Bezirks Dillenburg bestand seit 1868 zu Herborn ein „socialdemokratischer Arbeiterverein“, welcher, ohne dass in den Statuten der Zweck, Strikes herbeizuführen, ausgesprochen war, nach seinem ganzen Auftreten zweifellos nur die Absicht verfolgte, durch alle möglichen Mittel die Arbeitgeber zur Bewilligung der oft maaslosen Lohnansprüche und willkürlichen Forderungen in Bezug auf Arbeitszeit, Arbeiterordnung etc. zu nöthigen, überhaupt die socialdemokratischen Ideen zu verbreiten. In Folge mehrfachen Widerstandes und Aufreizungen gegen die Staatsgewalt wurde der Vereinsvorstand inhaftirt, sowie der Verein polizeilich aufgelöst. Eine geheime Wirksamkeit von ca. 17 ehemaligen Mitgliedern desselben dauert jedoch fort und hat sehr nachtheilige Folgen. Unabhängig von jenem Verein hat sich in neuester Zeit eine Vereinigung von Formern, im Anschluss an den Allgemeinen Deutschen Formerbund in Hamburg, konstituiert, mit ca. 40 Mitgliedern, welche ihre Instruktion von Frankfurt erhalten. Aus den beigefügten Statuten leuchtet ganz entschieden die Absicht hervor, zu geeigneter Zeit Strikes in's Werk zu setzen. Obgleich keine allgemeinen Strikes vorgekommen, so möchte doch die Gesamtwirkung der hiesigen Agitation solchen gleich zu achten sein. Wie die Lohnforderungen für Akkordarbeiten, trotz bereits ca. 80 pCt. betragender Steigerung, noch immer übermässig aufwärts streben, so sind auch die übrigen Ansprüche, der Fabrikarbeiter wenigstens, unbegrenzt. Sie verlangen völlige

Freiheit in Bezug auf An-, Ab-Fahrts- und Ruhe-Zeit, widersetzen sich den unumgänglichsten Ordnungsbestimmungen behufs Schonung der Werkzeuge etc., dem Auswerfen ihrer mangelhaften Arbeitsstücke, verweigern oft plötzlich ohne einen triftigen Grund Fortsetzung der übernommenen Arbeiten, wogegen dem Arbeitgeber jeder Rechtsschutz fehlt. (Dies wird im Bericht näher ausgeführt). Um das willkürliche Verlassen der Arbeit möglichst einzuschränken, haben die am meisten davon betroffenen hiesigen Eisenindustriellen Vereinbarung getroffen, die wegen Widersetzlichkeit entlassenen oder aus Arbeit entlaufenen Arbeiter gegenseitig nicht anzunehmen. Die hiesigen gesammten Löhne sind seit 4—5 Jahren um ca. 75—80 pCt. gestiegen. Auch die Arbeitszeit ist auf einigen Fabriken, wie auch Gruben, von 12 auf 11, mitunter auch 10 Stunden vermindert worden, ohne dass eine allgemeine Vereinbarung darüber erfolgte. Das ganze Gebahren der hiesigen Arbeiterbewegung, welches den Eindruck eines durch unablässige Aufwiegelung von aussen erzeugten, in und unter sich genährten Widerstrebens gegen das Arbeiten, einer grundsätzlichen Widersetzlichkeit gegen alle selbst zum eigenen Vortheil der Arbeiter getroffenen Anordnungen der Arbeitgeber macht, wirkt auf Fabrikation und Geschäftsgang höchst nachtheilig. Ganz besonders werden diejenigen Fabrikanten dadurch geschädigt, welche kontraktliche Verpflichtungen mit pünktlichen Lieferfristen unter Conventionalstrafen zu erfüllen haben. Sobald die daran beschäftigten Arbeiter sich irgendwie davon Kenntniss verschafft haben, fordern sie höhere Löhne, bis zu deren Bewilligung sie auf alle erdenkliche Weise in passivem Widerstande verharren. (Es schliessen sich hieran noch Klagen über die rigorösen Lieferungsbedingungen der Staatsbehörden und ein nicht näher präcisirter Wunsch nach Abänderung der Gewerbe-gesetzgebung zur Verhütung des Missbrauchs der Bewegungs- und Coalitions-Freiheit). In Pforzheim wurden Arbeitseinstellungen dadurch vermieden, dass in Folge des sehr lebhaften Geschäftsganges den erhöhten Lohnforderungen, ob gerechten oder unmotivirten, seitens der Arbeitgeber entsprochen wurde. Abgesehen von andern Vereinen ist der Gewerkverein der Goldarbeiter vorzugsweise zu nennen. Wenn derselbe auch heute noch gegen alle socialdemokratischen Tendenzen protestirt, so lehrt doch ein Blick in das Vereinsorgan — „der Genossenschaftler“ — dass der Gewerkverein den socialdemokratischen Einflüssen nicht zu widerstehen vermochte, und es sich vor der Hand zur Aufgabe machte, die 9stündige Arbeitszeit mit allen Mitteln durchzusetzen, auswärtige auf dieses Ziel gerichtete Strikes mit Geldmitteln unterstützte, den Zuzug zu den strikenden Industriebezirken verbot etc. Die hier herrschende Arbeiterpartei sucht ferner durch Agitation in ihrem Organ wie auch persönlich auf dem Lande dahin zu wirken, dass Lehrlinge nicht in die Fabriken gehen sollen, um hierdurch die schon bedenklich hohen Arbeitslöhne noch mehr zu steigern. Arbeiter und Lehrlinge halten die fabriksordnungsmässige Kündigungs- resp. Lehrzeit nicht ein. Bei den so hoch emporgetriebenen Löhnen könnte sehr leicht die Concurrenzfähigkeit des Platzes in Frage gestellt werden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter ist an sich in den hiesigen Zuständen nicht begründet, sondern wird durch socialistische Agitatoren planmässig hervorgerufen und genährt; denn, abgesehen von den sehr günstigen Lohnverhältnissen, ist für das Wohl der Arbeiter in ausgiebigem Maasse durch Kranken-, Unterstützungs- und Versorgungskassen gesorgt, sowie auch durch bestehende

Gesellschaften die Lösung der Wohnungsfrage in Angriff genommen. Der Bericht von Calw lässt sich dahin aus, dass die anderwärts vorgekommenen Strikes nicht ohne Rückwirkung auf die eigenen Verhältnisse geblieben seien, indem die frühere Zufriedenheit der Arbeiter abhanden gekommen, grössere mitunter ungerechtfertigte Lohnansprüche gemacht seien, das Personal nicht mehr so stabil gehalten werden könne und vielfach wechsele, und überhaupt ein Geist wahrnehmbar sei, wie er in ausgesprochener Weise bei den sonst vorkommenden Ausschreitungen hervortritt. Die Kammer schliesst sich im wesentlichen dem Gesuche des Vereins Industrieller in Chemnitz an den Reichstag an. (S. die Zusammenstellung des legislatorischen Vorschläge am Schluss).

Die in den Berichten einzeln vorgeführten Arbeitseinstellungen, denen jetzt näher getreten werden soll, lassen sich in zwei grosse Hauptklassen einteilen: I. Die der fabrikmässig betriebenen Industrie und II. die den handwerksmässig betriebenen Gewerben angehörenden. Obwohl nach dem Rundschreiben des bleibenden Ausschusses die Untersuchung vorwiegend auf die Grossindustrie mit Einschluss des Bergbaues und des Hüttenbetriebes, namentlich aber auf die fabrikmässig betriebene Industrie gerichtet werden sollte, so ziehen doch eine Anzahl, wenn nicht die Mehrzahl der eingelaufenen Berichte die in den Kleingewerben vorgekommenen Arbeitseinstellungen gleichfalls in Betracht. Bei der Schwierigkeit einer bestimmten Abgrenzung zwischen Fabrik- und Handwerks-Thätigkeit, für die es zum Theil an objectiven Merkmalen fehlt, liess sich eine solche Beschränkung gewiss in vielen Fällen nicht aufrechterhalten. Mehrfach wird auch ausdrücklich hervorgehoben, dass es nicht möglich sei, eine Gesamtanschauung der durch die Arbeiteragitation hervorgerufenen Uebelstände zu gewinnen, wenn nicht die bezüglich Vorgänge unter den Handwerkern ebenfalls in's Auge gefasst werden. Die Erweiterung der Aufgabe empfiehlt sich insbesondere auch aus dem Grunde, weil die Vereinsorganisation der Arbeitnehmer, insoweit sie die Betreibung von Arbeitseinstellungen als Haupt- oder Neben-Zweck verfolgt, nicht selten von einer Scheidung nach den verschiedenen Arbeitergattungen ganz absieht. Dies gilt sowohl von den lokalen als auch centralen Vereinigungen, welche letzteren sich ja theilweise mit den politischen Arbeiterparteien decken.

Um die Uebersicht zu erleichtern, ist in der unten folgenden detaillirten Darstellung die Eintheilung nach den obigen beiden Hauptklassen erfolgt, wobei allerdings aus den eben berührten Gründen mit einiger Willkürlichkeit verfahren werden musste. Innerhalb jeder der beiden Hauptklassen sind die einzelnen Strike-Erscheinungen nach Industrie- bzw. Handwerks-Branchen gruppirt. Eine vorzugsweise Aufmerksamkeit verdienen diejenigen Arbeitseinstellungen, welche durch die grosse Zahl der Theilnehmenden, durch ihre lange Dauer, die Art ihrer Organisation, ihre Verzweigung über ein ausgedehntes Gebiet, den Umfang und die Nachhaltigkeit des erwachsenen Schadens oder sonst nach irgend welcher Richtung hin charakteristische Momente darbieten: über diese soll hier nach ihrem ganzen Verlaufe eingehend berichtet werden; die übrigen sind nur in ihren statistischen Angaben, in möglichstem Anschluss an den zu Grunde liegenden Fragebogen, berücksichtigt.

Specielle Darstellung der Arbeitseinstellungen.

I. Grossindustrie.

A. Bergbau und Hüttenbetrieb.

1. Arbeitseinstellung auf den Gruben des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins. Bezirk Iserlohn.

Durch Versammlungen, welche Ende Januar und Anfang Februar 1869 seitens des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Iserlohn veranstaltet waren, wurden die Bergarbeiter, deren Zahl 450 beträgt, in ungewöhnliche Aufregung versetzt. In diesen Versammlungen thaten sich besonders 2 auf der Zeche „Tiefbau Krug von Nidda“ beschäftigte Arbeiter hervor. Um die Bergleute den Agitationen der socialdemokratischen Partei einigermaßen zu entziehen, erschien es als geboten, die beiden Hauptagitatoren zu entfernen und wurden dieselben am 8. resp. 9. Februar unter Vorausbezahlung ihres 14tägigen Lohnes entlassen. Diese Massregel war die Veranlassung zu der Arbeitseinstellung zunächst auf der Grube „Tiefbau Krug von Nidda“ am 9. Februar, welcher dann die Gruben „Tiefbau von Hövel“ und „Schacht Westig“ am 10. Februar folgten. Die von den Bergleuten in 2 Eingaben formulirten angeblichen Beschwerden und Forderungen wurden von dem Verwaltungsrathe in einer an die Bergleute erlassenen Erklärung als völlig unbegründet und unzulässig bezeichnet. In dieser Erklärung wurden die Bergleute ferner aufgefordert, zu ihrer Pflicht zurückzukehren, und in dieser Hinsicht bemerkt, dass bei allen welche in den nächsten Tagen sich zum Wiederantritt des Dienstes bei den Steigern melden würden, von der im § 8 der Arbeitsordnung vorgesehenen Strafe Abstand genommen werden solle, während für den Fall andauernder Renitenz alle Zuständigkeiten vorbehalten würden. Am 17. Februar erhielten die Bergleute wie gewöhnlich, ihren Lohn für den vorhergegangenen Monat. Hierdurch waren ihnen die Mittel zur weiteren Fortsetzung des Strikes gegeben; in täglich abgehaltenen Versammlungen wurden bedeutende Unterstützungen in Aussicht gestellt und die Wiederaufnahme der Arbeit als ein Verbrechen gegen die Interessen des Arbeiterstandes bezeichnet. Diejenigen Arbeiter, welche sich zum Anfahren bereit erklärt hatten, wurden sogar durch Drohungen und massenhafte Zusammenrottungen von Fabrikarbeitern davon zurückgeschreckt. Die Verwaltung sah sich daher veranlasst, am 20. Februar den Bergleuten durch Anschlag auf den Zechen zu erklären, dass die Steiger angewiesen seien, denjenigen Arbeitern, welche sich bis 23. Februar nicht zum Verfahren ihrer Schicht einfänden, die Abkehr und eine Anweisung auf den pro Februar verdienten Lohn auszustellen. Diese Erklärung erreichte den beabsichtigten Zweck. Am 24. war die Belegschaft sämmtlicher Gruben wieder vollzählig angefahren.

Hiermit hatte die Bewegung indess noch nicht ihren vollständigen Abschluss gefunden. Am 1. März sollte der Erklärung des Verwaltungsraths gemäss die Einführung der Markencontrole erfolgen. Dies rief eine erneute Arbeitseinstellung auf der Zeche „Tiefbau von Hövel“ hervor. Die Weigerung der Annahme der Markencontrole war offenbar nur ein Vorwand zur Erlangung von Zugeständnissen. Obwohl die Markenkontrolle und das darauf bezügliche Reglement durchaus mit den Bestimmungen der bestehenden Arbeitsordnung im Einklange standen, so wollte die Verwaltung doch mit der Einführung nicht obligatorisch

am 1. März vorgehen, weil von dem im § 3 der Arbeitsordnung vorgesehenen namentlichen Verlesen der Empfang und die Rückgabe von Marken am Anfang und Ende der Schicht immerhin in der Form verschieden war. Es wurde daher am 1. und 2. März in der früher üblichen Weise verlesen und den Leuten eröffnet, dass allen denjenigen, welche sich der Markenkontrolle nicht unterwerfen wollten, mit 14 Tagen gekündigt würde. Als bei dem gewöhnlichen Verlesen Niemand antwortete, wurde den Leuten erklärt, dass Niemand anfahren dürfe, welcher sich nicht melden würde. Als sich hierauf keiner meldete, wurden die Leute aufgefordert, den Zechenplatz zu verlassen. An den folgenden Tagen fand sich Niemand zur Arbeit ein und begann die Agitation von Neuem, in welche dann am 3. März auch die Arbeiter der Zeche „Tiefbau Krug von Nidda“ hineingezogen wurden, während auf „Adlerstollen“, „Wes-tig“ und „Deilinghofen“ die Leute ruhig an der Arbeit blieben.

Für die Bergarbeiter der Zechen „von Hövel“ und „Krug von Nidda“ wurde die Abkehr ausgestellt und am 9. März der rückständige Lohn pro Februar ausgezahlt. Auf der Zeche „Krug von Nidda“ hatte sich bis zu diesem Tage wieder ein Theil der Leute zur Arbeit eingefunden, während auf „Tiefbau von Hövel“ die Renitenz noch einige Tage fort dauerte. Es wurde daher den Leuten bekannt gemacht, dass Jeder, der wieder angelegt zu werden wünsche, sich mit der ausgestellten Abkehr, deren Annahme bei der Auslohnung verweigert worden war, persönlich bei der Verwaltung zu melden und um Arbeit zu bitten habe. Durch diese Maassregel, welche strikte durchgeführt wurde, gelang es, die Belegschaften der beiden Gruben am 15. März wieder vollzählig zu machen. Seit dieser Zeit haben die Bergleute mit erhöhtem Fleisse gearbeitet und sich allen bestehenden Vorschriften ohne Widerrede unterworfen. Es war nicht möglich, diejenigen Leute, welche als Haupträdelsführer zu betrachten sind, mit Sicherheit herauszufinden und wurden demnach, mit einigen wenigen Ausnahmen, die sämtlichen Leute wieder angenommen. Die Steiger erhielten die Anweisung, von nun an die Disciplin streng nach der Arbeitsordnung zu handhaben; jedem Arbeiter, welcher sich für die Folge gegen die bestehenden Vorschriften vergeht, soll gekündigt werden.

2. Arbeitseinstellung auf der Zinkhütte des Mär-kisch-Westfälischen Bergwerksvereins zu Let-mathe. Bezirk Iserlohn.

Die Arbeit wurde am 5. Februar 1870 eingestellt und zwar ohne Angabe von Gründen. Erst nach mehreren Tagen hatten sich die strikenden Zinkschmelzer und Röst-ofen-Arbeiter, an Zahl 350, auf mannichfache Forderungen besonnen, an deren Gewährung niemals gedacht werden konnte. Dies wurde dem Ausschusse der Arbeiter kurz erklärt und erging an dieselben die Aufforderung, sofort zu ihrer Pflicht zurückzukehren, widrigenfalls sie als ent-lassen betrachtet werden würden. Dies kategorische Ent-gegentreten veranlasste eine Anzahl der Schmelzer, die Arbeit wieder zu beginnen und nach einigen Tagen schlos-sen sich ihnen die übrigen an. Letzteres geschah augen-scheinlich mit Widerstreben, da ein regelrechtes Wirken bei den Wenigsten stattfand. Offenbar warteten die Leute dennoch auf Gewährung ihrer exorbitanten Forderun-gen und als ihnen nochmals ausdrücklich erklärt wurde, dass die Bedingungen, unter denen bisher gearbeitet wor-den sei, auch für die Folge maassgebend sein müssten,

stellten sie 14 Tage nach dem ersten Strike die Arbeit nochmals ein. Die Angelegenheit musste rasch entschieden sein, da bei längerer Dauer des Strikes sämtliche Zink-öfen unzweifelhaft kalt gelegt werden mussten und dann die erforderlichen Reparaturen den Betrieb auf längere Zeit vollständig unmöglich gemacht haben würden. Die Oefen wurden zwar durch die Unterbeamten nothdürftig warm gehalten, doch gingen nach einigen Tagen die ältesten Oefen aus, so dass von 29 nur noch 22 blieben. Die Aus-sicht, welche sich unter diesen Umständen den Schmelzern eröffnete, dass der Betrieb der Hütte doch bei längerer Renitenz auf eine grössere Zeitdauer gestört werden würde, als ihnen lieb sein möchte, ferner die Gewissheit, dass sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen würden, veran-lassten dieselben, sich wieder zur Arbeit zu melden. Dies-mal kam eine nochmalige Annahme derselben en bloc, wie sie bei der ersten Arbeitseinstellung erfolgt war, nicht wie-der vor. Es wurden die Dienste derjenigen Arbeiter, von welchen man überzeugt war, dass sie nur gezwungen und widerwillig an der Bewegung theilgenommen, sofort accep-tirt, die Annahme der übrigen wurde verweigert. — Die im Feuer gebliebenen 22 Zinköfen konnten darnach wie-der in regelmässigen Betrieb gesetzt werden und sind es dieselben noch bis dato. Ihre Zahl hat sich noch nicht vermehrt, da in so kurzer Zeit die fehlenden Arbeiter nicht durch Heranziehen anderer Kräfte ersetzt werden konnten.

Der Strike der Zinkschmelzer war durchaus ohne jegliche zwingende Veranlassung unternommen. Es sind denselben nicht allein stets ausserordentlich hohe Löhne bewilligt, sondern es sind denselben auch in ausgedehntem Maasse gute und billige Wohnungen, Ackerland und andere kleine Vortheile von Seiten der Arbeitgeber eingeräumt worden. In Fällen unverschuldeter Bedrängniss haben die Zinkarbeiter niemals vergebens das Mitleid des Vereins angerufen, welcher stets für freiwillige Unterstützungen seiner Arbeiter einen Fonds unterhält.

Ad 1 und 2, wie überhaupt für den Bezirk Iserlohn, ist zu bemerken, dass der hier wohnhafte bekannte Tölcke an der Spitze der socialdemokratischen Propaganda steht. Das geschlossene Auftreten bei dem Strike der Bergarbeiter und andere Symptome lassen auf eine einheitliche Leitung schliessen. — Eigentliche Störungen der öffentlichen Ord-nung sind nicht vorgekommen. — Die Bergleute und Zink-schmelzer haben die gesetzliche 14 tägige Kündigungsfrist nicht eingehalten. — Gemeinsame Maassregeln zur Abwehr von Strikes sind Seitens der Arbeitgeber im Bezirk Iser-lohn nicht getroffen worden.

Was den Einfluss der Arbeitseinstellungen auf die Entwicklung der Industrie anlangt, so äussert sich der Iserlohner Bericht dahin, dass die Lohnerhöhungen zwar die Lage des Arbeiterstandes verbessert haben, aber bisher der Produktion nicht förderlich gewesen sind. Ein grosser Theil der Arbeiter arbeitet seitdem weniger angestrengt und pünktlich. Mit Abrechnung der Pausen wird hier Vormittags 4, Nachmittags 5—6 Stunden, also im Ganzen jetzt täglich 9—10 Stunden gearbeitet. Bei verhältnissmässig gleicher Arbeiterzahl wird gegenwärtig in den einzelnen Fabriken ein geringeres Waarenquantum, als früher, fertig gestellt und somit der Umschlag und Gewinn der Arbeit-geber geschmälert. So konnte denn die überaus günstige Konjunktur der letzten Jahre in Folge der Bequemlichkeit der Arbeiter und der geringeren Geneigtheit, für bezahlte Ueberstunden zu arbeiten, nicht nach Wunsch Seitens der Fabrikanten benutzt werden und blieben viele Aufträge deshalb unerledigt.

3. Arbeitseinstellung auf den Gruben des Eschweiler Bergwerks-Vereins. Bezirk Stolberg.

Die Arbeitseinstellung trat im Anfang October 1869 ohne vorhergegangene Kündigung ein und zwar zunächst auf Grube „Centrum“. Hier feierte vom 7.—25. October mehr als die Hälfte der Belegschaft (ca. 350 Mann von 630) und wurde dadurch, dass dieses grösstentheils unterirdische Arbeiter waren, die Förderung auf $\frac{1}{4}$ reducirt. Auf Reservegrube bei Weisweiler wurde am 10. October ebenfalls von einem grossen Theil der Belegschaft die Arbeit eingestellt, nach einigen Tagen aber wieder aufgenommen und ist dadurch die Förderung auf die Hälfte herabgegangen. — Seit länger als einem halben Jahre hatte sich ein sozial-demokratischer Arbeiterverein gebildet und fanden Arbeiterversammlungen unter dem Vorsitze und der Leitung von sozial-demokratischen Abgeordneten regelmässig wöchentlich 1—2 Mal statt. Störungen der öffentlichen Ruhe sind nicht vorgekommen. — Es wurden gefordert: kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne. In ersterer Beziehung ist etwas nachgegeben worden, indem statt der 12-stündigen Schicht die 10-stündige eingeführt ist. Eine Erhöhung der Löhne im Allgemeinen hat nicht stattgefunden; es wurde aber eine genaue Revision der Gedinge und Schichtlohnsätze, über welche die Arbeiter klagten, vorgenommen und sind in dieser Weise begründete Klagen berücksichtigt worden. — Die kontraktlichen Verpflichtungen konnten nicht erfüllt werden und waren die umliegenden Hüttenwerke etc. genöthigt, ihren Bedarf an Kohlen theilweise anderweitig zu decken.

4. Arbeitseinstellung der Waldenburger Bergleute. Bezirk Schweidnitz.

In den Sommermonaten 1869 waren im Waldenburger Revier mehrfache Bergarbeiterversammlungen abgehalten worden, welche zu dem Beschlusse führten, einen Gewerkverein nach den Hirsch-Duncker'schen Musterstatuten zu gründen und den Anschluss dieses neu gebildeten Ortsvereins an den Gewerk-Verein der deutschen Bergarbeiter zu bewirken. Der Umstand, dass ca. 7000 Bergarbeiter auf einem verhältnissmässig kleinen Flächenraume zusammengedrängt wohnen, musste den Agitatoren die hiesige Gegend als ein besonders geeignetes Operationsfeld erscheinen lassen. Und doch war die Lage der Bergarbeiter, bei unbefangener Beurtheilung, im Allgemeinen wohl als eine zufriedenstellende und im Vergleich zu den Arbeitern anderer Industriezweige sogar als eine bevorzugte zu bezeichnen. Als ein Beweis dafür dürfte der Umstand gelten, dass der Andrang zur Bergarbeit in Folge der guten Arbeitslöhne bis zum Ausbruche des Strikes ein sehr erheblicher war und sich sogar während und nach dem Strike die entstandenen Lücken sehr bald durch fremd zuziehende Arbeiter geschlossen haben. Ein Grund zur Unzufriedenheit kann nur in dem Umstande gefunden werden, dass die Lohnverhältnisse auf den besser situirten, Ausbeute gewährenden Zechen, auch günstiger standen, wie auf den weniger gut situirten Gruben, dass also eine gewisse Ungleichheit existirte, in Folge deren ein Theil der Arbeiter einen sehr hohen, ein anderer dagegen einen viel niedrigeren Lohn verdiente, dass seit Einführung des Freizügigkeitsgesetzes gewisse Vorrechte einzelner Arbeiter verloren gingen, mancherlei Bevorzugungen in Wegfall kamen, welche früher im hiesigen Reviere bestanden und die Arbeiter überhaupt genöthigt wurden, ihre vertragsmässigen Pflichten gewissenhafter zu erfüllen. — Nachdem die Bewegung unter den Bergarbeitern einmal Fuss gefasst hatte, nahm sie auch

sehr bald grössere Dimensionen an. Der Anwalt der deutschen Gewerkvereine, Dr. Max Hirsch, fand sich, angeblich von Bergleuten berufen, hier ein, um die Konstituierung des Gewerkvereins zu bewirken. Zunächst entsendete der Vorstand des Gewerkvereins Anfang September ein Schreiben an die Werksvorstände, in welchem er die Konstituierung des Gewerkvereins anzeigte und sich als berechtigten Vertreter der demselben beigetretenen Arbeiter legitimirte. Den gleichzeitig erbetenen Empfang einer Deputation des Gewerkvereins, „um wegen Ausgleichung von Differenzen mit den Arbeitgebern Unterhandlungen anzuknüpfen“, lehnten letztere ab, mit der Erwiderung, dass der Gewerkverein keine Anerkennung finden könne, weil das Eindringen eines fremden Elements zwischen Arbeiter und Arbeitgeber der Montanindustrie nicht gutgeheissen werden könne. Wenn die betreffenden Arbeiter Wünsche und Beschwerden hätten, so möchten sie sich in der durch die betreffenden Arbeitsordnungen vorgeschriebenen Weise an ihre resp. Arbeitgeber wenden, welche dann eine Prüfung und so weit als möglich, auch Berücksichtigung ihrer Wünsche eintreten lassen würden. Bald darauf kamen daher Deputationen zu den Werksvorständen, angeblich von den resp. Belegschaften der einzelnen Werke, hauptsächlich aber von den Mitgliedern des Gewerkvereins gewählt, um mündlich ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Dieselben bestanden in dem Verlangen, die Arbeitszeit zu ermässigen, gleichzeitig aber den Arbeitslohn aufzubessern. Sie wurden von allen Repräsentanten übereinstimmend mit der Erklärung abgewiesen, dass diese Forderungen unerfüllbar seien und ihre Gewährung Einstellung des Grubenbetriebes zur Folge haben müsste. Bei dieser Gelegenheit sind schon einzelne Mitglieder der verschiedenen Deputationen mit der offenen Drohung hervorgetreten, „dass dann eine grosse Katastrophe nicht vermieden werden würde“. Zu gleicher Zeit brachte der „Gewerkverein“, das von Max Hirsch redigirte Organ des Verbandes der deutschen Bergarbeiter, Schilderungen über die Lage der hiesigen Bergarbeiter, welche in den stärksten Farben aufgetragen waren.

Nachdem sich auf diese Weise klar herausgestellt hatte, dass eine allgemeine Arbeitseinstellung erwartet werden könne, fanden sich die Werksbesitzer veranlasst, sich ebenfalls zum gemeinsamen Widerstande zu verbinden und gemeinschaftliche Massregeln zu verabreden. Die erste dieser Massregeln bestand in einer „Bekanntmachung und Warnung“ vom 1. October 1869, ungefähr folgenden Inhalts: Die Grubenvorstände erklären, dass sie den im „Gewerkverein deutscher Bergarbeiter“ repräsentirten Bestrebungen mit allen Mitteln entgegentreten werden. Eine Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, eine allmähliche, stetige, und sehr erhebliche Steigerung des Arbeitslohnes sei durch naturgemässe Entwicklung der Dinge von selbst erfolgt, ohne dass es eines Vereines der Bergarbeiter bedurft hätte. Die durchschnittlichen Arbeitslöhne pro Kopf der Belegschaften seien ausweislich der Rechnungen in den letzten 10 Jahren bei den Hauern um 50 %, bei den Schleppern um $33\frac{1}{3}$ % gesteigert worden, während die durchschnittliche Leistung an Kohlenförderung pro Kopf in diesem Zeitraume keine Steigerung erfahren und eine solche bei den Kohlenpreisen, bezw. den durch Kohlenverkauf erzielten Geld-Einnahmen nur um 3 bis 4 % erfolgte. Hierauf wird der Leistungen gedacht, welche die Werksbesitzer neben dem baar bezahlten Arbeitslohne gewähren und welche nicht unwesentlich zur Aufbesserung der Lage der Bergarbeiter beitragen. Schliesslich werden alle Bergarbeiter vor Theilnahme an den Be-

strebungen des Gewerksvereins, so lange das Statut desselben gewisse den Werksbesitzern entschieden feindselig entgegengesetzte Bestimmungen enthält, gewarnt, ebenso vor jeder gemeinsamen Auflehnung gegen die bestehenden Werksordnungen.

Eine andere Massregel bestand darin, dass einer Anzahl von Bergleuten, von denen eine den Arbeitgebern feindliche Parteinahme bei ausbrechendem Konflikte zu erwarten war, von den Hausbesitzern (darunter auch mehreren Gewerkschaften als Besitzern von Familien-Arbeiter-Häusern) die Wohnung zum 1. Januar 1870 gekündigt wurde. Dies geschah deshalb, weil die Grubenbesitzer nicht solche Personen in ihrem Eigenthume als Miether haben wollten, die sie mit der offenbarsten Feindschaft bedrohten und darauf ausgingen, sie auf's Schwerste in ihren Interessen zu schädigen. Die koalirten Gewerkschaften kamen ferner überein, keinen an der beabsichtigten Arbeitseinstellung sich betheiligenden Bergmann einer Nachbargrube in Arbeit zu nehmen, und waren fest entschlossen, den Betrieb der Gruben einzustellen und den betreff. Arbeitern zu kündigen, wenn mit Rücksicht auf die dann leichter durchzuführende Unterstützung der Strikenden der Strike nur ein theilweiser, d. h. nur auf einer oder mehreren Gruben, zum Ausbruch gelangender sein sollte. Auch hatten sie die Ueberzeugung gewonnen, dass, bevor fernere Massregeln ergriffen würden, zunächst auf die gewaltsame Sprengung des Gewerkvereins hingearbeitet werden müsse, und kamen also in dem Entschlusse überein, bei ausbrechendem Strike die Wiederannahme zur Arbeit von dem Ausscheiden jedes einzelnen Arbeiters aus dem Gewerkverein abhängig zu machen.

Nachdem Besprechungen zwischen dem Anwalt der Deutschen Gewerkvereine Max Hirsch und den Grubenrepräsentanten ohne Resultat geblieben waren, erliess am 16. November der Vorstand des Waldenburger Gewerkvereins an sämtliche Repräsentanten; Grubenvorstände und Betriebsführer des Reviers eine Denkschrift, welche nachstehende Forderungen enthielt: 1) Anerkennung des Gewerkvereins. 2) Würdigere Behandlung der Arbeiter von Seiten der Beamten. 3) Ermässigung der Arbeitszeit von 10 resp. 12 Stunden auf 8 Stunden während der Arbeit in den Gruben und 10 Stunden ausserhalb der Gruben. 4) Feststellung folgender Normallöhne: für den Hauer täglich 25 Gr., für den Lehrhauer 24 Gr., für den Schlepper I. Klasse 20 Gr., für den Schlepper II. Klasse 15 Gr. 5) Zahlung eines höheren wöchentlichen Abschlags und zwar: für den Hauer 3 Thlr., für den Lehrhauer $2\frac{2}{3}$ Thlr., für den Schlepper I. Klasse 2 Thlr., für den Schlepper II. Klasse $1\frac{1}{2}$ Thlr. 6) Zurücknahme der bereits erlassenen Massregelungen: Entlassung aus der Arbeit, Wohnungskündigungen u. s. w. Antwort auf die Denkschrift solle bis 1. Dezember in die Hände des Vorstandes erlassen werden.

Da nun aus den jetzt sehr häufig abgehaltenen Versammlungen des Gewerkvereins die zuverlässige Kunde nach Aussen drang, dass die Gewerkvereinsmitglieder am 1. Dezember bestimmt die Arbeit auf allen hiesigen Steinkohlengruben einzustellen beabsichtigten, beschlossen die Repräsentanten etc. in konsequenter Folge der Nichtanerkennung des Gewerkvereins, die in der Denkschrift aufgestellten Forderungen, welche mit wenig Ausnahmen unerfüllbar waren, nicht blos abzulehnen, sondern auch dies Schriftstück unbeantwortet zu lassen.

Am 28. November waren von dem Vorstande des Gewerkvereins Sitzungen aller Ortsvereine angeordnet worden; die Vorstandsmitglieder ertheilten bei dieser Ver-

anlassung die erforderliche Anweisung, in welcher Weise die Arbeitseinstellung in Scene gesetzt werden solle. Am 1. Dezember gelangte dieselbe dem aufgestellten Programm gemäss zur Ausführung. Sie war zwar ohne Störung der öffentlichen Ruhe und ohne Exzesse eingetreten, jedoch hatte man seitens des Gewerkvereins Patrouillen von Bergleuten an den nach den Schächten führenden Wegen aufgestellt, welche alle im Arbeitszeuge nach den Gruben gehenden Arbeiter anhielten, mit Schimpfreden insultirten und sich sogar Thätlichkeiten erlaubten. Dies ist durch gerichtliche Aussagen konstatiert und ausser Zweifel gestellt, dass eine nicht unbedeutliche Anzahl von Bergleuten, welche die Absicht gehabt hatten, zur Grube zu gehen, durch diesen Terrorismus gezwungen wurde, von ihrem Vorhaben abzustehen und dass die Wenigen, welche ihrer Pflicht treu blieben, dafür vielfache Beleidigungen zu dulden hatten. Es erfolgten Verhaftungen und Bestrafungen der am meisten inkriminirten Bergleute und Vermehrung des Polizeipersonals zur Sicherstellung von Person und Eigenthum.

Die Belegschaften der einzelnen Gruben beliefen sich am 30. November in Summa auf 7413 Mann. Von diesen waren am 1. Dezember 1004 bei der Arbeit verblieben und 6409 hatten die Arbeit eingestellt. Die Werksvorstände erliessen nunmehr eine Bekanntmachung, dass die Strikenden spätestens binnen 3 Tagen zur Arbeit zurückzukehren hätten, widrigenfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben würden. Am 3. Dezember wurde diese Aufforderung nochmals wiederholt, zugleich mit dem Hinweis, dass die zu Entlassenden zugleich nach § 47 ad 5 des Knappschaftsstatuts den Verlust der Mitgliedschaft des Knappschaftsvereins zu gewärtigen und alle Ansprüche an die Leistungen des Vereins für sich und ihre Angehörigen verlieren würden, im Falle einer Wiederanlegung bei der Werksarbeit aber nur als minderberechtigte Mitglieder wiedereintreten könnten. — Diese Androhung war vollständig gerechtfertigt, da die betreffenden Bergleute ohne Kündigung von der Arbeit zurückgeblieben und sich somit nach § 81 des Allgemeinen Berggesetzes, sowie nach den Bestimmungen der Arbeitsordnungen eines Vertragsbruchs schuldig gemacht hatten.

Von Berlin abgesendete Kommissarien des Zentralraths der Gewerkvereine leiteten die Bewegung. Um die Aufregung unter den Bergleuten wach zu erhalten, wurden in den resp. Ortsvereinen alle 2 Tage Versammlungen und Ansprachen gehalten, welche die Strikenden zum Ausharren ermutigten und mit allerlei Versprechungen auf baldigst eintreffende Geldmittel vertrösteten. Die Erwartung, dass der Gewerkverein über ausreichende Mittel zur Unterstützung der Strikenden verfügen könne, erwies sich jedoch bald als eine trüglische. Die Arbeitgeber waren indess übereingekommen, die Wiederannahme eines jeden der entlassenen Arbeiter von der Unterzeichnung eines Reverses abhängig zu machen, wodurch sich derselbe verpflichtete, sofort aus dem Gewerkverein Deutscher Bergarbeiter auszuschcheiden, auch keinem Vereine, welcher ähnliche Ziele verfolge, für die Folge beizutreten oder Beiträge an derartige Vereinskassen zu leisten. — Eine Menge junger unverheiratheter Bergleute, welche von den Leitern des Strikes dazu bewogen worden waren, das hiesige Revier zu verlassen und in Oberschlesien, Sachsen, Thüringen etc. Arbeit zu suchen, kehrten bald wieder von da zurück, theils weil sie keine Arbeit erhielten, theils weil sich die dortigen Verhältnisse für sie nicht günstiger erwiesen als die hiesigen.

In der zweiten Hälfte des Dezembers zeigten schon

einzelne Gruppen der Arbeiter die Geneigtheit, wieder zur Arbeit zurückzukehren und suchten Unterhandlungen mit ihren Arbeitgebern auf direktem Wege anzuknüpfen. Dieselben wurden aber resultatlos abgebrochen, weil Max Hirsch am 15. Dezember persönlich wieder in Waldenburg eintraf. Derselbe spornte die Bergleute an, „den Kampf für die gerechte Sache“ fortzusetzen, und erklärte in Versammlungen, dass er den ausgebrochenen Kampf nunmehr „bis auf's Messer führen wolle.“ Er versicherte den Arbeitern wiederholt, dass reichliche Geldmittel aus England, Frankreich und Belgien fließen würden, und verlangte unter allen Umständen am Gewerkverein festzuhalten.

In der zweiten Hälfte des December fing die Fortschrittspartei an für den Gewerkverein einzutreten. Am 30. December erliessen hervorragende Mitglieder derselben einen Aufruf an die deutsche Nation, um zu Sammlungen für die strikenden Arbeiter in den Niederschlesischen Kohlenrevieren aufzufordern. Bei dieser Sachlage konnte es nicht Wunder nehmen, dass sich die Beilegung des Strikes länger, als erwartet, verzögerte und letzterer sich bis in die zweite Hälfte des Januar 1870 hinüberzog. Jedoch mehrte sich in den ersten Wochen des Januar bereits die Anzahl derjenigen, welche zur Grubenarbeit bedingungslos zurückkehrten, und zu mehreren Malen versuchten Arbeiter und Deputationen, günstigere Bedingungen für den Wiedereintritt bei der Arbeit von den Arbeitgebern zu erlangen. Auch Max Hirsch suchte neue Mittel und Wege auf, um eine Verständigung herbeizuführen: bei den durch ihn angeregten Vermittelungsvorschlägen handelte es sich schon nicht mehr um Aufrechterhaltung der materiellen Forderungen, sondern um die Beseitigung des das Ausscheiden aus dem Gewerkverein betreffenden Reverses. Die Arbeitgeber blieben aber einmüthig bei ihrem einmal getroffenen Entschlusse stehen.

Nachdem also diese Versuche ohne Erfolg geblieben waren, griff Max Hirsch zu dem letzten, ihm noch übrig bleibenden Mittel, nämlich durch Einschüchterung der Werksbesitzer, irgend einen Erfolg zu erzielen. Er empfahl die Massenauswanderung und gab offen zu erkennen, dass auf einem anderen Wege nichts zu erreichen sein würde. Eine beträchtliche Anzahl der jüngeren unverheiratheten Bergleute machte von diesem Rath umfassenden Gebrauch. Ein Theil ging nach Oesterreich-Schlesien, ein anderer Theil nach Russisch-Polen (Sielce). Andere gingen nach Baden, der bei weitem grösste Theil aber nach Westfalen und der Rheinprovinz. Die Zahl dieser Auswanderer kann auf 800—1000 abgeschätzt werden. Viele derselben sind jedoch nach ganz kurzer Zeit zurückgekehrt, und ist zur Zeit nur noch ein ganz kleiner Theil derselben, und zwar derjenige in auswärtigen Revieren, welcher hier keine Arbeit erhalten würde.

Endlich sah sich der Generalrath des Gewerkvereins veranlasst, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit anzurathen. Am 24. Januar 1870 kehrte daher auch das Gros der Arbeiter auf allen Gruben zur Arbeit zurück und ist dieser Termin als Beendigung des Strikes zu erachten, welcher somit eine Dauer von 8 Wochen erreichte. Der Wiedereintritt zur Bergarbeit erfolgte unter Vollziehung des oben erwähnten Reverses.

Es traten am 24. Januar 1870 1003 Mann weniger zur Arbeit ein, als am 30. November 1869 in Arbeit waren. Ein Theil der am 24. Januar sich Meldenden konnte augenblicklich keine Arbeit erhalten, weil die Wiederaufnahme des vollen Betriebes und eine Wiederbelegung sämtlicher Arbeitsstellen nicht eben so plötzlich und in eben demselben Umfange erfolgen konnte, wie die

Arbeitseinstellung. Ihre Wiederannahme erfolgte einige Wochen später, nachdem die Wiederbelegung sämtlicher Arbeitspunkte möglich geworden war. Ende Februar waren alle Gruben mit der vollen Zahl ihrer früheren Belegschaften versehen und im Stande, die vor dem Strike erreichten Förderquantitäten wieder zu beschaffen.

Der Wiedereintritt zur Grubenarbeit erfolgte seitens der Bergleute ohne irgend welche sie betreffende, nachtheilige Massregeln. Man ging sogar gleich nach Beendigung des Strikes dazu über, den Bergleuten einen höheren wöchentlichen Abschlag zu bewilligen, sowie manche andere, die Dauer der Schichtzeit und namentlich die Kontrolle nach verfahrener Schicht betreffende Erleichterung zu verschaffen. Endlich aber hat man die bereits vor Eintritt des Strikes begonnenen Vorarbeiten für Reform des Knappschaftswesens ernstlich wieder aufgenommen. Die einzige Massregel, welche als konsequente, einzelne Leute nachtheilig berührende Folge des Strikes zur Durchführung gelangte, bestand darin, dass die Mitglieder des Generalrathes, der Ortsvereine, überhaupt alle diejenigen, welche sich vor und während des Strikes durch aufregende Reden oder sonstige besondere Feindseligkeiten gegen die Arbeitgeber verrathende Massnahmen hervorgethan hatten, von der Wiederannahme zur Grubenarbeit ausgeschlossen wurden. Es mochte diese Massregel ca. 60 Mann betreffen, von denen übrigens der grösste Theil bereits ausgewandert und nur ein geringer Rest zurückgeblieben war.

Der durch den Strike für die Strikenden selbst entstandene Verlust ist allein an entgangenem Lohn auf 150,000 Thlr. anzuschlagen.

Seit Beendigung des Strikes findet bei den Grubenarbeitern eine umfangreiche gewerkvereinliche Verbindung nicht mehr statt.

5. Arbeitseinstellung der Kohlenbergleute des Zwickauer Revierebezirk Plauen.

Der Strike brach aus Anfang Juli 1870 und dauerte in Folge des beginnenden Krieges nur bis Mitte Juli. Es sind daran vielleicht 5000 Arbeiter betheilt gewesen. Arbeitervereine bestehen, aber wenigstens nicht mit dem öffentlich ausgesprochenen Zwecke, Arbeitseinstellungen herbeizuführen und zu organisiren. Die Arbeitseinstellung erfolgte ohne vorherige Kündigung des Arbeitsvertrages. Störungen der öffentlichen Ordnung sind nicht vorgekommen.

Zum Theil war höherer Schichtlohn gefordert, zum Theil waren gar keine Forderungen vor der Arbeitseinstellung gestellt worden. Der Versuch gemeinsamer Massregeln seitens der Arbeitgeber wurde gemacht, scheiterte aber. Die Forderungen der Arbeiter sind nach und nach von allen Arbeitgebern gewährt worden.

Die Arbeitseinstellung versetzte die Kohlenindustrie von Zwickau und Umgegend zum Theil in die Lage, übernommene Aufträge unerfüllt zu lassen oder ertheilte Aufträge ablehnen zu müssen.

6. Arbeitseinstellung auf der Königlichen Steinkohlengrube Heinitz bei Neunkirchen. Bezirk Saarbrücken.

An diesem Strike waren 700 Arbeiter betheilt und dauerte derselbe 3 Tage. Die Arbeitseinstellung war eine plötzliche und daher ohne Zweifel von dem Bruche kontraktlicher Verpflichtungen begleitet. Die Ursache der Bewegung war die Einführung einer neuen Controlmass-

regel, welche die Arbeiter erbitterte. Die Königliche Bergwerksdirektion, welche dieselbe angeordnet hatte, bezeichnet jedoch die ganze Arbeitseinstellung als ein Missverständniss, nach dessen Aufklärung die Arbeit ohne Zurücknahme der Massregel oder sonstige Zugeständnisse wieder aufgenommen wurde.

7. Arbeitseinstellung in der Coksanstalt zu Hirschbach. Bezirk Saarbrücken.

Ca. 100 Arbeiter waren betheiligt. Der Strike dauerte 5 Tage und brach plötzlich aus, war daher ohne Zweifel von dem Bruche kontraktlicher Verpflichtungen begleitet. Die Strikenden forderten Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Da jedoch die Arbeitgeber energisch ihre Weigerung aufrechterhielten, die Oefen schlossen und kalt legten, wurde die Arbeit, ohne dass ein Resultat der Einstellung erreicht war, wieder aufgenommen.

8. Arbeitseinstellung in der Fenner Glashütte (partiell) Bezirk Saarbrücken.

Die Zahl der strikenden Arbeiter betrug 40 Mann, die Dauer des Strikes 4 Wochen. Die Kündigungsfrist wurde beobachtet. Hinsichtlich der Forderungen der Strikenden, des Verlaufes und Ausganges des Strikes herrscht vollständige Uebereinstimmung mit 7.

9. Arbeitseinstellung in einer Glashütte zu Sulzbach (partiell). Bezirk Saarbrücken.

Betheiligung: 24 Mann. Dauer: 5 Tage. Von Kontraktbruch begleitet. Ursache: zünftige Bedenken der in der Kategorie von Gesellen stehenden Arbeiter dagegen, dass die ihnen bisher allein zustehenden Arbeiten theilweise auch den Lehrjungen übertragen wurden. Keine Concessionen seitens der Arbeitgeber gemacht.

ad 6. 7. 8. 9.

Im Bezirk Saarbrücken bestehen Arbeitervereine mit dem Zwecke, Arbeitseinstellungen zu organisiren und herbeizuführen, bisher nicht. Störungen der öffentlichen Ordnung haben nicht stattgefunden. Eine Schädigung der Industrie durch die Arbeitseinstellungen liegt augenscheinlich vor, und zwar nicht nur dadurch, dass bereits vorhandene kontraktliche Lieferungsverbindlichkeiten der Arbeitgeber nicht erfüllt werden konnten und dass bei der Ungewissheit über Zunahme und Dauer der Strikes die Annahme neuer Verpflichtungen unterbleiben musste, sondern auch ganz direct durch die Unterbrechung der technischen Continuität des Betriebs. Das Kaltlegen und Wiederanheizen von Ofenanlagen sowohl in den Glas- als in den Cokshütten ist von einem directen Schaden begleitet.

10. Arbeitseinstellung auf den Zechen ver. Westfalia und Tremonia bei Dortmund. Bezirk Dortmund.

Auf der Zeche ver. Westfalia fand am 26. Juni 1872 eine Arbeitseinstellung statt, welche bis zum 1. Juli andauerte, und woran sich 500 von der 700 Mann starken Belegschaft betheiligt haben. Auf der Zeche Tremonia stellten von der 690 Mann zählenden Belegschaft fast die sämtlichen Arbeiter der Grube, mit Ausnahme der Schachthauer, Tagesarbeiter und Maschinenwärter die Arbeit am 25. Juni 1872 ein und strikten bis zum Monatschluss. Die strikenden Bergleute hatten grösstentheils

Akkordarbeiten übernommen, mussten also der Arbeiterordnung gemäss 14 Tage vor Verlassen der Grube kündigen und haben daher durch Nichtbeachtung der Kündigungsfrist einen Kontraktbruch sich zu Schulden kommen lassen. Der rechtzeitigen Hierherlegung von Gensdarmen ist es zu verdanken, dass nennenswerthe Störungen der öffentlichen Ordnung vermieden wurden und sind nur einige kleine Excesse zu registriren. In der Umgegend von Dortmund haben sich gegen 18 Bergmanns- (s. g. Knappen-) Vereine gebildet, welche zwar nicht den ausgesprochenen Zweck haben, Arbeitseinstellungen zu organisiren, die aber grösstentheils socialistischen Tendenzen huldigen.

Am Tage vor Niederlegung der Arbeit war den Zechenverwaltungen von einer Deputation resp. einem Strikekomite der Bergleute eine schriftliche Forderung vorgelegt, die neben Verkürzung der Arbeitszeit und Bewilligung billigerer Brandkohlen vornehmlich in der sofortigen Erhöhung der Löhne um 25% kulminirte. Die Grubenverwaltungen haben principiell jede Forderung eines Strikekomites abgelehnt, überhaupt ein solches nicht anerkannt. Die Löhne der Bergarbeiter sind nachweisbar von Jahr zu Jahr aufgebessert, und so auch nach Wiederaufnahme der Arbeit, jedoch nicht in reichlicherem Maasse, wie es auch ohne Arbeitseinstellung erfolgt wäre.

Bei der kurzen Dauer der Arbeitseinstellung sind beide Gruben in Erfüllung ihrer kontraktlichen Verpflichtungen für übernommene Lieferungsaufräge nur wenig behindert; dahingegen sind die Zechen durch die gezwungene Unterlassung wichtiger und unerlässlicher Grubenarbeiten materiell erheblich geschädigt worden.

11. Strike der Bergarbeiter im Essener Kohlenrevier. Bezirk Essen.

Im Essener Bezirk strikten die Arbeiter von ca. 20 Zechen, an Zahl etwa 7—8000 Mann. Die Arbeitseinstellung erstreckte sich ausserdem auch auf die benachbarten Kreise Bochum und Duisburg. Die Dauer des Strikes war etwa 6—7 Wochen. Es besteht in Essen ein christlich-socialer (ultramontaner) Arbeiterverein, der, wenn er auch gerade nicht Arbeitseinstellungen organisirt, so doch in regelmässigen Versammlungen, sowie durch sein Parteiorgan „die Essener Blätter“, die socialen Bestrebungen lebhaft unterstützt. Derselbe zählt 1000—1200 Mitglieder. Ferner bestehen social-demokratische Vereine der Schweizer- und Bebel-Partei. Die vorgeschriebene Kündigungsfrist ist von den Strikenden nicht innegehalten worden. In Arbeiterversammlungen sind einige Male Tumulte vorgekommen, besonders in Alten-Essen (Bürgermeisterei), wobei die Gensdarmrie von der Waffe Gebrauch machen musste. Bedrohungen und thätliche Angriffe gegen solche Arbeiter, welche die Arbeit fortzusetzen suchten, sind strafrechtlich geahndet.

Die Forderungen der Arbeiter umfassten folgende Punkte: Lohnerhöhung von 25% im Gedinge. Wo Gedinge-Arbeit mit Schwierigkeiten verknüpft sei, ein allgemeiner (normaler) Schichtlohn von 1½ Thlr. 8stündige Arbeitszeit pr. Schicht. Lieferung von Brandkohlen an die Arbeiter zum Preise von 2½ Gr. pr. Ctr. Das Comitee sollte dauernd bestehen bleiben behufs Ueberwachung der strikten Innehaltung der Zusagen, welche die Grubenbesitzer machen würden. — Von den vereinigten Arbeitgebern wurden diese Forderungen abgelehnt, jede Unterhandlung mit dem Comitee verweigert, dagegen directe Verhandlung mit der Belegschaft verlangt. Demnächst ward keine der Forderungen der Arbeiter direct bewilligt

dagegen erklärt, dass die Besitzer zu Verhandlungen nach wieder aufgenommenen Arbeit geneigt seien. Es sind dann auch nachträglich aus freien Stücken, in Verbindung mit den steigenden Kohlenpreisen, allseitige Lohnerhöhungen erfolgt. Die Mitglieder des Strike-Comitees, deren Namen an die Gruben durch Cirkular mitgetheilt wurden, durften in den ersten 3 Monaten (bis Oktober) nicht in Arbeit genommen werden.

Die Verpflichtungen zur Kohlenlieferung konnten bis zum Schlusse des Jahres in ihrem Umfange nicht erfüllt werden, noch weniger wurden neue Aufträge erledigt. Durch den Mangel an Kohlen ist in den verschiedensten Industriezweigen Betriebsstillstand erfolgt. Besonders hat der Hochofenbetrieb gelitten, und zwar sehr schwer durch das schwächere Blasen der Oefen.

12. Arbeitseinstellung auf den Kupfererzgruben der Stadtberger Gewerkschaft.

Bezirk Arnsberg.

Zahl der strikenden Bergleute: 40 Mann. Zeitpunkt und Dauer: Juni 1870, 4 Wochen. Kein Kontraktbruch, keine Ordnungsstörung. Keine Arbeitsvereine mit Strikezweck. — Forderungen: Lohnerhöhung und Beseitigung der Arbeiter-Ordnung; zurückgewiesen, ohne jedes Resultat für die Strikenden. — Aufträge nicht unerfüllt geblieben; kein Nachtheil für die Industrie.

13. Arbeitseinstellung auf dem Schaumburger Gesamt-Steinkohlen-Bergwerke.

Bezirk Hannover.

Auf diesem Werke haben im Jahre 1872/73 zwei Strikes stattgefunden: der erste vom 29. Oktober bis 9. November 1872; der zweite vom 31. Dezember 1872 bis 16. Januar 1873 dauernd. An dem ersten beteiligten sich etwa die Hälfte, an dem letzteren ein Drittel der Belegschaft, die insgesamt etwa 1500 Mann beträgt. Bestimmte Forderungen sind Seitens der Strikenden nicht gestellt worden, da die Arbeiter bei normalmässiger Anstrengung schon vor Ausbruch des ersten Strikes im Stande waren, ungefähr dasjenige zu verdienen, was nachträglich als Forderung einer gewissen Zahl aufgestellt wurde. Der durchschnittliche Lohnverdienst der fleissigen Arbeiter betrug nämlich 28 Gr. pro 8stündige Arbeitsschicht, während die Forderung 30 Gr. für dieselbe Zeit betrug. Der Strike hat sich dadurch erledigt, dass die Arbeiter kategorisch aufgefordert wurden, die unter Bruch kontraktlich übernommener Verpflichtungen eingestellte Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, ehe weitere Verhandlungen mit ihnen stattfinden könnten. Diese letzteren haben im Wesentlichen zu dem Resultate geführt, dass die Arbeiter sich gegen früher zu höheren Leistungen pro Schicht bequemt haben, und dass das Gesamtbergamt diese Mehrleistung durch Gewährung eines Prämiensatzes anerkannt hat. Hierdurch hat sich der Verdienst der höchsten Lohnklasse für die 8stündige Schicht von 30 auf etwa 33 Gr. erhöht, während der Verdienst der niedrigeren Lohnklassen etwa 8—9 Gr. weniger beträgt. — Das Gesamtwerk ist nicht in die Lage gerathen, übernommene Aufträge unerfüllt lassen zu müssen, da es Aufträge nur unter Vorbehalt der Strikeklausel übernimmt.

14. Arbeitseinstellung der Steinkohlenbergleute am Deister. Bezirk Hannover.

Dieselbe war nur von kurzer Dauer, und hat eine Lohnerhöhung stattgefunden.

ad 13. und 14. Ungesetzliche Ausschreitungen haben nicht stattgefunden.

B. Maschinenbau und Metall-Industrie.

1. Arbeitseinstellung in Maschinen-Fabriken und Eisengiessereien zu Mannheim.

Bezirk Mannheim.

Die Maschinen-Fabriken und Eisengiessereien, welche von der 14tägigen Arbeitseinstellung betroffen wurden, haben ca. 100 Arbeiter. —

Es besteht ein Arbeiterverein, aber nicht mit dem bestimmt ausgesprochenen Zweck, Arbeitseinstellungen zu organisiren. Soviel bekannt, war der Strike nicht von Kontraktbruch begleitet, und Ruhestörungen von Bedeutung haben keine stattgefunden. — Den Arbeitern sind durch Privatabkommen höhere Löhne bewilligt worden. Zur Abwehr der Arbeitseinstellung kamen die bezüglichlichen Fabrikanten überein, dass Jeder derselben keinen bei dem anderen in Dienst gestandenen Arbeiter ohne Vorlage eines Zeugnisses über seine Entlassung annehmen solle. — Die Arbeitseinstellung war zu kurz, als dass die übernommenen Aufträge unerfüllt geblieben wären, oder neue hätten abgelehnt werden müssen. Der Industrie ist kein erheblicher Schaden erwachsen.

2. Arbeitseinstellung in der Maschinenfabrik und Eisengiesserei zu Darmstadt.

Die Arbeiter verlangten schriftlich festgesetzte Akkordpreise, welchem Ansinnen wegen der ungeheuren Mannigfaltigkeit in der Maschinen-Fabrikation unmöglich entsprochen werden konnte. Ohne die Gründe der Unmöglichkeit zu würdigen, stellten die sämmtlichen Arbeiter die Arbeit ein, kamen aber, als die Direktion einige Wochen ruhig zugesehen hatte, von selbst wieder zur Arbeit. Besonderer Nachtheil ist dem Geschäftsbetrieb nicht entstanden. Ordnungsstörung kam nicht vor. Von dem Bestehen von Vereinen mit dem ausgesprochenen Zweck, Arbeitseinstellungen zu organisiren, ist nichts bekannt.

3. Arbeitseinstellung der Maschinen-Arbeiter in Offenbach. Bezirk Offenbach.

Anfangs waren nur 80 Mann, und zwar Arbeiter der Gebr. Heim, beteiligt, die Zahl erhöhte sich jedoch durch den unten näher motivirten Schluss der übrigen Maschinenfabriken auf 320; der Strike dauerte von Mitte Oktober bis Mitte November 1871. Es besteht ein Maschinenbauer-Verein, der Strike-Tendenz hat und den Strike organisirte und leitete. — Das Verlangen der Arbeiter ging auf Reduktion der Arbeitszeit von 11½ auf 10 Stunden und 25% Lohnerhöhung für die Ueberstunde anstatt der seither bestehenden 15% Zuschlag. — Bewilligt wurde Reduzirung der Arbeitszeit auf 60 Stunden per Woche und ein Zuschlag von 25% für jede Stunde weitere Arbeit. — Die übrigen Maschinenfabrikanten, die vorerst nicht von dem Strike betroffen waren, jedoch bei der strammen Organisation des Maschinenbauer-Vereins, zu welchem auch ihre Arbeiter gehörten, voraussahen, dass nach Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter der Heim'schen Fabrik die Reihe auch an sie kommen würde, schlossen ihre Fabriken, erklärten, dass die Arbeit nur nach Beendigung der Arbeitseinstellung bei Gebr. Heim wieder aufgenommen werden könnte, und wurde hieran festgehalten. — Eine grosse Anzahl von Aufträgen musste abgewiesen werden oder unausgeführt bleiben.

Zu diesem wie zu allen übrigen Strikes im Bezirk Offenbach wird bemerkt, dass eigentliche kontraktliche Verpflichtungen nicht verletzt wurden, wenn man nicht das Liegenlassen angefangener Arbeiten darunter begreifen will. Störungen der öffentlichen Ordnung haben nicht stattgefunden.

4. Arbeitseinstellungen der Eisengiesser und Maschinen-Arbeiter. Bezirk Mainz.

In der Eisengiesserei von Jul. Römhold stellten im Oktober 1871 14 Former und einige Tagelöhner die Arbeit ein und liessen durch eine Deputation eine Lohnerhöhung von 25% fordern, nachdem schon vor der Arbeitseinstellung die 10stündige Arbeitszeit zugestanden war. Die geforderte Lohnerhöhung wurde bestimmt abgelehnt und die Aufforderung hinzugefügt, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen. Schon nach wenigen Tagen war dieser Aufforderung fast ausnahmslos nachgekommen. Seitdem hat dann eine successive Lohnsteigerung von 5—10% stattgefunden. — Ganz ebenso war der Verlauf in den Maschinenfabriken, namentlich in derjenigen der Gebr. Schultz, irgend ein nennenswerther Erfolg wurde hier überhaupt nicht erreicht, sondern schon nach wenigen Tagen die Arbeit wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen.

Seit der Zeit dieser Strikes ist in der Eisengiesserei, Maschinen- und verwandten Industrie zu Mainz ein veränderter Zustand eingetreten. Die Arbeitgeber der Branche haben sich mit denen Frankfurts etc. zu einem „Mittel-deutschen Fabrikantenbunde“ vereinigt, welcher seinen Sitz in Frankfurt hat, sich die Namen der kontraktbrüchigen Arbeiter unter einander mittheilt und sonstige gemeinsame Massnahmen beräth. Die Arbeiter ihrerseits sind erst seitdem in das Gebiet der gewerbmässigen Agitation hineingezogen worden; insbesondere hat der in Hamburg seinen Sitz habende, der Lassalle'schen Richtung angehörige „Deutsche Formerbund“ die Eisengiesserei-Arbeiter in sein Netz zu ziehen gesucht.

Die in Rede stehenden, wie überhaupt alle Strikes im Mainzer Bezirk erfolgten unter Bruch der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungsfrist, bezw. unter Nichterfüllung übernommener Verpflichtungen. Zu Ordnungsstörungen ist es nicht gekommen.

Eine ernstliche Gefährdung der Industrie wurde durch die Strikes nicht verursacht. Insbesondere ist es wohl nicht vorgekommen, dass eingegangene oder übernommene Aufträge in Folge der Strikes unerfüllt bleiben mussten.

5. Arbeitseinstellung in der Kesselschmiede von Weyland, Merth & Co. zu St. Ingbert. Bezirk Saarbrücken.

Dieser Strike war nur ein partieller von 14 Arbeitern unternommener. Er wurde nicht ausgeglichen, da die strikenden Arbeiter durch andere ersetzt wurden. Die Kündigungsfrist wurde beobachtet. Die Ursache der Arbeitseinstellung war lediglich der Widerwille, unter einem neu engagierten Meister zu arbeiten; beide Theile behaupteten ihre Stellung fest.

6. Arbeitseinstellung der Maschinenarbeiter in Aachen. Bezirk Aachen.

An dem Strike, welcher im Juli 1872 stattfand, waren 4—500 Arbeiter theilhaft. Derselbe dauerte 2, in einigen Fabriken sogar 3 Wochen. Es bestehen hier keine Arbeitervereine mit ausgesprochener Striketendenz.

Im vorliegenden Falle war die Organisation des Strikes von einem Comité in die Hand genommen, an dessen Spitze ein seit einem Jahre hier beschäftigter Däne stand; vielleicht war derselbe Emissär eines auswärtigen Arbeitervereins. — Die gesetzlich vorgeschriebene 14tägige Kündigungsfrist wurde nicht inne gehalten. Die öffentliche Ordnung wurde nicht gestört, jedoch haben vielfache Beschimpfungen und Bedrohungen der nicht strikenden Arbeiter stattgefunden.

Von Seiten der Striker wurden folgende Forderungen gestellt: a. Zehnstündige Arbeitszeit, und zwar: α . im Sommer von 6—6, β . im Winter von 7—7; durchweg mit einer freien Zeit von $\frac{1}{4}$ Stunde Morgens, $1\frac{1}{2}$ Stunde Mittags und $\frac{1}{4}$ Stunde Nachmittags. b. Wird nachgearbeitet, so gelten 2 Stunden, von 6—8, für $\frac{1}{4}$ Tag. c. Wird die Nacht gearbeitet, so ist eine freie Zeit von 6—8 und eine Arbeitszeit von 8 Stunden, nämlich von 8—12 und von 1—5. Diese 8 Stunden werden für $\frac{5}{4}$ Tag gerechnet. d. Monteure oder solche, welche auf Reparatur gehen, erhalten für eine zehnstündige Arbeitszeit = $\frac{5}{4}$ Tag Lohn. Jede Ueberstunde bis 10 Uhr Abends zählt doppelt, und soll noch die Nacht durchgearbeitet werden, so zählt die Zeit von 10—6 Uhr Morgens für $\frac{5}{4}$ Tag. e. Sonntags soll so wenig wie möglich gearbeitet werden. Wird es dennoch verlangt, so gelten die 4 Stunden von 8—12 für einen Tag; wird dabei Mittags durchgearbeitet bis 2 Uhr, so macht dies $1\frac{1}{2}$ Tag, und wird bis 5 Uhr gearbeitet, so zählt dieses für 2 Tage; übrigens jede einzelne Stunde für $\frac{1}{4}$ Tag. f. Bei Nicht-Auskommen in Akkordarbeit gebührt einem fleissigen Arbeiter der Lohn von $\frac{5}{4}$ Tag für einen Tag Arbeit. — In einer Versammlung der Maschinen-Fabrikanten wurden, mit Ausnahme eines Fabrikanten, der in Folge eines Missverständnisses einseitig vorgegangen und seinen Arbeitern $10\frac{1}{2}$ stündige effektive Arbeitszeit mit Unterbrechungen zur Kaffeezeit bewilligt hatte, nachfolgende Beschlüsse einstimmig gefasst und am folgenden Tage in allen Fabriken mittels Anschlag bekannt gemacht: a. Es ist den einzelnen Fabriken anheimgegeben, nach ihrer Wahl entweder 10stündige effektive Arbeitszeit mit einziger Unterbrechung Mittags, oder 11stündige effektive Arbeitszeit mit weiterer Unterbrechung zum Kaffeetrinken einzuführen. b. Eine Nachtarbeit von 2 Stunden wird mit $\frac{1}{4}$ des Tagelohns bezahlt. c. Die Nachtarbeit dauert 8 Stunden und wird dafür $\frac{5}{4}$ des Tagelohns vergütet. d. Bei Sonntagsarbeit wird für jede Stunde das Doppelte des gewöhnlichen Tagelohns vergütet. — Ungeachtet dieser entgegenkommenden Beschlüsse gelang es dem Strikekomité, welches seine Forderung in allen Punkten durchzusetzen versprach, den Strike in's Werk zu setzen. Als die Arbeitgeber jedoch jede fernere Unterhandlung entschieden ablehnten, kehrten nach 8—14 Tagen die Arbeiter allmählig wieder zur Arbeit zurück und erklärte das Comité nach drei Wochen den Strike für beendet, da ihm die nöthige Unterstützung der Arbeiter fehle.

Die Arbeitseinstellung hat in ihren Folgen die hiesige Maschinen-Industrie sehr geschädigt. Vor Allem ist durch die Reducirung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden, bei Beibehaltung des bisherigen Schichtlohns, der Selbstkostenpreis der Fabrikate entsprechend erhöht und die Produktionsfähigkeit verringert worden, und in Folge dessen die Konkurrenz mit auswärtigen, in mancher Hinsicht günstiger situirten Fabriken in manchen Artikeln nicht mehr möglich. Das Absatzgebiet der hiesigen Fabriken wird daher ein kleineres, was in weniger günstigen Zeiten vermuthlich schwer empfunden werden wird.

7. Arbeitseinstellung in der Kölnischen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft zu Bayenthal. Bezirk Köln.

Innerhalb der letzten 2 Jahre kamen in diesem Etablissement Strikes einzelner, etwa 20—30 Mann starker Arbeitskolonnen vor. Dieselben waren von Forderungen begleitet, welchen nachzukommen dem Arbeitgeber meistens unmöglich war, welcher daher vorzog, solche Kolonnen ganz zu entlassen, und neue anzulernen. In anderen Fällen genügte eine Aufbesserung der Löhne und Akkordsätze, und Entlassung der Urheber.

Die Arbeitseinstellungen haben für das Etablissement vielfach Ueberschreitung der eingegangenen Lieferzeiten mit sich gebracht. — Erheblicher Schaden erwuchs durch die bei Uebernahme namentlich grösserer Arbeiten nicht vorgesehenen Lohnerhöhungen, und die geringere Leistung der Arbeiter.

Im Bezirk Cöln haben die vorgekommenen Strikes keine Ordnungsstörungen zur Folge gehabt. — Es bestehen zwei grössere Arbeiterverbände, der socialdemokratische und der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Von beiden ist nicht nachzuweisen, dass sie direkt auf die Herbeiführung von Strikes hinwirken. — Die im Bezirk vorgekommenen Strikes sind lediglich durch Beschluss und Beihilfe der einzelnen Gewerkvereine und Arbeiterkategorien in den Kreisen der betreffenden Gewerksossen resp. Arbeiter zu Stande gebracht worden.

8. Arbeitseinstellung in einer Maschinenfabrik. Bezirk Duisburg.

An dem im Jahr 1872 stattgehabten Strike waren 60 Arbeiter betheiligt. Von den in der Fabrik beschäftigt gewesenen Arbeitern kehrten die meisten überhaupt nicht zurück, die übrigen feierten durchschnittlich 8 Tage. Es besteht ein Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in welchem Arbeiteragitationen ihren Mittelpunkt finden. — Die Verpflichtung zu einer vierzehntägigen Kündigungsfrist wurde nicht eingehalten. Störungen der öffentlichen Ordnung kamen im Bezirk nicht vor.

Veranlasst wurde der Strike durch Differenzen über die Vertheilung der schon früher auf 10 Stunden festgesetzten Arbeitszeit. Die darauf bezügliche Forderung der Arbeiter wurde nicht bewilligt, und mussten sich dieselben der bestehenden Ordnung unbedingt unterwerfen. Die Rädelführer blieben ausgeschlossen.

Die Fabrik kam nicht in die Lage, übernommene Aufträge unerfüllt lassen zu müssen. Ein erheblicher Schaden ist nicht erwachsen.

9. Arbeitseinstellung in der Maschinenfabrik von H. Aug. Flender. Bezirk Düsseldorf.

In diesem Etablissement sind zwei Strikes, nämlich im April 1872 und März 1873 vorgekommen. An dem ersten betheiligten sich sämmtliche, an dem zweiten 15 Dreher und Schlosser. Die Dauer beider Strikes war nur eine ganz kurze, weshalb die Fabrik ihre kontraktlichen Verpflichtungen erfüllen konnte. Störungen der öffentlichen Ordnung fanden nicht statt.

Bei dem ersten Strike forderten die Arbeiter statt 12- eine 10stündige Arbeitszeit und vereinigten sich mit dem Fabrikherrn auf eine 11stündige. Im zweiten Falle wurde die Abänderung eines Paragraphen der Fabrikordnung gefordert. Die Forderung wurde abgeschlagen; andern Tages kamen die ausgebliebenen Arbeiter zurück.

Den übernommenen Aufträgen konnte genügt werden. Von den im März 1873 strikenden Drehern und Schlossern wurde der grösste Theil, welcher gern gearbeitet hätte, durch Drohungen von der Arbeit zurückgehalten.

10. Arbeitseinstellung der Maschinenarbeiter in Barmen. Bezirk Barmen.

Der Strike, an dem sich ca. 600 Arbeiter betheiligten, dauerte vom 31. Juli bis 4. September 1871. Da aber an letzterem Tage nicht alle Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen, erlitt der regelmässige Fabrikbetrieb eine Unterbrechung von mindestens 6 Wochen. Es besteht ein Maschinenarbeiter-Verein, der allem Anschein nach nur den Zweck haben kann, gelegentlich wieder einen Strike hervorzurufen. Die Arbeitseinstellung erfolgte ohne Rücksicht auf die Kündigungsfrist oder die übernommenen Akkordarbeiten. Nur die eine Fabrik erhielt Avis, dass der Strike beginnen würde; in anderen Fabriken weigerten sich die Arbeiter, die von der erst erwähnten Fabrik dorthin gesandten Halbfabrikate fertig zu machen, und verliessen die Arbeit ohne weiteres. Ordnungsstörungen waren selten; einige der am Strike unbetheiligten Arbeiter wurden misshandelt.

Die Arbeiter forderten: a. Lohnerhöhung um 25 pCt. b. Nochmalige Erhöhung um 25 pCt. für Arbeiten ausserhalb der Fabrik. c. Eine Arbeitsdauer von 57 1/2 Stunde pro Woche. d. Verdoppelung des Lohnes für Sonn- und Fest-Tage. e. Die Erlaubniss Morgens und Mittags zehn Minuten zu spät zu kommen und f. einen doppelten Lohn für Nacharbeit. — Die Arbeitgeber einigten sich, dass bei dem Ausbruche des in der einen Fabrik beabsichtigten Strikes, möglichst alle Arbeiter in den anderen Fabriken zu einer Erklärung gedrängt würden, ob sie ihre Interessen mit denen der Arbeiter jener Fabrik für solidarisch hielten. Als nun in den vier grösseren Werken alle Arbeiter sich weigerten, die von der ersterwähnten Fabrik gesandten Halbfabrikate in Hand zu nehmen, wurden die Arbeiter in fast allen Werkstätten mit Einhaltung der üblichen Kündigungsfrist entlassen. — Die Arbeit wurde genau nach der bestehenden Fabrikordnung und zu den früher gezahlten Löhnen wieder aufgenommen. Erst im November durften nach den zwischen den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen die Löhne erhöht werden, um sie mit den in der Umgegend gezahlten und inzwischen gestiegenen Löhnen wieder zu equalisiren.

Die übernommenen Aufträge wurden erfüllt, wenn auch verspätet und theils mit Hilfe auswärtiger Maschinen-Fabriken. Der verursachte Schaden ist sehr unbedeutend gewesen.

11. Arbeitseinstellung von Arbeitern der Eisen und Stahl-Industrie in Remscheid. Bezirk Lennep.

Die Arbeitseinstellung hat vor 6 Wochen begonnen und dauert zur Zeit noch fort. Die Zahl der Strikenden beträgt 1000. Es bestehen Arbeitervereine, welche von auswärts angeregt werden, um höhere Lohnsätze zu erzielen. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen. — Die von den selbstständigen Schmiedearbeitern verlangte Erhöhung des Stücklohnes, welcher jetzt schon 10 bis 12 Thlr. per Woche beträgt, kann von den Arbeitgebern nicht bewilligt werden, ohne den Verfall der Industrie herbeizuführen; dieselben verhalten sich passiv. — Es ist grosser Schaden zu erwarten, wenn die Arbeiter nicht zu

dem bisherigem Stücklohn in kurzem wieder die Arbeit aufnehmen.

12. Arbeitseinstellung von Arbeitern der Schlossfabrikation in Eilpe. Bezirk Hagen.

Der Strike, an dem sich etwa 100 Arbeiter beteiligten, begann im April und endete nach allmählicher Abschwächung im Oktober 1872. Eine offene Vereinigung zur Organisierung des Strikes bestand nicht, dagegen war der Einfluss socialdemokratischer Agitatoren unverkennbar. Es wurde die gesetzliche Kündigungsfrist inne gehalten. Die öffentliche Ordnung wurde nicht ernstlich gestört.

Die Strikenden stellten eine Mehrforderung von etwa 20 pCt. der bisher gezahlten Löhne auf, welche von den betreffenden 4 vereinigten Fabrikherren anfangs rund abgeschlagen, jedoch schliesslich beinahe im ganzen Umfange bewilligt wurde.

Anfangs kamen die Schlossfabrikanten mit der Ausführung übernommener Aufträge in Rückstand und mussten neue Ordres zurückweisen, doch halfen sie sich bald mit ziemlich gutem Erfolge dadurch, dass sie in Velbert, bei Elberfeld, wo auch die Schlossfabrikation zu Hause ist, arbeiten liessen, was sich theilweise bis jetzt erhalten hat. Ein nachhaltiger Schaden ist der Schlossindustrie nicht erwachsen.

13. Arbeitseinstellungen in den Etablissements des Bochumer Vereins für Gussstahlfabrikation. Bezirk Bochum.

Die Kesselstocher, etwas über 200 Mann stark, verlangten Lohnerhöhung, wurden indessen abgewiesen, da die Löhne (Lohntabelle ist dem Berichte angeschlossen) bereits wesentlich gestiegen waren.

Eine grössere Arbeitseinstellung ging von den Arbeitern des Schienenwalzwerks aus, an der sich ca. 500 Mann beteiligten. Eine Deputation von vier Arbeitern erschien bei dem Generaldirector und forderte Lohnerhöhung. Das Resultat dieser Konferenz war aber, dass nach einigen Tagen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wurde.

Arbeitervereine mit Striketendenz bestehen zur Zeit nicht mehr. Symptome von grösserer Agitation unter den Arbeitern des Bezirks Bochum zeigten sich erst in Zusammenhang mit dem Essener Kohlenstrike.

Ernstliche Verlegenheiten sind für die Industrie noch nicht entstanden, wohl aber nachtheilige die bestüberlegten Dispositionen störende Unsicherheit.

14. Arbeitseinstellung auf der Reparatur-Werkstätte des Norddeutschen Lloyd. Bezirk Geestemünde.

Nachdem schon vorher verschiedentlich Versammlungen wegen Erhöhung des Lohnes gehalten worden waren, erhielt der Abtheilungs-Chef eine Zuschrift, unterzeichnet: „Die Maschinenbauer, Kesselschmiede und Schmiede des Norddeutschen Lloyd“ — die Zahl derselben beträgt gegen 300 Mann — ohne Namensunterschrift, worin derselbe um eine Lohnerhöhung von 1 Mark pro Mann und Tag ersucht wurde. — Die Lloyd-Direktion weigerte sich dem Verlangen zu entsprechen, und wurde dieses durch Anschlag den Petenten mitgetheilt. Darauf erhielt die Verwaltung eine ähnliche Eingabe, welche von den Arbeitern

unterzeichnet war. Mittlerweile hatten diese jedoch bereits die Arbeit niedergelegt, weil einer ihrer Kollegen wegen betrügerlicher Angaben über seine geleistete Arbeitszeit entlassen worden war, und die Verwaltung dem Verlangen der Arbeiter, ihn wieder anzustellen, nicht nachgeben wollte. — Auf eine nochmalige mündliche Anfrage einer Arbeiterdeputation erfolgte dann die definitive Antwort, dass die Verwaltung die vorschriftsmässige Kündigung, mit der sie bedroht worden, annehme und die Entlassung nach Ablauf der kontraktmässigen 8 Tage vor sich gehen werde. — Der Lloyd gab in keinem Punkte nach und entlastete die hiesige Reparatur durch auswärtige Reparaturen. — Nach kaum 8 Tagen wurde die Verwaltung von den strikenden Arbeitern behufs Rücktritts in ihre Arbeit wieder überlaufen, diese Anerbietungen aber zurückgewiesen, und nur einige 80 Mann der zuverlässigsten und besten Arbeiter wieder angenommen. Durch Zahlen ist nachgewiesen, dass die Arbeiter des Lloyd durchschnittlich einen enormen Lohn verdient haben; die Verwaltung hält ferner für ihre Arbeiter Invaliden- und Wittwen-Fonds flüssig, zu denen dieselben selbst keinen Pfennig beitragen.

15. Arbeitseinstellung in der Hannover'schen Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft (vormals Georg Egestorff) in Linden. Bezirk Hannover.

Im Mai 1872 wurde dieser nur kurze Strike durch die in dem Etablissement beschäftigten Schmiedezuschläger veranstaltet. Eine Deputation derselben stellte die Forderung, dass die Zuschläger in ein günstigeres Akkordvertheilungs-Verhältniss zu den eigentlichen Schmieden treten sollten. — Der abschlägigen Antwort folgte ohne weiteres die Einstellung der Arbeit; ohne die übernommenen Akkord-Arbeiten zu vollenden, verliessen 150 Schmiedezuschläger mit „Hurrah“ die Arbeit. — Als nicht nachgegeben und durch die Lohnbücher der Nachweis geliefert wurde, dass keiner von ihnen unter 5½ Thlr., die grössere Anzahl zwischen 6—11 Thlr. wöchentlich verdient hatte, nahm die eine Hälfte die Arbeit sofort wieder auf. Die andere Hälfte bat bald ebenfalls um Wiederaufnahme. Sämmtlichen Arbeitern wurde dies gewährt, mit Ausnahme von etwa 20 Mann, welchen letzteren wegen ihrer Drohungen gegen ihre zum Striken nicht geneigten Mitarbeiter die Arbeit seitens der Direktion verweigert wurde. — Besonderer Schaden ist dem Etablissement nicht erwachsen.

16. Arbeitseinstellung auf dem Lüneburger Eisenwerk. Bezirk Lüneburg.

Der Strike betraf die Giesserei, in welcher 72 Former vom 8. Oktober 1869 bis 6. Januar 1870 die Arbeit aussetzten. Es bestand ein Arbeiterverein mit Striketendenz; von diesem Verein ist der Strike organisirt worden. Ob der Verein zur Zeit noch besteht, ist nicht bekannt. Die Strikenden haben weder vorher gekündigt noch die angefangenen Akkordarbeiten beendet. Die Former, welche an der Arbeit geblieben waren, wurden von den feiernden Arbeitern überfallen und misshandelt, mehreren auch die Fenster eingeschlagen. — Die Strikenden forderten, dass ein wegen fleghaften Benehmens gegen seinen vorgesetzten Meister entlassener Formergesell wieder angestellt werden sollte. Die Direktion setzte den Arbeitern die Ungehörigkeit ihrer Forderungen auseinander und kündigte 16 Formern, welche als Rädelsführer aufgetreten waren,

den Dienst. — Nach und nach kehrten die Former bis zum 6. Januar 1870 wieder zur Arbeit zurück. Die Rädelführer und die bei der Arbeitseinstellung am meisten gravirten Arbeiter, im Ganzen 29 Personen, wurden nicht wieder angenommen. — Das Werk wurde durch den dreimonatlichen Strike in die Lage versetzt, übernommene Aufträge unerfüllt zu lassen, und ertheilte Aufträge ablehnen zu müssen. Ausser diesem Schaden erwuchsen dadurch grosse Nachtheile, dass die Maschinenfabrik, Kesselschmiede, Hüttenschlosserei und Putzerei nicht genügend beschäftigt werden konnten, und der Arbeitgeber doch das Personal in diesen Werkstätten nicht vermindern wollte, in der Erwartung, dass die renitenten Former schon früher zur Arbeit zurückkehren würden. Durch die ungenügenden Lieferungen ging eine namhafte Zahl der Abnehmer von Handelswaaren auf längere Zeit verloren.

17. Arbeitseinstellung in einer Maschinenbau-Anstalt zu Frankfurt an der Oder. Bezirk Frankfurt an der Oder.

Am 4. Juli 1871 stellten von 60 in der Anstalt beschäftigten Arbeitern 20 Mann die Arbeit ein; 17 nahmen am 8. Juli die Arbeit wieder auf, 3 reisten ab. Die Strikenden forderten einen Lohn von täglich 25 Sgr. pro Mann und Abkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden. Es wurde aber nichts bewilligt.

Kontraksbruch und Ordnungsstörung kam bei den im Bezirk Frankfurt stattgehabten Strikes nicht vor. Auch existirten keine Arbeitervereine mit Striketendenz. Da die Strikes von zu kurzer Dauer waren, verursachten sie insgesamt keinen weiteren Schaden.

18. Arbeitseinstellungen in Maschinenbau-Anstalten zu Stettin. Bezirk Stettin.

In der Stettiner Maschinenbau - Aktien - Gesellschaft „Vulkan“ sind einzelne partielle Arbeitseinstellungen vorgekommen, welche indessen bald mit nur theilweisem Erfolge für die Strikenden ihr Ende fanden.

In der Stettiner Maschinenbau-Anstalt- und Schiffsbauwerft-Aktien-Gesellschaft (vormals Möller & Holberg) haben einzelne Kolonnen zeitweise und zwar ohne Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt. Die Forderungen gingen stets auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie sind in einigen Fällen bewilligt worden, in anderen sind die betreffenden Arbeiter entlassen, und einzelne wegen Aufwiegelung zur Bestrafung gezogen worden.

Durch besagte Strikes sind in der Maschinenbau-Industrie mehrmals Verzögerungen in der Ausführung übernommener Aufträge entstanden, welche zuweilen empfindliche Nachtheile zur Folge hatten.

Ordnungsstörungen sind gelegentlich vorstehender Strikes nicht vorgekommen.

Im Zusammenhange mit dem Verbande der Gewerkevereine besteht in Bredow bei Stettin ein Ortsverein der Metall- und Maschinenbau Arbeiter, welcher ca. 180 Mitglieder zählt und zum Theil agitatorisch aufgetreten ist.

19. Arbeitseinstellung in Drahtziehereien zu Altena, Bezirk Lüdenscheld.

Im November 1871 vereinigten sich die Grobzieher, im Ganzen 100—120 Mann, von 8 durch Dampfmaschinen getriebenen Drahtziehereien Altena's, und verlangten eine Lohnerhöhung von 25%. Da ihnen diese abgeschlagen

wurde, so kündigten sie und stellten 14 Tage später die Arbeit ein. In einigen Fabriken hatte jeder einzelne Grobzieher gekündigt, in anderen dagegen nur die Stimmführer. Die sonstigen Arbeiter der betreffenden Fabriken beteiligten sich nicht an dem Strike. Ebenso wenig gelang es der Einwirkung der Strikenden, die Arbeiter der anderen unweit Altena gelegenen Drahtziehereien zur Theilnahme am Strike zu vermögen. Im Uebrigen war das Verhalten der Strikenden ein sehr ordentliches. Nach 6 Wochen trug der grössere Theil der Strikenden freiwillig wieder den Arbeitgebern die Arbeit an, die ihnen auch zu den alten Lohnsätzen gewährt wurde, da sich die Arbeitgeber über einen gemeinsamen gleichen Lohntarif geeinigt hatten, der am 1. Februar 1872 in's Leben treten sollte. Dieser war durchschnittlich 10—15% höher wie die alten, in den einzelnen Fabriken verschiedenen Lohnsätze. Ausserdem hatten sich die Fabrikanten mit Konventionalstrafe gebunden, die vereinbarten Lohnsätze selbstständig nicht zu ändern. Die Fabrikanten konnten ihren Lieferungsverpflichtungen nachkommen, da die arbeitenden Fabriken ihnen in vollem Maasse aushalfen.

Eine allgemeine Strikekasse oder ein Strikeverein besteht in Altena nicht. Jedoch war bei dem eben beschriebenen Strike eine gewisse Organisation vorhanden. Vermuthlich war Tölcke der Agitator, welcher während des Strikes auch zwei Versammlungen in Altena abhielt.

20. Arbeitseinstellungen in der Messinggusswaarenfabrik von A. Gerdes zu Altena. Bezirk Lüdenscheld.

Die Arbeiter dieses Etablissements stellten im Jahre 1871 auf 4 Wochen und 1872 auf 8 Tage die Arbeit ein. Beide Strikes wurden gütlich wieder beigelegt. Unter diesen Messinggusswaaren-Arbeitern besteht seitdem jedoch eine Strikekasse.

21. Kleinere partielle Arbeitseinstellungen in der Stadt Iserlohn. Bezirk Iserlohn.

Im Jahre 1872 strikten: a) in einer Broncefabrik die Polirer; b) in einer Nadelfabrik die Bläuer (Feinpolirer); c) in einer Fabrik von Pferdegeschirrbeschlägen die Schmiede. Bei diesen Arbeitseinstellungen beteiligten sich jedesmal höchstens 15—20 Mann; die Strikes waren nach 5—14 Tagen beendet. In allen 3 Fällen lag denselben eine bestimmte Organisation zu Grunde. In den einzelnen Fabriken strikte immer nur eine besondere Branche von Arbeitern, wodurch bei längerer Dauer des Strikes auch die übrigen Zweige der betref. Fabrik allmähig lahm gelegt worden wären. — Die gesetzliche 14 tägige Kündigungsfrist haben die Arbeiter einzuhalten gesucht. — Die geforderten Lohnerhöhungen wurden durchgehends bewilligt. — Hinsichtlich der übrigen Punkte vgl. A. 2.

22. Arbeitseinstellung von Gold- und Silberarbeitern in München. Bezirk München.

In zwei fabrikmässig betriebenen Etablissements haben sämtliche Arbeiter im Spätherbste 1872 gestrikt, ohne dass dabei Kontraktbrüche oder Ordnungsstörungen mit untergelaufen wären, und nur auf kurze Dauer. Es besteht ein sogenannter Ortsverein mit dem Zwecke der Strikeorganisation. Die Forderung bezweckte eine Lohnerhöhung von 20%; es wurde mit theilweiser Entlassung geantwortet, dagegen ist die Lohnerhöhung selbst noch

bis heute eine unentschiedene Frage geblieben. Der verursachte Schaden ist nicht von Bedeutung.

23. Arbeitseinstellung in einem Kupferhammer zu München. Bezirk München.

Es fand ein eintägiges Nichterscheinen zur bestimmten Zeit ohne vorherige Kündigung von zehn Arbeitern statt, womit freilich die übrigen Arbeiter einverstanden waren. Die Forderungen auf Lohnerhöhung wurden fast vollständig zugestanden, da sie an und für sich nicht übertrieben und anderweitige Arbeitskräfte nicht verfügbar waren. Besondere Nachteile sind daraus für das Etablissement nicht erwachsen.

24. Arbeitseinstellung in einer Gold- und Silber-Draht-Fabrik zu München. Bezirk München.

Eine Gruppe von 8 Arbeiterinnen stellte 2 Tage lang die Arbeit ein, um im Winter eine Arbeitszeit von 7—6, im Sommer von 6—6 durchzusetzen. Die 3 Führerinnen wurden entlassen, die andern auf ihre Bitte, unter Anerkennung der alten Fabrikordnung wieder behalten.

C. Eisenbahnbedarf- und Wagenfabrikation.

1. Arbeitseinstellung in der Zentralwerkstätte der Bayerischen Ostbahn zu Regensburg. Bezirk München.

Im September 1872 fand eine allgemeine Arbeitseinstellung statt, die sich auf etwas über 500 Arbeiter erstreckte und 8 Tage andauerte. Spezielle Fachvereine zu Strikezwecken bestehen, soweit bekannt, nicht. Vielmehr wird die Arbeitseinstellung der Thätigkeit fremder Agitatoren in Regensburg zugeschrieben. Störungen der öffentlichen Ordnung sind nicht zu notiren, dagegen Kontraktbruch, weil die bedungene 14tägige Kündigungsfrist nicht eingehalten wurde. — Die auf Erhöhung der Löhne gestellte Forderung wurde übrigens nicht sofort erfüllt und die Arbeiter mussten ohne jede bindende Zusage bedingungslos zur Arbeit zurückkehren. Die Haupträdelsführer wurden nicht wieder zugelassen, und die minder stark Gravirten in den nächsten Wochen entlassen. Erst später wurde eine Aufbesserung der Löhne von durchschnittlich 12% gewährt, nachdem Alles wieder ruhig geworden; alle Mehrforderungen wurden ohne weitere Folgen zurückgewiesen. Besondere nachtheilige Folgen sind nicht zu konstatiren.

2. Partielle Arbeitseinstellung in der Nöll'schen Waggonfabrik zu Würzburg. Bezirk Würzburg.

Es wurden in dieser Fabrik einige Male Störungen versucht, welche mit partieller Arbeitsverweigerung verbunden waren; die Arbeitgeber liessen sich aber bei den an und für sich schon hohen Löhnen in keine Verhandlungen ein. Schliesslich suchte der grössere Theil der Arbeiter, insbesondere der hier ansässigen, um Wiederannahme nach, welche auch in der Regel, jedoch mit strenger Ausnahme der Agitatoren, gewährt wurde.

3. Arbeitseinstellung in der Wagenfabrik von Gebr. Gastell in Mainz. Bezirk Mainz.

Am 11. Oktober 1871 legten sämtliche Lohnarbeiter mit Ausnahme der Werkführer, 560 an der Zahl, die

Arbeit nieder, verlangten Herabsetzung der Arbeitszeit von nominell 12 auf faktisch 10 Stunden und eine Lohnsteigerung von 25%. Die Fabrikbesitzer lehnten es ab, diese Forderungen pure zu bewilligen, liessen sich aber auf Unterhandlungen ein, welche sehr schnell zu einem günstigen Resultate führten. Die 10-stündige Arbeitszeit wurde bewilligt, wogegen die Arbeiter sich freiwillig verpflichteten, dieselbe auf's strengste aufrechtzuerhalten und während derselben keine Ueberbringung von Lebensmitteln in die Fabrik und dergl. zu dulden. Die Akkorde wurden zwar nicht erhöht, wohl aber ein Missverhältniss gemildert, welches bisher in dem unverhältnissmässigen Antheile der Akkordmeister am Verdienste gelegen hatte. Die Tagelöhner wurden, wenn auch nicht um 25%, so doch erheblich aufgebessert. Schon am 13. Oktober war der Strike beendet.

4. Arbeitseinstellung in den Werkstätten der Hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft zu Mainz. Bezirk Mainz.

Am 16. Oktober 1871 legten die betreffenden Arbeiter die Arbeit nieder, forderten anfänglich Herabsetzung der Arbeitszeit von nominell 12 auf faktisch 10 Stunden und eine Lohnsteigerung von 25%, beschränkten sich jedoch hinsichtlich der Lohnforderung bald auf eine allgemeine Steigerung von 15 Kr. per Tag. Die Eisenbahnverwaltung, welche in der That, — wie den Arbeitern dies bekannt sein konnte — schon eine durchgreifende Lohnerhöhung in Erwägung gezogen hatte, sagte jedem einzelnen Arbeiter Berücksichtigung seiner Verhältnisse und entsprechende Lohnerhöhung zu, liess sich aber auf sonst nichts ein. Auf dieses hin nahmen schon am 19. von 428 strikenden Arbeitern 399 die Arbeit wieder auf, während die übrigen austraten.

Hinsichtlich der übrigen bei den Arbeitseinstellungen unter 3. und 4. in Betracht kommenden Momente vergl. B. 4.

5. Arbeitseinstellung in der Centralwerkstatt der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zu Nippes. Bezirk Cöln.

Der Strike dauerte vom 25. Oktober bis 6 November 1871, also 13 Tage und war durch einen Emissär der sogen. Internationale in's Werk gesetzt. Kontraktbruch fand, abgesehen von der unbefugten Einstellung der Arbeit ohne kontraktliche Kündigung, insofern statt, als bei Beginn des Strikes die von einem grossen Theil der Arbeiter schriftlich mit ihrer Unterschrift in Accord übernommenen Arbeiten unvollendet waren. — Die Forderungen der Arbeiter, welche seitens des sogen. Strikekomites bereits am 22. Oktober schriftlich übergeben waren, waren folgende: a. Ermässigung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden; Frühstücks- Mittags- und Vesperzeiten bleiben nach wie vor. Die Arbeitszeit währt von 6 bis 6; Samstags bis 5. b. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten, ganz gleich ob im Lohn oder Akkord, sollten doppelt bezahlt werden. c. Lohnerhöhung von 25%. d. Eine Regulirung der sehr niedrigen Akkordsätze in der Weise, dass für jedes Stück 25% mehr bezahlt werde. e. Rechnungslegung resp. Auskunft über die Krankenkasse, sowie Auskunft über den Verbleib der Strafgeelder. f. Wegfall sämtlicher Strafen in Geld. g. Verabfolgung eines Lohnzettels am Lohntage, aus welchem ersichtlich ist, wieviel der Arbeiter in Lohn und wieviel er in Akkord an Geld

empfängt. h. Eine menschenwürdigere Behandlung seitens der Vorgesetzten. — Nicht gewillt, den Forderungen der Strikenden auf dem von ihnen betretenen Wege näher zu treten, forderte die Direktion dieselben sofort zum Wiederantritt des Dienstes mit dem Bemerken auf, dass, falls sie dem in einer bestimmten kurzen Frist nicht nachkämen, die Arbeitseinstellung als Dienstaustritt erachtet werden würde. Die ihnen überlassenen zahlreichen Dienstwohnungen liess die Direktion sofort unter Einhaltung der kontraktlichen Fristen aufkündigen, was von durchgreifender Wirkung war. Durch Vereinbarung mit den Nachbarbahnen wurde für ununterbrochene Instandhaltung des Wagenparkes Sorge getragen. — Von den gestellten Forderungen wurde den Arbeitern nur die Ermässigung der Arbeitszeit um eine Stunde gewährt. — Der aus dem Strike der Eisenbahngesellschaft erwachsene Schaden wird von derselben auf 10,000 Thlr. geschätzt.

Die erwähnte Arbeitseinstellung dehnte sich auch in geringem Maasse auf die Arbeiter der Centralgüterstation Gereon, den Putzschuppen und die Personenstation aus, wurde hier jedoch in wenigen Tagen wieder beendet.

Hinsichtlich der übrigen Punkte vergl. B. 7.

6. Arbeitseinstellung in der Aktien-Gesellschaft Norddeutsche Fabrik für Eisenbahnbetriebs-Material zu Berlin.

Am 14. Juli 1871 erschienen sämtliche Meister der Eisenwerkstätten Mittags nicht zur Arbeit, angeblich weil sie durch eine von dem Obermeister ertheilte Zurechtweisung sich sämtlich an ihrer Ehre gekränkt fühlten. Gegen 4 Uhr an demselben Tage verliessen auch die sämtlichen Arbeiter der Eisenwerkstätten die Fabrik, ohne dass es hierbei zu Ruhestörungen kam. Die Direktion wählte inzwischen andere Meister. Nachdem die Arbeiter am nächsten Tage früh die Arbeit wieder aufgenommen hatten, wollten sie die neuen Meister nicht anerkennen und zwangen dieselben durch Drohungen etc. die Fabrik zu verlassen, wobei auch Thätlichkeiten verübt wurden.

Inzwischen leisteten die alten Meister bei der Direktion Abbitte und versprachen, ihrer Pflicht wieder nachzukommen; sie nahmen am nächsten Arbeitstage in Folge dessen ihre Funktionen wieder auf, und mit ihnen gingen sämtliche Arbeiter wieder an zu arbeiten.

Heimlich wurde aber weiter gewühlt, und noch an demselben Tage der Assistent des Obermeisters beschimpft und thätlich bedroht. Der „Neue Socialdemokrat“ enthielt über die eben berührten Vorgänge Artikel, welche die Wahrheit entstellten.

Die Folgen der gelockerten Disciplin machten sich demnächst in so nachtheiliger Weise bemerkbar, dass diesen Zuständen im Interesse des Unternehmens ein Ende gemacht werden musste. Der Schlosser Bischoff, welcher der Direktion als Hauptagitator bezeichnet war, und als solcher auch schon bei dem Strike der Lauenstein'schen Fabrik in Hamburg gewirkt haben soll, wurde am 7. August Vormittags entlassen. Gegen 1 Uhr an demselben Tage verlangte eine an die Direktion abgesendete Arbeiterdeputation auf das bestimmteste die Wiedereinstellung des Bischoff. Unter Hinweisung auf den § 21 der Fabrikordnung wurde dieselbe mit ihrem Gesuche abgewiesen. Hierauf stellten um 5 Uhr Nachmittags sämtliche Arbeiter der Fabrik die Arbeit ein, um die Wiederaufnahme des Bischoff zu erzwingen. Dem Einschreiten der Polizei gelang es, grobe Excesse zu verhüten, wie denn dieselbe während der ganzen Dauer des Strikes ihre volle Unter-

stützung gewährte. — Eine nicht minder erfolgreiche Unterstützung gewährten sämtliche grössere Metallfabrikanten Berlin's dadurch, dass sie keinen strikenden Arbeiter deren Namen ihnen mitgetheilt waren, in Arbeit nahmen.

Am nächsten Tage machte die Direktion durch Anschlag bekannt, dass die Fabrik so lange geschlossen bleibe, bis die Arbeiter erklären würden, dass sie ruhig und friedlich arbeiten wollten. Demnächst wurde der Termin für die Lohnauszahlung und Entlassung sämtlicher Arbeiter auf den 10. August anberaumt, zugleich aber Seitens der Direktion erklärt, dass vom 11. August an Arbeiter für sämtliche Werkstätten wieder angenommen werden und alle diejenigen der bisherigen Arbeiter, von denen zu erwarten, dass sie ruhig in der Fabrik arbeiten wollten, wieder Anstellung finden würden. — Ein Schreiben des Strikekomitees blieb unbeantwortet; jede Verhandlung mit demselben wie auch die versuchte Einmischung des Ortsvereins lehnte die Direktion ab. — Von den beschäftigt gewesen ca. 1000 Arbeitern hoben am 10. August ca. $\frac{3}{4}$ ihren Lohn ab und erhielten dabei ihre Entlassung. Ein erheblicher Theil derselben erklärte dabei, gern wieder Arbeit nehmen zu wollen, sobald sie sich hinreichend sicher fühlten, da sie nur aus Furcht vor Misshandlung sich bei der Arbeitseinstellung mit betheiligt hätten.

Am 11. August wurde die Arbeit mit ca. 400 Arbeitern wieder begonnen und schon am 14. war die Zahl derselben auf 700 Mann gewachsen und damit der Strike im Wesentlichen beendet. Ein von dem Strike-Comité an sämtliche Arbeiter Berlins erlassener Aufruf um Unterstützung hatte keine Wirkung mehr.

7. Arbeitseinstellung in der Aktien-Gesellschaft für die Fabrikation von Eisenbahn-Bedarf zu Berlin.

Das erste Symptom des im Anzuge begriffenen Strikes war ein gedrucktes Schreiben vom Gewerkvereine und den anderen hiesigen Maschinenbau - Arbeiter - Vereinen vom 2. Juni 1872 an sämtliche Maschinenfabrikanten Berlins, wozu das in Rede stehende Unternehmen auch gezählt wird. Es wurden darin in drei Positionen Forderungen betreffend Abkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung aufgestellt. Die Maschinenfabrikanten traten zusammen und beschlossen, auf das Schreiben nicht zu antworten, weil man die 12 Personen, welche dasselbe unterschrieben hatten, nicht für legitimirt erachtete, die 25 bis 30,000 Maschinenbauer Berlins zu vertreten. — Eine briefliche Einladung an den Vorsitzenden des Verwaltungsrathes vom 4. Juli 1872 zu einer Versammlung der Maschinenbauer am 7. Juli, wurde von demselben schriftlich mit dem Bemerken abgelehnt, dass in dem Etablissement seit mehreren Jahren von allen Gewerken Deputirte gewählt sind, um bei vorkommenden Differenzen die Arbeiter zu vertreten; mit diesen Deputirten zu verhandeln, sei der Vorstand der Fabrik stets bereit, aber nicht mit Personen, welche nicht in der Fabrik arbeiten.

Nachdem im August wieder Versammlungen der Maschinenbauer stattgefunden hatten, ging am 21. August ein Schreiben ein, welches von 12 Arbeitern der Fabrik „als Vertreter sämtlicher Arbeiter“ unterzeichnet war und worin gefordert wurde: 1. Erhöhung der Lohn- und Akkordsätze um 20%. 2. Festsetzung der Arbeitszeit von 6 bis 6 incl. $\frac{1}{2}$ Stunde Frühstück und $1\frac{1}{2}$ Stunde Mittagspause (also keine Vesperzeit). 3. Festsetzung der Akkordsätze bei Beginn der betreffenden Akkordarbeit. — Gegen die

beiden letzten Forderungen war durchaus nichts einzuwenden; die 10stündige Arbeitszeit bestand schon lange, und die Verlängerung der Mittagspause um $\frac{1}{2}$ Stunde gegen Fortfall der halbstündigen Vesperzeit hatte kein Bedenken, ebenso war die Angabe des Akkordsatzes bei Vergebung der Arbeit den Meistern schon seit lange zur Pflicht gemacht und ist demnächst durch schriftliche Akkordzettel sichergestellt, welche dem Akkordarbeiter vom Meister bei Beginn der Arbeit eingehändigt werden. Dagegen ist eine allgemeine Erhöhung der Tagelohn- und Akkordsätze um 20% in einer Fabrik, in welcher mehr als ein Dutzend verschiedener Gewerke arbeitet und einzelne Arbeiter verschiedener Gewerke bereits doppelt so viel verdienen, als andere, geradezu widersinnig. Es konnte daher von einem solchen Zugeständnis nicht die Rede sein.

Den Deputirten der Arbeiter wurde aus den Büchern und Abschlüssen der Nachweis geführt, dass 20% Lohn-erhöhung von dem pro 1871 vertheilten Gewinne nur $1\frac{1}{4}$ % Dividende incl. Zinsen von dem ganzen Aktien-Kapital übrig lassen würde, ferner, dass bereits eine Lohn-erhöhung nach Massgabe der Lohnbücher um 14% innerhalb Jahresfrist eingetreten sei, welche sich durch die zugestandene Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde auf 23% berechne, endlich, dass eine Preissteigerung für die von dem Etablissement gelieferten Wagen nothwendig zum Mangel von Aufträgen, also zur Entlassung von Arbeitern führen müsse. Derselbe Nachweis wurde vor drei Deputirten der inzwischen zusammengetretenen Maschinen-Fabrikanten unter Zuziehung von drei Deputirten der Arbeiter geführt und richtig gefunden.

Alle Vorstellungen waren jedoch vergeblich. Die Arbeitseinstellung war bereits am 23. August eingetreten, bevor der Verwaltungsrath sich hatte versammeln können. Nach der Sitzung desselben wurde am 25. August die Lohnerhöhung schriftlich abgelehnt, worauf die Arbeiter an demselben Tage die Fortsetzung des Strikes beschlossen. Da die Arbeiter zugleich in einem öffentlichen Aufruf die Absicht zu erkennen gaben, eine Fabrik nach der andern durch Arbeitseinstellung zu der geforderten allgemeinen Lohnerhöhung zu zwingen, so war die Bildung eines Vereins der Vertreter der Metallindustrie Berlins und Umgegend geboten. Der Zweck des Vereins ist lediglich die Abwehr durch Arbeitseinstellung zu erzwingender Forderungen der Arbeiter.

Es wurde die Fabrik nicht förmlich total geschlossen, sondern die kleine Zahl von Arbeitern, welche an dem Strike nicht theilnahmen, oder sich nach Ausbruch desselben wieder meldeten, ebenso neu hinzutretende Arbeiter in einzelnen Werkstätten soweit beschäftigt, als das ohne Mitwirkung der anderen Werkstätten, in denen es an Arbeitern fehlte, möglich war. Es dauerte 7 Wochen, bis sämtliche Werkstätten, wenn auch mit verminderter Arbeiterzahl, wieder in Betrieb gesetzt werden konnten.

Die Durchschnittszahl der Arbeiter in den 34 Wochen vor dem Strike betrug 1991 Mann, welche bis dahin im Durchschnitt pro Tag 1 Thlr. 6 Gr. 10 Pf. verdienten. Bei Ausbruch des Strikes waren 1952 Mann beschäftigt. Die Durchschnittszahl der Arbeiter in den 11 Wochen nach dem Strike belief sich auf 1744 Mann, welche durchschnittlich bei den alten Lohn- und Akkordsätzen 1 Thlr. 11 Gr. $3\frac{5}{6}$ Pf. pro Mann und Tag verdienten, mithin 4 Gr. $5\frac{5}{6}$ Pf. mehr, als vor dem Strike. Die geringere Zahl der Arbeiter nach dem Strike rührt nicht von einem Mangel an Arbeitern her, sondern der grössere Fleiss und die freiwillig verlängerte Arbeitszeit der Leute in einzelnen Werkstätten

machte die Annahme der früheren Anzahl unnöthig. An die kleinere Zahl Arbeiter wurde fast genau dieselbe Summe Wochenlohn gezahlt, als früher an die grössere.

8. Arbeitseinstellung in der vorm. Linke'schen Wagenbau-Anstalt in Breslau. Bezirk Breslau.

Im Mai 1872 stellten 200 Holzarbeiter die Arbeit ein und musste in Folge dessen die Fabrik stillgestellt werden, so dass weitere 800 Arbeiter vorläufig arbeitslos wurden. Der Strike dauerte 4 Wochen. Ihre kontraktlichen Verpflichtungen liessen die Arbeiter böswillig ausser Acht.

Bei Wiederaufnahme der Arbeit begnügten sich die Arbeiter mit der Zusicherung, dass demnächst eine Aufbesserung der Akkordsätze eintreten würde. Das Etablissement kam durch den Strike in die Lage, mehrfach verspätet zu liefern.

In Breslau bestehen unter den Maschinenbauern, Bauhandwerkern, Tapeziergehülfen, Buchdruckergehülfen und Buchbindergehilfen mehr oder minder weit verzweigte Verbindungen, deren Vorstände vorkommenden Falls die vorzunehmenden Arbeitseinstellungen organisiren.

Zu Ordnungsstörungen kam es bei keinem der Breslauer Strikes.

Die Maschinenbau-Anstalten hatten einen Cartellvertrag geschlossen, keinen Arbeiter anstellen zu wollen, der in Folge eines Strikes, also nicht mit einem ordentlichen Entlassungsschein versehen, von auswärts zugereist kommen würde. Ebenso hatten die Etablissements hier am Orte zu Schutz und Trutz sich verbündet.

9. Arbeitseinstellung in der Werkstätte der Berlin-Stettiner Eisenbahn zu Stargard. Bezirk Stargard.

In Folge der durch mehrere Reiseapostel der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Berlin betriebenen Agitation kam bei den Werkstattsarbeitern der Berlin-Stettiner Eisenbahn (ca. 300 Mann) im Jahre 1872 ein vorher verabredeter und organisirter Strike zum Ausbruch. In Rücksicht auf die herrschende Gährung war schon vorher eine verkürzte Arbeitszeit, und zwar von 6 bis 6, mit $\frac{1}{2}$ stündiger Vesper- und Frühstück- und 1stündiger Mittagspause, sowie eine successive Lohnerhöhung freiwillig gewährt worden. Der Maschinenmeister hielt jedoch eine Veränderung nöthig und bestimmte die Arbeitszeit im Interesse des Dienstes von 7 bis 7. Dies wurde nunmehr als Grund zur Arbeitseinstellung genommen; die Arbeiter verlangten Wiederherstellung der alten Arbeitsstunden, und legten, als dies versagt wurde, insgesamt die Arbeit nieder.

Die Arbeitseinstellung dauerte nur 3 Tage und wurde friedlich beigelegt, indem zuletzt von Seiten der Direktion die Veränderung wieder aufgehoben wurde.

In Stargard besteht ein Arbeiterverein, welcher, wenn auch nicht offen, so doch im Stillen Striketendenz verfolgt Ordnungsstörungen haben nicht stattgehabt.

Durch die im Bezirk Stargard stattgehabten Strikes ist ein direkter Schaden der Industrie nicht erwachsen, die übernommenen Aufträge sind nicht unerfüllt geblieben, wenngleich manche Arbeit verzögert wurde. Als indirekter Schaden ist es aber immerhin anzusehen, dass aus der Besorgnis vor neuen Agitationen in den hiesigen Arbeiterkreisen manche Aufträge nicht übernommen, viele Arbeiten abgelehnt, oder nur unter erschwerenden Umständen angenommen werden.

10. Arbeitseinstellung in der Elbinger Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material. Bezirk Elbing.

Sämmtliche Arbeiter, an Zahl ca. 1,500, waren 4 bis 5 Tage unthätig. Ob Arbeitervereine mit dem Zwecke der Strikeorganisation bestehen, ist nicht genau zu ermitteln gewesen. Doch ist die Frage wohl eher zu verneinen. Weder Kontraktbruch noch Ordnungsstörungen sind bei dem Strike vorgekommen. — Bestimmte Forderungen sind von den Strikenden nicht gestellt. Dieselben wollten die von der Fabrikverwaltung angeordnete 14tägige Lohnberechnung an Stelle der bisherigen wöchentlichen Löhnung nicht acceptiren, und verlangten Belassung des bisherigen Modus. — Es fand eine gütliche Einigung in der Weise statt, dass die 14tägige Lohnberechnung eingeführt, dagegen an den Zwischen-Sonnabenden nur runde Abschlagszahlungen in ungefährer Höhe des abzuschätzenden Verdienstes gezahlt wurden. — Aufträge blieben nicht un erfüllt, und besonderer Schaden ist nicht erwachsen.

D. Textil-Industrie.

1. Arbeitseinstellung in der Baumwoll-Spinnerei und Weberei Firma Krauss & Sohn in Augsburg. Bezirk Augsburg.

In diesem Etablissement fand im Jahre 1869 eine Arbeitseinstellung, hervorgerufen durch socialdemokratische Agitatoren statt. Betheilt haben sich an derselben von den 450 Arbeitern der Fabrik 350 und zwar wurde eine grosse Anzahl durch Drohungen zur Theilnahme gezwungen. Der Strike dauerte 8 Tage und musste zuletzt von den Agitatoren und den Arbeitern aufgegeben werden, weil die von den Leitern in Aussicht gestellten Geldzuschüsse nicht eintrafen. Die strikenden Arbeiter haben nicht nur die beiderseits verbindliche Kündigungsfrist von 4 Wochen gebrochen, sondern sich überhaupt nicht mehr an die Fabrikordnung gebunden gehalten. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen, da die Fabrik gleich bei Beginn des Strikes von Militär besetzt wurde. Auch blieb die Schutzmannschaft während der ganzen Dauer des Strikes in der Fabrik. Hierdurch wurde die von mehreren Seiten angedrohte Demolirung verhütet.

Die Strikenden stellten anfänglich nur 2 Forderungen, nämlich höhere Löhne und besseres Material; hierzu fügten dieselben jedoch später noch wenigstens 10 weitere Forderungen, u. A. beanspruchten sie auch das Recht, Meister und Obermeister selbst anstellen zu dürfen. — Der Arbeitgeber wies die Gesamtforderungen, so wie sie von den Arbeitern gestellt waren, als unannehmbar zurück. — Schliesslich wurde nun der von den Fabrikbesitzern gemachte Vorschlag, bei der Löhnung, Behandlung, Aufkündigung und Fabrikordnung genau den Modus der anderen Fabriken einhalten zu wollen, von dem Strikecomité angenommen, die übrigen Forderungen wurden von dem Comité zurückgezogen.

In Folge des Strikes war die Fabrik nicht mehr im Stande, ihre Lieferungskontrakte rechtzeitig zu erfüllen und musste über die Dauer des Strikes neue Aufträge ablehnen; der in Folge Nichteinhaltung der Kontrakte erwachsene Schaden betrug einige Tausend Gulden.

Von Arbeitervereinen mit dem Zwecke, Strikes zu organisiren, ist der gedachten Firma nichts bekannt.

2. Arbeitseinstellung in der Leinenspinnerei von Alois Raedler & Co. zu Weiler im Allgäu. Bezirk Augsburg.

Im November 1872 stellten sämmtliche männliche und weibliche Arbeiter der Fabrik die Arbeit ein. Der Strike dauerte nur einen Tag, weil die Firma, da sehr dringende Bestellungen auszuführen waren, gezwungen war, die auf höheren Lohn gehenden Forderungen der Arbeiter nach ihrem ganzen Umfange anzunehmen. Bei der Niederlegung der Arbeit wurde die kontraktlich ausbedungene Kündigungsfrist von den Arbeitern hintangesetzt.

Ein anderweitiger Schaden ist der Firma nicht erwachsen; auch fand keine Ordnungsstörung statt.

3. Arbeitseinstellung in der Kammgarnspinnerei zu Augsburg.

Der Strike nahm am 8. und 9. April 1873 seinen Anfang; es theilnahmen sich am ersten Tage 21, am zweiten Tage weitere 17, im Ganzen somit 38 Ansetzer. Die sämmtlichen Ansetzer nahmen jedoch nach 6 Tagen die Arbeit wieder auf, ausgenommen die Rädelsführer, welche zurückgewiesen wurden. Der Strike erfolgte unter Nichtbeachtung der durch die Fabrikordnung vorgeschriebene Kündigungsfrist.

Die Arbeiter forderten eine Lohnerhöhung von 6 kr. per Tag = ca. 10 pCt., und einige kleine Erleichterungen in der Art und Weise der Arbeit. — Eine von den gewünschten Erleichterungen wurde zugestanden, die andere, weil aus technischen Gründen unmöglich, zurückgewiesen; ebenso die Lohnerhöhung. Dagegen wurde die Aussicht auf eine solche für später gegeben. Im Uebrigen wurde den Arbeitern, welche es wünschten, der rückständige Lohn ausbezahlt und Zeugniß ausgestellt, in letzterem jedoch der Grund des Austrittes angegeben.

Während der Dauer des Strikes standen einige Maschinen still; in Erfüllung übernommener Aufträge wurde die Fabrik nicht behindert; auch fand keine Ordnungsstörung statt. Von Arbeitervereinen ist nichts bekannt.

4. Arbeitseinstellung von Seidenbandwebern in Lörrach. Grossherzogthum Baden.

Der Strike, an dem 64 Seidenbandweber theilnahmen, fand im Jahre 1871 statt und dauerte 4 Tage. Die von den Strikenden gestellten Forderungen: Lohnerhöhung und Abänderung des Zahlungsmodus, wurden im wesentlichen bewilligt.

5. Arbeitseinstellung von Hand- und Maschinen-Druckern in Lörrach. Grossherzogthum Baden.

Der Strike fand im Jahre 1871 statt und dauerte einen halben Tag; es waren 400 Mann daran betheilt. Die Strikenden forderten eine andere Regulirung der Stücklohnberechnung und Aenderung der Fabrikordnung; die Forderung wurde bewilligt.

6. Arbeitseinstellung von Baumwollwebern in Lörrach. Grossherzogthum Baden.

Hieran waren 83 Mann betheilt, welche im Jahre 1871 auf 14 Tage die Arbeit aussetzten. Die Forderungen gingen auf Lohnerhöhung und Aenderung der Fabrikordnung. Letztere, welche berechtigt war, wurde bewilligt, erstere erst nach erfolgtem Wiedereintritt.

6a. Arbeitseinstellung von Baumwollspinnern und Webern zu Kuchen bei Ulm.

Gegen Fastnacht 1872 stellten in Folge von Wühlereien socialdemokratischer Agitatoren, die in Ettlingen ihren Sitz hatten, 150 von den 1000 Arbeitern der Staubschen Fabrik die Arbeit 2 Tage lang ein, ohne einen Erfolg davon zu erzielen.

7. Arbeitseinstellung von Baumwollspinnern in Schopfheim. Grossherzogthum Baden.

Der Strike, im Jahre 1871 stattfindend, dauerte zwölf Tage, und waren daran 60 Mann betheilt. Die Forderungen bestanden in Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit. Erst nach dem Wiedereintritt der Arbeiter wurde der Lohn um 6 bis 8 pCt. erhöht, und die Arbeitszeit von 13 auf 12 Stunden herabgesetzt. Eine Folge des Strikes war die Anschaffung besserer Maschinen.

8. Arbeitseinstellung von Weberinnen in Schönau. Grossherzogthum Baden.

Im Jahre 1872 strikten 190 Arbeiterinnen 8 Tage lang. Die geforderte Lohnerhöhung von 6 kr. per Tag wurde bewilligt.

9. Arbeitseinstellung von Baumwollwebern in Wehr. Grossherzogthum Baden.

100 Mann feierten im Jahr 1872 auf die Dauer von 11 Tagen. Der Forderung: Verbesserung des Lohntarifs, wurde theilweise entsprochen.

10. Arbeitseinstellung von Maschinenarbeitern in einer Knochfabrik zu Freiburg. Grossherzogthum Baden.

Der Strike dauerte im Jahre 1872 2 Tage lang und waren an demselben 21 Mann betheilt. Die geforderte Lohnerhöhung von 20 pCt. wurde bewilligt.

ad 4—10. Die Kündigungsfrist wurde zum grössten Theile nicht eingehalten. Störungen der öffentlichen Ordnung fanden nicht statt. — In Lörrach besteht ein Internationaler Verein, welcher auch die Unterstützung von Strikes zum Vereinszweck hat. — Der Industrie erwuchs durch die Strikes Schaden, indem in der Mehrzahl der Fälle während der Dauer derselben das Geschäft ganz oder theilweise still stand, also auch nichts verdient wurde.

11. Arbeitseinstellung in der Lastingweberei von Ferdinand Mayer zu Köln. Bezirk Köln.

Im Januar 1873 stellten 41 Arbeiter auf 3 Wochen die Arbeit ein. Ein Bruch kontraktlicher Verpflichtungen fand nicht statt, wohl aber wurde die gesetzliche Kündigung nicht eingehalten. — Die strikenden Weber forderten für das Stück 12—15 Gr. mehr, ein Verlangen, dessen Gewährung die Fabrik konkurrenzunfähig gemacht haben würde. — Massregeln zur Abwehr konnten von dem Arbeitgeber nicht ergriffen werden, weil sich die Arbeiter, aufgehetzt durch Bergische Socialdemokraten, vereinbart hatten. — Nach Ablauf des Strikes wurde eine Lohnerhöhung von 5 Sgr. pr. Stück zugestanden, jedoch die Wortführer und Aufwiegler nicht mehr angenommen. — Der durch den Strike verursachte Schaden ist au-

1000 Thlr. anzuschlagen. Einige Arbeiter, ebenso die Meister, blieben bei der Arbeit und wurde der Betrieb mit den wenigen Leuten fortgesetzt; da jedoch Kohlenverbrauch und Meisterlöhne dieselben wie bei vollem Betriebe waren, so entstand vorgedachter Schaden. Die übernommenen Aufträge konnten ausgeführt werden, da Bergische Fabrikanten für das vom Strike betroffene Etablissement arbeiteten. Im übrigen vgl. B. 7.

12. Arbeitseinstellung in den Tuchfabriken und Wollspinnereien zu Eupen. Bezirk Eupen.

Als erste Veranlassung zu dem in 1872 ausgebrochenen Strike mag wohl das seit 1871 bestehende Arbeiter-Kasino gelten, in welchem der Gedanke, eine Lohnerhöhung durch Pression auf die Fabrikanten zu erzielen, schon längere Zeit kultivirt war. Am 8. Mai 1872 stellten in einer Tuchfabrik sämtliche Handwerker, 105 an der Zahl, die Arbeit ein, weil ihre Forderungen: a) Lohnerhöhung von 2½ Gr. pro Schnitt; b) Vergütung für Aufbäumen und Anknüpfen 20 Gr.; c) Vergütung für Kammwechsel 1 Thlr. 10 Gr.; d) Spulohn 10 Gr., dem Arbeitgeber übertrieben schienen und er sich nur auf die Forderungen a. und d. einlassen wollte. — Da zu befürchten war, dass der Strike sich über sämtliche Fabriken erstrecken würde, so einigten sich fast alle Fabrikanten zu dem Beschluss, dass, wenn nicht 50 der strikenden Weber am 1. Juni die Arbeit wieder aufgenommen hätten, von da an keine neuen Ketten mehr ausgegeben werden sollten; würde der Strike sich aber bis 15. Juni ausdehnen, dann von diesem Zeitpunkte ab sämtliche Tuchfabriken und Wollspinnereien zu schliessen. — Die Schliessung erfolgte wirklich am letztgenannten Datum und hat bis 23. Juni gedauert, wo die streitige Angelegenheit der Weber durch ein Kompromiss beigelegt wurde. Der Anfangs erwähnte Arbeitgeber verpflichtete sich nämlich, ausser der schon bewilligten Erhöhung von 2½ Gr. pro Schnitt noch 10 Gr. extra pro Kette zu bezahlen, ohne jedoch diesen Extra-Zusatz ausdrücklich als Vergütung für Anknüpfen gelten zu lassen. Die übrigen Fabrikanten gingen aber auf diese Konzession nicht vollständig ein, sondern beschränkten sich auf die Bewilligung einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung.

Der Plan des Strikes war im Arbeiter-Kasino wohl berechnet und organisirt. Unruhen sind nicht vorgekommen.

Der Fabrikant, in dessen Fabrik der Strike zuerst ausbrach und über 7 Wochen dauerte, wurde an der Ausführung seiner Aufträge behindert.

13. Arbeitseinstellung in der Baumwollweberei zu Gladbach. Bezirk Gladbach.

Aufgehetzt durch den hier bestehenden Lassalle'schen Arbeiterverein, welcher eine allgemeine Arbeitseinstellung mehrmals zum Gegenstande seiner Tagesordnung hatte, legten am 8. Oktober 1871 ca. 1000 Weber die Arbeit nieder, und zwar ohne vorherige Kündigung, also kontraktbrüchig. Dieselben blieben 8—10 Tage von der Arbeit fern. Die öffentliche Ordnung wurde nicht gestört. — Die Forderungen der Strikenden bestanden in 33½ % Lohnerhöhung, 10 stündiger Arbeitszeit, Wegfall von Bestrafungen, Feiern von allen Feiertagen, auch der bloss kirchlichen. — Gleich bei Beginn des Strikes vereinigten sich die Arbeitgeber zu einheitlicher Abwehr und beschlossen einstimmig: „so lange die Arbeiter auf ungesetzmässigem oder vertragswidrigem Wege vorgehen, verpflichten sich

die Fabrikanten, keine Konzessionen zu machen.“ — Die Forderungen wurden demnach rund abgelehnt, und auf das naturgemässe Steigen der Arbeitslöhne hingewiesen. Diesem energischen Vorgehen ist es hauptsächlich wohl mit zuzuschreiben, dass die Arbeitseinstellung keine allgemeine geworden ist. Durch den Strike wurde für manche auf Export arbeitende Fabrik einige Ungelegenheit verursacht; sonst ist die Industrie kaum in Verlegenheit gerathen.

14. Arbeitseinstellung in der Seidenweberei und Druckerei von Gressard & Co. zu Hilden.
Bezirk Düsseldorf.

Im Jahre 1867 stellten die Drucker und Formenstecher in der Zahl von etwa 150—180 Mann die Arbeit ein. Die Arbeiter, in den besten Lohnverhältnissen stehend, wurden durch Agitatoren, welche als Arbeiter in der Fabrik Anstellung gefunden, aufgewiegelt. Es bestand ein Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aber bei Wiederannahme der Arbeiter wurde Austritt aus diesem Vereine zur Bedingung gemacht und strenge aufrecht erhalten. Die Arbeit wurde sofort eingestellt, ohne die stipulirte 14 tägige Kündigungsfrist einzuhalten. Ein grosser Theil der halbfertigen Arbeit verdarb, wodurch für den Fabrikanten grosser Schaden entstand. Abgesehen von Exzessen der Strikenden in ihrem Versammlungslokal, fand keine Ordnungsstörung statt.

Die Strikenden forderten eine anderweitige Regelung der Löhne, namentlich aber wollten sie sich in die innere Organisation der Fabrik mischen, verlangten die Entlassung der nicht zu ihrer Partei gehörigen Werkmeister, da sie dieselben selbst wählen wollten, sowie eine beschränktere Anzahl von Lehrlingen u. dgl. mehr. — Auf Unterhandlungen mit dem Arbeiterkomité liess sich der Arbeitgeber nicht ein, sondern schloss die Fabrik, ertheilte allen Arbeitern die verlangte Entlassung und stellte jedem frei, zu den bisherigen Bedingungen wieder einzutreten. — Nach einigen Wochen wandten die fremden Agitatoren den bethörtten Arbeitern, deren Familien mehr oder weniger in grosse Noth gerathen, den Rücken, und nach und nach wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der angewandten Vorsicht, die bösen Elemente fortan von der Fabrik fern zu halten, dauerte es sehr lange, bis die Arbeiterzahl die erforderliche Höhe erreicht hatte. Die Produktion blieb deshalb eine beschränkte und es erwuchs daraus ein sehr erheblicher Nachtheil.

15. Arbeitseinstellung in der Kattundruckerei von Gustav u. Ludwig Kramer zu Düsseldorf.
Bezirk Düsseldorf.

Sämmtliche Färber stellten plötzlich die Arbeit ein, um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erzielen. Nach Vorladung zum Kgl. Gewerbegerichte wurden die Arbeiter durch theilweises Entgegenkommen der Fabrikanten zufrieden gestellt.

16. Arbeitseinstellung in der Türkischroth-Färberei von A. Sartorius u. Co. zu Düsseldorf.
Bezirk Düsseldorf.

Im März 1872 brach ein Strike aus, woran $\frac{3}{4}$ sämmtlicher Arbeiter sich betheiligten. Derselbe endete nach 3 Tagen, indem den Arbeitern der beanspruchte höhere

Lohn bewilligt wurde. — Eine Kündigungszeit bestand nicht.

17. Arbeitseinstellung in einer mechanischen Weberei zu Duisburg. Bezirk Duisburg.

An dem Strike, welcher 1872 stattfand, waren 120 Arbeiter betheiligt. Derselbe dauerte 3 Tage. — Die Arbeiter forderten, dass in Zukunft alle Aenderungen in den Beziehungen zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern von einem aus den Arbeitern zu wählenden Comité mit dem Fabrikherrn vereinbart werden sollten. Dies wurde nicht bewilligt, und die Wiedereintretenden mussten sich der bestehenden Ordnung unbedingt unterwerfen. Die Rädelsführer blieben ausgeschlossen. — Später wurde aus freiem Antriebe des Fabrikherrn die Arbeitszeit verkürzt bei entsprechender Erhöhung der Akkordlöhne.

Die übernommenen Aufträge blieben nicht unerfüllt und ist kein erheblicher Schaden erwachsen.

Hinsichtlich Vereinswesen, Kontraktbruch und Ordnungsstörung vgl. B. 8.

18. Arbeitseinstellung in Färbereien zu Crefeld.
Bezirk Crefeld.

In verschiedenen grösseren Färbereien wurde unter Nichtbeachtung der gesetzlich feststehenden Kündigungsfrist so plötzlich die Arbeit eingestellt, dass die Besitzer nicht allein in der Ausführung der übernommenen Aufträge verhindert wurden, sondern selbst das anvertraute kostbare Material der äussersten Gefahr völligen Verderbens ausgesetzt sahen. Die aufgestellten Forderungen waren verschieden; in der einen Färberei bot Veranlassung zum Strike das Widerstreben gegen eine Fabrikordnung, die rechtzeitiges Erscheinen und pünktliche Arbeit sichern sollte, in der anderen das Verlangen, dass Bezahlung auch für die in die Woche fallenden Feiertage geleistet werde. — Die Arbeitgeber suchten durch Verabredung gemeinschaftlicher Arbeitsverweigerung Abwehr zu leisten, waren indessen nicht ganz einig, zogen sich auch — zum Theil unter dem Druck der Forderung der Seidenfabrikbesitzer, dass ihnen gegenüber die Verbindlichkeit zur Ablieferung der für ihren Betrieb nothwendigen gefärbten Seide erfüllt werde — von der Absprache zurück und sahen sich schliesslich genöthigt, nachzugeben. — Durch diese, wenn auch nur 7 Tage dauernde Arbeitseinstellung wurden die Färbereibesitzer zwar wenig, manche Fabrikanten, für welche diese Färbereien arbeiten, aber sehr empfindlich geschädigt, indem die dadurch verspäteten Lieferungen in einer dem Seidenartikel nicht günstigen Saison vielfach Seitens der Besteller nicht angenommen wurden. — Arbeitervereine zu Strikezwecken bestehen nicht.

19. Arbeitseinstellungen in den Türkischroth-Garn-Färbereien zu Elberfeld. Bezirk Elberfeld.

Es fand ein zweimaliger Strike statt, einmal im Herbste 1865 und dann im Sommer 1868. Ca. 450 Arbeiter waren daran betheiligt. Der Strike in 1865 dauerte 6 Tage, in 1868 5 Wochen. Eine Kündigungsfrist besteht nicht, weshalb von Kontraktbruch nicht die Rede sein konnte. Abgesehen von Drohungen und Thätlichkeiten gegen einige alte in Arbeit gebliebene Arbeiter, sind keine wesentlichen Ordnungsstörungen zu notiren.

Die Strikenden forderten Lohnerhöhung um 50 %. Während des kurzen Strikes in 1865 wurden Tagelöhner aller Art angenommen, welche die nöthigen Arbeiten verrichteten. In 1868 wurden die Fabriken 5 Wochen geschlossen. Die Forderungen wurden zurückgewiesen und begannen die Färber die Arbeit nach Beendigung des Strikes zu den bisherigen Lohnsätzen. — Etwa ein halbes Jahr später wurden von den Arbeitgebern freiwillig Lohnzusätze bewilligt, welche seitdem zu Anfang 1873 ferner erhöht wurden. Die Erhöhung beträgt 20 %.

Da der Strike von 1868 in eine sehr schlechte Geschäftsperiode fiel, so erwuchs dadurch kein direkter Schaden. Dagegen hat die Nachlässigkeit und Unzuverlässigkeit der Arbeiter zugenommen.

20. Arbeitseinstellung in den Möbelstoff-Fabriken zu Elberfeld. Bezirk Elberfeld.

Ohne die Arbeit einzustellen, beantragten die Arbeiter einer der grösseren Fabriken durch einen Ausschuss eine Erhöhung von 50% auf die bestehenden Lohnsätze. Ein Versuch Seitens der betreffenden Firma, einen auf gleichen Grundlagen lautenden Lohntarif mit den anderen Firmen festzustellen, scheiterte. Die Folge war, dass jene und eine zweite Firma mit einer Lohnaufbesserung von 10 bis 15% ihre Weber befriedigte, während bei anderen Firmen eine solche durch kurze Einstellung der Arbeit im Sommer 1871 errungen wurde.

Ordnungsstörungen sind dabei nicht vorgekommen, auch war der Strike von keinem Nachtheil für die betreffende Industrie.

21. Arbeitseinstellung in einer mechanischen Zanella-Weberei zu Elberfeld. Bezirk Elberfeld.

An dem Strike waren hauptsächlich in dem Etablissement beschäftigte Weberinnen beteiligt. Derselbe fand vor mehreren Jahren statt und war nach einer Dauer von 14 Tagen beendet. — Die gestellten Forderungen wurden nicht bewilligt, vielmehr die Agitatoren entlassen und nicht wieder angenommen, wodurch der Strike-Versuch ohne weitere Folgen blieb.

Ad 19. 20. 21. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein veranlasste und organisierte die in Elberfeld unternommenen Strikes.

22. Arbeitseinstellung von Bandwirkern in Barmen. Bezirk Barmen.

Der im Jahre 1871 eingetretene Strike erfolgte auf Anregung auswärtiger (Hamburger) Agitatoren, welche sich unter Hinzuziehung hiesiger Arbeiter zu einem „Strike-Komite“ konstituiert hatten. Die Forderungen wurden namentlich auf Lohnerhöhung von 25% auf die am 1. Juli 1870 bestandenen Löhne und auf Kürzung der Arbeitszeit (angeblich von 9 Morgens bis 7 Abends) gestellt. Da die Arbeitgeber mit einem Komite nicht verhandeln wollten, und da Besprechungen sowohl mit den älteren Arbeitern, als auch mit sämtlichen Bandwirkern zu keiner Einigung führten, wurde die Arbeitseinstellung vom Strike-Komite befohlen. Es beteiligten sich daran ausser 2 Mann alle Bandwirker, im Ganzen 67. — Da eine Kündigungsfrist nicht eingeführt war, so lag ein Kontraktbruch nicht vor. — Nach 3 Tagen sah sich der Arbeitgeber genöthigt, den gestellten Forderungen nachzugeben. — Eine Regulierung unbilliger und übermässiger Lohnforderungen konnte im

Laufe der Zeit stattfinden. Die Arbeitszeit wurde von 7 bis 7 mit zusammen 2 Stunden Pause festgestellt.

23. Arbeitseinstellung von Webern in einer Gummiwaaren-Fabrik zu Barmen. Bezirk Barmen.

Der Strike, an dem sich 31 Webergesellen beteiligten, begann am 24. Juli 1871 und erreichte am 10. August sein Ende. Die übrigen Arbeiter des Etablissements, ungefähr 80, beteiligten sich nicht. — Am Morgen des 24. Juli empfing der Arbeitgeber einen Brief des Strike-Komites, worin folgende Forderungen aufgestellt waren: a. 25 % Lohnerhöhung. b. Bei Vorrichten und Warten auf Ketten und Einschlag sind 25 Sgr. pro Tag zu berechnen und der Lohn in ein Lohnbuch zu schreiben, das jeder Arbeiter haben muss. c. Arbeitszeit von Morgens 7 bis Mittag, Nachmittags von 1/2 2 bis 7, einschliesslich Kaffeetrinken. d. Regelung über die Behandlung der Arbeiter von Seiten des Meisters. e. Einsicht der Arbeiter in die Regulierung der Krankenkasse. — Der Arbeitgeber lehnte ab, mit dem ihm unbekannten Komite zu verhandeln und ersuchte seine Arbeiter, sich direkt an ihn zu wenden. — Die Strikenden hatten sich unzweifelhaft einem Vereine angeschlossen, welcher sich „Allgemeine deutsche Manufaktur-Arbeiterschaft“ nennt, und die Organisation von Strikes zum Zwecke hat. — Nach einigen Tagen erschien eine Deputation der strikenden Arbeiter, welche die in dem Briefe des Strike-Komites gestellten Forderungen mündlich befürworteten. Es wurde denselben erklärt, dass der bisherige Lohn von durchschnittlich 7 1/2 Thlr. pro Woche à Person für ausreichend zu erachten sei; die Forderungen b. und e. seien gegenstandslos, da das seitherige Verfahren in diesen Beziehungen mit den Forderungen in Uebereinstimmung gewesen sei. Die Forderung wegen der Arbeitszeit wurde zugestanden. Für Forderung d. wusste die Deputation weder stichhaltige Gründe, noch praktische Verbesserungsvorschläge vorzubringen. Nach Rücksprache mit den übrigen Strikern erklärte sie inzwischen, auf die Lohnerhöhung von 25 % bestehen bleiben zu müssen. — Am 1. August erschien eine aus anderen Personen der strikenden Arbeiter bestehende Deputation mit dem Vorschlag, die Arbeit mit 15 % Lohnerhöhung wieder aufzunehmen. Der Arbeitgeber proponierte ihnen, wenn sie zu den bisherigen Löhnen die Arbeit wieder beginnen wollten, für Ende August eine Lohnerhöhung von ca. 10 % eintreten zu lassen. Dieser Vorschlag verfehlte jedoch den beabsichtigten Zweck, die Leute erklärten, nun definitiv ihre Wirksamkeit in der Fabrik einstellen zu wollen.

Einige Zeit nach dem Beginne dieser Arbeiterbewegung war von Seiten vieler Fabrikanten ein Uebereinkommen getroffen worden, nur solche Arbeiter aufzunehmen, die im Besitze von Zeugnissen seien, und keine Arbeiter zu engagieren, welche sich in einer Fabrik gleicher Art bei einem Strike beteiligt hatten.

Am 8. August kam eine neue Deputation der Arbeiter zur Wiederaufnahme der Verhandlungen. Der Arbeitgeber lehnte dieselbe ab mit der Erklärung, dass diejenigen Leute, welche die Arbeit zu den von ihm gemachten Propositionen wieder aufnehmen wollten, sich bei dem Dirigenten der Fabrik zu diesem Zwecke einzeln zu melden hätten. Am 9. und 10. August erfolgten diese Anmeldungen von Seiten fast sämtlicher Arbeiter — nur 2 blieben zurück — 14 wurden wieder angenommen, 10 aber, welche als die Anstifter galten, wurde die Aufnahme verweigert.

Vier während des Strikes engagierte neue Arbeiter legten, durch Drohungen veranlasst, die Arbeit nach kurzer Zeit wieder nieder. Eine Störung der öffentlichen Ordnung fand nicht statt. Ein Kontraktbruch konnte dem Ortsgebrauche nach nicht stattfinden.

Uebernommene Aufträge sind nicht unerfüllt geblieben, wohl aber in ihrer Ausführung verzögert worden. Von Aufträgen, die während des Strikes einliefen, sind einige abgelehnt, die Annahme anderer ist verschoben worden. Hierdurch, sowie durch andere Umstände sind für die Fabrik nicht unwesentliche Verluste entstanden. Ein dauernder Schaden ist gerade nicht erwachsen, allein durch die Lohnerhöhung ist die früher schon scharfe Konkurrenz gegen die französischen Fabriken, welche mit bedeutend niedrigeren Löhnen arbeiten, im Auslande eine um so schwierigere geworden.

24. Arbeitseinstellung der Weber in einer Tuchfabrik zu Lennep. Bezirk Lennep.

An dem Strike beteiligten sich etwa 100 Weber, wodurch das ganze Etablissement still gesetzt werden musste; nach 4 Wochen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Striker forderten höhere Löhne. Der Arbeitgeber veranlasste die Weber wieder zu den alten Lohnsätzen ihre Arbeit zu beginnen, und es sollte dann unverzüglich der Weberlohn der Arbeit entsprechend (aber nicht nach der Forderung) erhöht werden. — Die Fabrik hat ihre Aufträge theils abschreiben müssen, theils verspätet ausgeführt, jedenfalls aber grossen Schaden erlitten. Vgl. auch B. 11.

25. Arbeitseinstellung der Handweber in Wollenwaarenfabriken zu Osterode. Bezirk Göttingen.

Der Strike dauerte etwa 14 Tage und wurde durch geringe Concessionen seitens der Arbeitgeber beseitigt.

Bei den im Bezirk Göttingen stattgehabten Strikes wurde die vorschriftsmässige Kündigungsfrist gewöhnlich nicht beachtet. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Arbeitervereine mit Striketendenz bestehen im Bezirke nicht. Die Forderungen der Strikenden waren auf Lohnerhöhung gerichtet. Der Industrie ist durch die Strikes kein sehr erheblicher Schaden verursacht.

26. Arbeitseinstellung auf der Mechanischen Weberei zu Linden. Bezirk Hannover.

Im Jahre 1868 wurde seitens der sämtlichen Arbeiter des Etablissements, ca. 1000, ein Strike unternommen, welcher 13 Werkstage dauerte. — Die Forderungen zielten auf eine Lohnerhöhung von etwa 25 pCt., wurden jedoch zurückgewiesen und die Arbeiten in allen Abtheilungen zu den alten Lohnsätzen wieder aufgenommen. — Die Bestimmungen der Fabrikordnung sind bei Niederlegung der Arbeit nicht innegehalten worden. Eine Ordnungsstörung ist nicht vorgekommen, ausser dass die Anstifter durch drohende Geberden die zur Fortsetzung der Arbeit geneigten Arbeiter mit Erfolg davon zurückhielten. Uebernommene Aufträge sind nicht unerfüllt geblieben und ertheilte nicht zurückgewiesen. Der Schaden beschränkt sich auf den nach damaliger Geschäftslage nicht schwer wiegenden Verlust in der Beschränkung der Produktion.

27. Arbeitseinstellung in der Mechanischen Weberei von C. Hausmann Wittwe zu Lauenstein. Bezirk Hannover.

Etwa 30 Arbeiter stellten in 1872 die Arbeit ein und haben ihnen einige Concessionen gemacht werden müssen. Der Schaden scheint unerheblich gewesen zu sein.

28. Arbeitseinstellung auf der Kunstwollfabrik von Ludwig Lewenstein zu Linden. Bezirk Hannover.

Im Sommer 1872 fand hier ein Strike statt, um eine kürzere Arbeitszeit zu erzwingen. Die Arbeiter verliessen um 6 Uhr Abends ohne Kündigung die Maschinen und nöthigten schliesslich, als ein anderes Etablissement die Arbeit um 6 Uhr Abends zu schliessen angefangen hatte, den Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit. — Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Besonderer Schaden scheint dem Etablissement nicht erwachsen zu sein.

29. Arbeitseinstellung auf der Hannover'schen Baumwollspinnerei und -Weberei zu Linden. Bezirk Hannover.

Gegen Ende März 1873 fand ohne vorherige Kündigung eine Arbeitseinstellung der sämtlichen Arbeiter, über 900, statt, um eine Reduktion der Arbeitszeit von 70 auf 66 Stunden pro Woche durchzusetzen. Der Strike dauerte etwa 6—8 Tage und wurde der Forderung der Arbeiter nachgegeben. — Ruhestörungen fanden insofern statt, als in den ersten Tagen der Arbeitseinstellung Zerstörungen an der Wohnung des Portiers und an der Einfriedigung der Fabrik stattfanden. — Der verursachte Schaden dürfte nach der damaligen Geschäftslage wenig erheblich gewesen sein.

30. Arbeitseinstellung von Webern in einer Fabrik zu Lüneburg. Bezirk Lüneburg.

Am 6 April 1872 stellten 90 bis 100 Weber die Arbeit ein und es wurden dadurch 90—100 Frauen und Mädchen in Mitleidenschaft gezogen, weil auch sie nichts verdienen konnten. Der Strike dauerte bis Mitte Mai. Die Striker gehörten bis auf wenige dem socialdemokratischen Vereine an. Der bestehende Contract wurde nicht innegehalten, sondern die Weber verlangten, bevor sie überall die auf den Webestühlen befindliche Waare vollenden wollten, die Zusicherung eines um 1 Thlr. erhöhten Webelohnes beginnend mit Aufnahme des nächsten Stücks. Die geforderte Erhöhung betrug 14% des Arbeitslohns, nachdem eine Erhöhung von 7% schon im Februar 1872 eingetreten war.

Der Arbeitgeber verhielt sich zuwartend. Als die Arbeiter nun am 13. Mai Morgens in die Fabrik Einlass beehrten und die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurde dies verweigert und jeder für das, was er vorher gearbeitet hatte, abgelohnt. Demnächst wählte der Arbeitgeber nach und nach 30% der Arbeiter, die er wieder annehmen wollte, heraus und liess die bei weitem grössere Hälfte ohne Arbeit.

Während des Strikes wurde an dem Wohnhause des Arbeitgebers eine geringfügige Beschädigung verübt; einige Weber, welche die Absicht hatten die Arbeit früher wieder aufzunehmen, sollen misshandelt worden sein.

31. Arbeitseinstellung der Weber in Berlin.

Die in 1870 und 71 stattgehabten Strikes begannen mit der Erhöhung der Forderungen der Gesellen an die Meister, denen sich dann eine entsprechende Forderung um erhöhte Lohnsätze der Meister an die Fabrikanten anschloss. An der Arbeitseinstellung beteiligten sich sämtliche Webergesellen und etwa $\frac{2}{3}$ der Meister im Ganzen ca. 2000 Mann. Die Dauer des Strikes betrug kaum 14 Tage. Arbeitervereine zu Strikezwecken bestehen nicht, jedoch hatten die strikenden Gesellen ein Comité gebildet, welches die anderen verhindern sollte in den Werkstätten zu arbeiten. Contraktliche Verpflichtungen sind nicht gebrochen; es wird in diesem Industriezweige fast ausschliesslich auf Stücklohn gearbeitet, und werden die begonnenen Stücke wohl sämtlich abgearbeitet worden sein. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen.

Die Striker forderten Lohnerhöhung von ca. 15 bis 20%. Diese wurde von den Fabrikanten nicht bewilligt, dagegen liessen dieselben eine Vergütung für die Vorarbeiten zum Weben eintreten, welche früher nicht stattgefunden hatte. Die dadurch eingetretene Lohnerhöhung beträgt ca. 15—20%, kommt also der Forderung ungefähr gleich.

Uebernommene Aufträge blieben nicht unerfüllt, ebensowenig mussten neue abgelehnt werden. — Der Berliner Webwaren-Industrie droht durch die Lohnerhöhungen empfindlicher Schaden, indem der grösste Theil der hiesigen Fabrikanten, welche billigere Stoffe arbeiten, gezwungen werden, dieselben ausserhalb Berlins anfertigen zu lassen.

32. Arbeitseinstellung in den Bukskinfabriken zu Forst. Bezirk Sorau.

Anfang März 1870 brach unter den Webern in den Bukskinfabriken ein Strike aus, welcher sich sehr bald auch auf die übrigen Branchen der Tuchfabrikation ausdehnte und wobei gegen 3000—4000 Arbeiter beteiligt waren. Der Strike dauerte gegen 7 Wochen und war durch den hiesigen Gewerkverein hervorgerufen. Die Arbeitseinstellung erfolgte ohne Kündigung. Ordnungstörungen sind mehrfach vorgekommen; man suchte alle von auswärts herangezogenen Arbeiter und alle diejenigen, welche überhaupt arbeiten wollten, mit Gewalt davon abzuhalten, es haben deswegen auch Bestrafungen stattgefunden; grösseren Excessen, die ganz sicherlich stattgefunden hätten, wurde durch Herbeiziehung einer Compagnie Militair, welche während der ganzen Strikezeit hier stationirt war, vorgebeugt.

Ausser der Lohnerhöhung wurden auch noch andere unberechtigte Forderungen gestellt, aber darüber eigentlich nichts Bestimmtes angegeben; man wollte hauptsächlich die §§ 45 bis 48 der Statuten des Gewerkvereins (Max Hirsch) probiren, demzufolge sollte Alles durch Abgeordnete des Gewerkvereins geregelt werden. Die Fabrikanten traten dagegen zu einem „Fabrikantenverein“ zusammen, wiesen alle Anträge entschieden zurück und liessen sich insbesondere auf keinerlei Verhandlung mit den von Berlin hergesendeten Abgeordneten des Generalraths der Gewerkvereine, unter denen sich Max Hirsch selbst befand, ein. Da die den Arbeitern versprochenen Unterstützungen ausblieben, so endete der Strike ohne irgend welchen Vortheil für die Arbeiter.

Die Industrie wurde auf mancherlei Art geschädigt. Die Löhne mussten an alle Arbeiter der Walke und der Appretur auf 14 Tage fortgezahlt werden, trotzdem dass

diese nach dem plötzlichen Ausbruch des Strikes gar nichts zu thun hatten; mehrfache Gewebe unterlagen dem Verderben. Die Sommerartikel konnten nicht mehr für die Saison fertig gemacht und verkauft werden; der dadurch entstandene Verlust war beträchtlich. Ferner blieben mehrere grössere Aufträge unausgeführt, andere wiederum, welche erst gegeben wurden, mussten zurückgewiesen werden. Die Käufer wendeten sich daher an andere Fabrikstädte, und ist so auch für die Dauer so manche Kundschaft entzogen.

33. Arbeitseinstellung in den mechanischen Webereien zu Greiz. Fürstenthum Reuss ä. L.

Im Mai 1871 stellten sämtliche Arbeiter der hiesigen mechanischen Webereien, ca. 500—600 Mann, die Arbeit ein. Ungefähr 3 Wochen lang wurde gar nicht gearbeitet, und als in einzelnen Fabriken damit wieder begonnen wurde, zogen die feiernden Arbeiter in grossen Prozessionen vor die betreffenden Fabriken und suchten durch hineingesandte Aufforderungen die Arbeit zu stören. — Es bestehen zwei Arbeitervereine, von welchen der eine die alleinige Tendenz hat, Strikes zu organisiren; der andere, ein „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“, verfolgt eigentlich ganz denselben Zweck. — Der Strike erfolgte ohne Beachtung der Kündigungsfrist und war von auswärts organisirt. Die Wege nach den Fabriken wurden von den Strikern besetzt und diejenigen, welche arbeiten wollten, gezwungen, dies zu unterlassen.

Die Strikenden forderten eine Lohnbestimmung dahin, dass der einzelne Mann ca. 3 Thlr. 25 Gr. verdiene; nun hatten aber die meisten Familienväter schon 5 bis 6 Thlr. und nur Mädchen und junge Burschen von 16 bis 20 Jahren circa $2\frac{1}{2}$ bis 3 Thlr. wöchentlichen Verdienst. Die Arbeiter bestanden indess auf Erhöhung aller Artikel. Die Arbeitgeber hatten eine Vereinbarung getroffen, nicht einseitig vorzugehen; hieran hielten jedoch einzelne von ihnen nicht fest und wurden so die übrigen insgesamt genöthigt, eine Zulage von ca. 8 bis 10% zu bewilligen.

Der hiesigen Industrie erwuchs dadurch Nachtheil, dass nothwendig gebrauchte Waaren nicht von den hiesigen Fabrikanten bezogen wurden, weil dieselben nicht liefern konnten. Ausserdem musste das in Wochenlohn stehende Personal, als Werkführer etc., bezahlt werden, ohne Gegenleistung. Der entstandene direkte Schaden kann auf circa 15,000 Thlr. geschätzt werden. Weiterer Nachtheil folgt daraus, dass in Konkurrenzstädten, wie z. B. Gera, bis dato billigere Webelöhne gelten.

34. Arbeitseinstellung der Drucker in Greiz. Fürstenthum Reuss ä. L.

Anfang December 1872 stellten ca. 130 — 140 Mann die Arbeit auf 8 Tage ein.

In Sachsen und Böhmen strikten gleichzeitig die dortigen Drucker, und wurde allgemein gleiche Lohnerhöhung gefordert. Nach Einigung mit den Fabrikherrn wurde den Strikern eine Lohnerhöhung von 15—30 pCt. gewährt. Nur einzelne Druckfabrikanten wurden in die Lage versetzt, erhaltene Aufträge nicht ausführen zu können.

35. Arbeitseinstellung der Färberei- und Appretur-Arbeiter der Firma Georg Schleber in Reichenbach. Bezirk Plauen.

230 Mann strikten vom 13. bis 16. Mai 1871. Arbeiter-

vereine mit dem ausgesprochenen Zwecke der Strikeorganisation bestehen zwar nicht, doch soll der der socialdemokratischen Richtung angehörige Arbeiterverein zu Reichenbach seine Hand mit im Spiele gehabt haben. Die Einstellung der Arbeit erfolgte ohne Ankündigung, also wurde die eingeführte 14tägige Kündigungsfrist missachtet. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen.

Die Striker forderten 25 pCt. Lohnerhöhung. Zur Beilegung fanden anfangs Unterredungen mit dem Arbeitercomité statt; später (15. Mai) eine Zusammenkunft des Chefs der Firma mit sämtlichen Arbeitern, wobei eine Einigung erzielt wurde. Es wurden 15—20 pCt. Lohnerhöhung gewährt.

Arbeitgeber erlitten insofern Schaden, als viele mitten in der Behandlung liegen gebliebenen Waaren schadhafte wurden. Ausserdem war eine prompte Erledigung der eingegangenen Aufträge nicht möglich. Da bestimmte Lieferungsstermine nicht mehr zugesagt werden konnten, so entging der Firma eine Anzahl pressanter Aufträge.

Hauptsächlich mit auf Grund der bei diesem Strike gemachten Erfahrungen hat sich am 15. Juli 1872 in Reichenbach ein Fabrikantenverein gebildet, dem fast sämtliche Inhaber geschlossener Etablissements beigetreten sind. Derselbe verfolgt vorzugsweise den Zweck der Wiederherstellung geordneter Arbeits- und Kündigungsverhältnisse.

36. Arbeitseinstellung von Maschinenstickern in Eibenstock. Bezirk Plauen.

Den Maschinenstickern drohte eine Einbusse an ihrem Lohn, weil die von ihnen bezahlten Hilfsarbeiter einen Lohnaufschlag verlangten. Um dies zum Theil auszugleichen, forderten dieselben in einem Collectivschreiben an die Stickereibesitzer einen Zuschlag von 1 Gr. für das Tausend Stiche, was wöchentlich 12 Gr. ausmacht. Die Arbeitgeber brachten hierauf den gemeinsam gefassten Beschluss, die Forderung zurückzuweisen, den Stickern in jedem Etablissement gesondert zur Kenntniss. Nur ein einziges Etablissement fügte dieser Eröffnung die Bemerkung hinzu, dass, wenn die Sticker sich nicht sofort fügten, sie entlassen seien. In Folge dieser Drohung strikten die 20 Sticker des Etablissements, jedoch nur 4 Tage lang.

Der erwähnten Bewegung gingen Besprechungen in dem sogenannten Stickerverein voraus.

37. Arbeitseinstellung von Tuchmachern zu Ettlingen.

Vom 15. April bis 8. Mai 1872 stellten 40 Weber der Tuchfabrik von O. Merkel die Arbeit ein, erzwangen Abkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde und Lohnerhöhung um 20 pCt. Die Arbeitgeber mussten ihre Reisenden zurückrufen und neue Bestellungen von der Hand weisen, konnten auch ihren Verpflichtungen nur verspätet genügen.

E. Industrie der Nahrungsmittel.

1. Arbeitseinstellung in einer Tabakfabrik zu München. Bezirk München.

In einer grösseren Tabakfabrik strikten im Jahre 1870 ca. 30 Cigarrenarbeiter 1½ Tage lang. Die Folge des Strikes, welcher höhere Löhne für geringere Cigarren-

sorten bezweckte, war eine Reduction der Arbeitskräfte, sowie eine Beschränkung der Fabrikation auf Verarbeitung feinerer ausländischer Tabakblätter. Mit dem Strike war weder Contractbruch noch Ordnungsstörung verbunden; auch hatte derselbe keinen Einfluss auf übernommene oder künftige Aufträge.

2. Arbeitseinstellung in der Cigarrenfabrik von Gebr. Rosenheim zu Würzburg. Bezirk Würzburg.

Der im Jahre 1871 stattgehabte Strike wurde von 30 Akkordarbeitern begonnen, und 50 Tagelöhner zur Theilnahme überredet. Urheber des Strikes war der Allgemeine Deutsche Cigarrenarbeiterverein in Leipzig, welcher auch für Geldunterstützung sorgte. Auch die Hausarbeiter sollten durch Drohungen mitgerissen werden, widerstanden aber. Die 14tägige Kündigung wurde vernachlässigt. Abgesehen von Drohungen gegen nicht zum Strike geneigte Arbeiter, wurde die Ordnung nicht gestört. Die Forderungen der Strikenden gingen auf Lohnerhöhung und Aenderung der Fabrikordnung; dieselben wurden nicht bewilligt. Ein den Arbeitern gemachter Vermittelungsvorschlag wurde zuerst zurückgewiesen, endlich aber nach 6 Wochen acceptirt und damit der Strike beendet. Die Hauptagitatoren wurden entlassen. — Laufende Aufträge mussten zurückgewiesen werden, die kontraktlichen Lieferungen dagegen wurden erfüllt. Seit anderthalb Jahren sind Lohnerhöhungen um 15—20 pCt. eingetreten.

3. Arbeitseinstellung in der Tabak- u. Cigarrenfabrik von Josef Schürer in Würzburg. Bezirk Würzburg.

Am 2. Januar 1872 wurde von den Arbeitern eine Forderung auf Lohnerhöhung gestellt. In Folge dessen wurden am 3. Januar 74 Arbeiter entlassen. Dieselben wurden jedoch theilweise am 5. Januar, und nach 8 Tagen sämtlich wieder aufgenommen. Es erschienen Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeitervereins in Leipzig hier am Platze, doch ist der Einfluss derselben nicht zu ermesen. 20 Arbeiter waren schon von Anfang an Mitglieder desselben gewesen; am 2. Jan. 1872 traten darauf sämtliche Arbeiter dem Verein bei, jedoch schon nach 8 Tagen wieder aus. — Contractbruch oder Ordnungsstörung ist nicht zu beklagen. Die Urheber der Bewegung wurden von der Arbeit ausgeschlossen. Die Mitglieder des Leipziger Vereins sind von dem Antheil an den Unterstützungskassen ausgeschlossen. Der Betrieb des Etablissements wurde nicht gestört. Verheirathete Arbeiter haben sich an der Bewegung nicht betheiligt.

4. Arbeitseinstellung der Cigarrenmacher in Offenbach. Bezirk Offenbach.

Der Strike, an dem 800 Arbeiter betheiligt waren, dauerte von Ende Juli bis Mitte September 1871, geleitet von einem Cigarrenmacher-Vereine, zu dessen Zwecken auch die Herbeiführung von Strikes gehörte.

Die Forderungen der Striker gingen auf eine Lohnerhöhung von 60%. Zur Abwehr bildeten die Cigarrenfabrikanten Offenbach's und der umliegenden Plätze eine Vereinigung, wobei sie sich gegenseitig das Wort gaben, während der Dauer des Strikes nichts zu bewilligen. — Die Arbeiter nahmen die Arbeit zu den früheren Lohn-

sätzen wieder auf, jedoch wurde kurz nach Beendigung des Strikes seitens der einzelnen Fabrikanten eine Lohn-erhöhung von 25% bewilligt.

Aufträge mussten in grösserem Umfange zurückgewiesen werden oder unausgeführt bleiben. Als bleibender Nachtheil für die Industrie ist anzuführen, dass seit der Erhöhung des Arbeitslohnes die Fabrikation der billigen Sorten Cigarren in hiesiger Gegend unmöglich wurde, das Exportgeschäft darin hat aufgehört.

Vergl. auch B. 3.

5. Arbeitseinstellung in den Cigarrenfabriken von Hanau und den benachbarten Dörfern. Bezirk Hanau.

An dem Strike waren 5 bis 600 Cigarrenmacher und etwa 800 Hilfsarbeiter betheiligt, derselbe dauerte 13 Wochen, vom 3 Juli bis Anfang Oktober 1871. Die Vermuthung spricht für das Bestehen von Arbeitervereinen mit Strikezweck, doch ist Bestimmtes nicht bekannt. Es lag Kontraktbruch vor, indem die Arbeit ohne Kündigung eingestellt wurde. Ordnungsstörung fand nicht statt.

Die Striker forderten Erhöhung des Arbeitslohnes um 3 Kr. pro 100. Sämmtliche Arbeitgeber der Branche am Orte vereinigten sich zu gemeinsamer Abwehr und verpflichteten sich gegenseitig, dass keiner von ihnen sowohl während, als auch entsprechende Zeit nach dem Strike einen Arbeiter einer anderen Fabrik aufnehmen solle. Verhandlungen mit dem Strikekomite wurden unbedingt von der Hand gewiesen, ebenso im weiteren Verlaufe des Strikes der Empfang von Deputationen abgelehnt. Es wurde vielmehr den Arbeitern anheimgestellt sich bei ihren seitherigen Arbeitgebern wieder zu melden, um die Arbeit in derjenigen Zahl anzutreten, welche den Verhältnissen der einzelnen Fabriken entsprechend gefunden werde. — Schliesslich kehrten die Arbeiter wieder zu den früheren Löhnen zur Arbeit zurück und begnügten sich mit der Zusage der Fabrikanten, dass, soweit es die Geschäfts- und Zeit-Verhältnisse gestatteten, auch für die Folge die Löhne nach Möglichkeit aufge bessert werden sollten.

Bei der langen Dauer des Strikes trat eine gänzliche Stockung aller Geschäfte ein, welche viele Opfer kostete. Eine unmittelbare Folge war die Errichtung auswärtiger Filialen seitens mehrerer Fabrikanten.

6. Arbeitseinstellung in den Cigarrenfabriken zu Coblenz. Bezirk Coblenz.

An dem Strike, welcher 1871 auf 1872 stattfand, waren etwa 400 Arbeiter betheiligt, und hat derselbe 3½ Monate gewährt. Die Arbeiter gehörten dem Berliner Verein von F. W. Fritzsche an und erhielten ihre Ordres von diesem. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen. — Zur Abwehr der ungebührlichen Forderungen der Arbeiter handelten die Arbeitgeber gemeinsam und verlangten von jedem Arbeiter den Austritt aus obigem Verein. Schliesslich fügte sich der grössere Theil, während die Renitenten den Wanderstab ergriffen. Abgesehen von kleinen Abweichungen, wurden die Forderungen mit Erfolg zurückgewiesen. — Ein Theil der übernommenen Aufträge musste unausgeführt bleiben oder die Ausführung auf spätere Zeit verschoben, manche weitere Bestellung ganz abgelehnt werden. Der der hiesigen Cigarren-Industrie erwachsene Schaden wird auf etwa 10,000 Thaler geschätzt.

7. Arbeitseinstellung in der Cigarrenfabrik von Fr. Rosmann zu Burgsteinfurt. Bezirk Münster.

An dem Strike, der im Juni 1872 stattfand, betheiligten sich ca. 200 Arbeiter. Die Dauer kann auf 3 bis 4 Monate angenommen werden. Lokale Arbeitervereine mit Striketendenz bestehen nicht. Die strikenden Arbeiter gehörten dem Tabaksarbeiter-Verein zu Berlin — Präsident Fritzsche — an. Kontraktbruch fand nicht statt, ebensowenig Ordnungsstörung.

Als die Arbeiter der Tabak-Fabrik Miene machten, ebenfalls oben bezeichnetem Verein beizutreten, legte ihnen der Arbeitgeber die schriftliche Verpflichtung auf, bei Strafe dieses nicht zu thun. Anderen Tages forderte eine Deputation der Cigarren-Arbeiter von dem Arbeitgeber, er solle diesen abgeschlossenen Pakt annulliren, widrigenfalls sie Strike in Aussicht stellten. — Arbeitgeber kam dem zuvor, schloss die Cigarren-Fabrik und entliess die daran beschäftigten Arbeiter sämmtlich. Anderen Tages erklärte derselbe, nur solche Arbeiter wieder annehmen zu wollen, welche nicht dem Berliner Tabaksarbeiter-Verein oder einem ähnlichen Verein angehörten. Erst nach 5 Wochen traten 2 der Striker aus dem Verein aus und wieder in Arbeit; damit war der Widerstand gebrochen und es sind bis auf 8—10 Mann alle Arbeiter vor und nach wieder in Arbeit getreten. — Seit dem Strike ist eine strenge Fabrikordnung eingeführt, welche auch streng gehandhabt wird.

Nicht allein die übernommenen Verpflichtungen konnten nicht erfüllt werden, es musste auch der Verkauf vollständig eingestellt werden. Dadurch erwuchs grosser Schaden. Ferner verdarb viel in der Arbeit befindlicher Tabak, und mancher guter Abnehmer ging verloren.

8. Arbeitseinstellung in den Tabakfabriken zu Einbeck. Bezirk Göttingen.

Der Strike dauerte einige Tage und wurde durch geringe Concessionen Seitens der Arbeitgeber beseitigt. Vgl. auch D. 25.

9. Arbeitseinstellung von Cigarrenarbeitern zu Lüneburg. Bezirk Lüneburg.

Von dem gesammten Personal der hiesigen bedeutendsten Cigarrenfabrik stellten im Mai 1873 35 grösstentheils unverheirathete Arbeiter unter dem Vorwande die Thätigkeit ein, dass es an zugerichtetem Tabak fehle, während in Wahrheit einzelne Arbeiter durch unvortheilhafte Verwendung des zur Verarbeitung erhaltenen Materials sich selbst Verlegenheiten bereitet hatten. Die kontraktlichen Verpflichtungen wurden von den Strikern nicht gewahrt, dagegen die Ordnung nicht gestört.

Als nach 2 Tagen die Striker sich wieder zum Eintritt meldeten, wurden dieselben von den Fabrikanten ohne Weiteres wieder angenommen.

Die übernommenen Aufträge konnten erfüllt werden.

10. Arbeitseinstellung in einer Cigarren-Fabrik zu Altenburg. Bezirk Altenburg.

Der Strike umfasste nur eine kleine Zahl Arbeiter und dauerte 2 Tage. Der Allgemeine deutsche Cigarren-Arbeiter-Verein (Partei Hasenclever) zählt unter den hiesigen Arbeitern Mitglieder. — Die Striker forderten höheren Lohn, kehrten aber, als sie keine Aufnahme in

einer anderen hiesigen Fabrik fanden, zur Arbeit zurück, ohne dass ihre Forderung bewilligt war.

Sämmtliche Strikes im Bezirk Altenburg waren mit Kontraktbruch verbunden, dagegen verliefen dieselben ohne Ordnungsstörung. Aufträge blieben nicht unerfüllt, auch erwuchs kein wirklicher Schaden.

11. Arbeitseinstellung der Cigarrenarbeiter zu Leipzig. Bezirk Leipzig.

An dem im Jahre 1869 unternommenen Strike theiligten sich ca. 580 Mann oder die reichliche Hälfte der im Bezirke beschäftigten Arbeiter. Die Striker gehörten 11 Etablissements an. Nicht mitgerechnet sind bei jener Zahl etwa 300 Wickelmacher, welche mittelbar brodlos wurden. Von den eigentlichen Cigarrenarbeitern haben zu einer Zeit etwa 120 Leipzig verlassen. Der Strike dauerte im Ganzen 16 Wochen. Derselbe begann eine Woche vor Pfingsten in der Fabrik von H., welcher circa 60 Arbeiter beschäftigte. Als dieser sich an Z. & S. in Reudnitz wendete, um eine allgemeine Entlassung herbeizuführen, und deren Arbeiter davon Kunde erhielten, stellten auch sie, etwa 100 Mann, die Arbeit ein. Dieses erste Stadium dauerte 5 Wochen. Die anderen folgten dann. In voller Ausdehnung hat der Strike ungefähr 8 Wochen gewährt. Schliesslich hörten jedoch die vom Comité gewährten Unterstützungen auf und es trat Zersplitterung ein. — Die Vereinsthätigkeit anlangend, so ist ausser der socialdemokratischen (Bebel-Liebkecht'schen) Arbeiterpartei, welche in Leipzig viele Mitglieder zählt und u. a. eine Gewerkschaft der Cigarrenarbeiter mit etwa 12 bis 15 Mitgliedern begründet hat, zu nennen der Verein deutscher Cigarrenarbeiter mit dem Sitze in Berlin unter Fritzsche, dessen Mitgliederzahl nach dem Strike von 1869 einmal sehr zusammengeschmolzen war, neuerdings aber wieder im Wachsen begriffen ist. Aus der Kasse des letzteren Vereins werden in geeigneten Fällen Strikende unterstützt; während des in Rede stehenden Strikes sind ca. 3000 Thlr. aus der Centrankasse in Berlin zur Unterstützung der Striker gewährt worden. — Der Pflicht, den einmal übernommenen Tabak aufzuarbeiten, sind die Arbeiter nicht nachgekommen, sondern haben fast durchgängig den übernommenen Tabak in angefeuchtetem Zustande zurückgegeben; werthvolle Tabake hatten in Folge dessen an Werth wesentlich verloren. — Im Allgemeinen sind Ordnungsstörungen nicht vorgekommen; nur in einem Falle drohte ein Excess auszubrechen.

Die gestellten Forderungen betrafen überall zunächst Lohnerhöhungen; ferner forderten die Arbeiter, dass die Beschäftigung von Frauen, die Hausarbeit und die in einzelnen Etablissements üblichen Prämien für gewissenhafte Materialverwendung beseitigt würden. In einem Falle verlangten sie sogar, das Aufsichtspersonal selbst zu wählen. — Die auf Lohnerhöhung gerichteten Forderungen waren nicht gleichmässig. Ein Vertrauensmann der Striker veranschlagte dieselben auf durchschnittlich 15 bis 25 %. Der von den Arbeitern der S. & N.'schen Fabrik vorgelegte Tarif enthält eine Erhöhung von durchschnittlich 27½ %. In der Fabrik von Z. & S. belief sich nach Angabe des einen Theilhabers die geforderte Erhöhung auf 50—60 %, später wurden die Ansprüche noch höher gespannt. — In der Fabrik, in welcher zuerst der Strike ausgebrochen war, wurde den Arbeitern nach einigen Wochen eine Erhöhung um 20 % verwilligt, und ist dies auf die Verbreitung des Ausstandes nicht ohne Einfluss geblieben. In den Ver-

hältnissen lag durchaus kein Anlass zu einer Lohnerhöhung. Die Forderungen wurden daher von allen anderen Arbeitgebern einfach zurückgewiesen, ja es trat in mehreren Etablissements eine Lohnherabsetzung ein, die im Durchschnitt auf 10 % veranschlagt wird. — Die Rädelsführer wurden nicht wieder in Arbeit genommen. — Zum Theil in Folge des Strikes haben die Fabrikanten sich zu einem über ganz Deutschland ausgedehnten Vereine zusammengeschlossen, welcher von den hiesigen Fabrikanten die grosse Mehrzahl (26) zu seinen Mitgliedern zählt.

Da der Geschäftsgang vor dem Strike längere Zeit hindurch schleppend war, so wird kaum ein Fabrikant in die Lage gekommen sein, bereits übernommene Aufträge unerfüllt lassen oder neue Aufträge ablehnen zu müssen. Nur im Suchen von Aufträgen (durch Reisende) trat eine Unterbrechung ein, und manche Lieferung konnte nicht so pünktlich ausgeführt werden. Das Aufsichtspersonal und die Sortirer mussten während der Dauer des Strikes fortbezahlt werden, was namentlich für jüngere Geschäfte kein geringes Opfer war. — Die Striker haben während der Dauer des Ausstandes ungefähr 13,000 Thlr. Unterstützungen erhalten.

12. Arbeitseinstellung in Cigarrenfabriken zu Rawicz, Bezirk Posén.

Im Juni 1872 legten in einer Fabrik 22 Roller mit 8 Unterarbeitern die Arbeit nieder. Acht Tage später folgten die Arbeiter in ziemlich gleicher Anzahl in einer zweiten Fabrik, und in einer weitem Frist von 8 Tagen begannen die Arbeiter in einem dritten Etablissement, etwa 30 Roller und einige Unterarbeiter, zu striken. Eine dieser 3 Fabriken wurde Ende Dezember 1872 von einem neuen Strike heimgesucht, was zur Folge hatte, dass dieselbe sich gänzlich auflöste. Die strikenden Arbeiter und Sortirer, ca. 90 an der Zahl, gehörten dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein unter Fritzsche an. Aus diesem Verein haben sich in den Fabrikorten sogen. Ortsvereine gebildet, die ihren Vorstand wählen, welcher mit dem Hauptverein eine stete Verbindung unterhält und die eingegangenen Strikegelder dahin abführt. Dagegen erhalten bei Strikes die theilgenommenen Mitglieder 3—4 Thlr. wöchentlich Unterstützung.

Bereits vorher waren zu verschiedenen Malen Lohnerhöhungen bewilligt worden. Die bei den offiziellen Strikes seitens der Arbeiter gestellten Forderungen erschienen in mehreren Punkten unannehmbar. Man verlangte u. A.: a) bei Lieferung von nur gutem Material, an Arbeitslohn 7½ Gr. pro mille mehr; b) bei Lieferung geringeren Materials (d. h. Decktaback) eine weitere Lohnerhöhung; c) dass keine Fabrik mehr als 4—5 Lehrlinge aufnehmen und d) dass die Aufnahme neuer Gehilfen nur nach Uebereinkunft mit dem Vorstände des Cigarrenarbeiter-Vereins stattfinden dürfe. — Die den Arbeitern gemachten Vorstellungen, die alten Lohnsätze so lange bestehen zu lassen, bis die kontraktlich abgeschlossenen Lieferungen erfüllt seien, waren erfolglos. Das Endresultat der Verhandlungen gipfelte darin, dass die Arbeitgeber sich zur Lieferung besseren Materials an die Arbeiter verstanden, und zwar unter Zubilligung von 7½ Gr. pro mille Arbeitslohn mehr. Demzufolge beanspruchten auch sämmtliche Unterarbeiter höhere Löhne, die schliesslich ebenfalls bewilligt werden mussten.

In Folge der geschraubten Arbeitslöhne vermag sich nunmehr die Cigarren-Industrie in der Stadt Rawicz nicht zu namhafter Bedeutung empor zu schwingen, da es ihr

unmöglich gemacht worden ist, billigere Fabrikate im Preise von 6—9 Thlrn. herzustellen. Gerade in diesen Sorten betrieben früher die dortigen Fabriken ein umfangreiches Geschäft auf einem weiten Absatzgebiete.

Kündigungsverhältnisse bestehen zwischen den Fabrikherrn und ihren Arbeitern nicht. Nur bei den Unterarbeitern, Wickelmachern u. dergl. wird eine 8—14 tägige Kündigung stipuliert, die jedoch die Arbeiter selten innehalten. —

13. Arbeitseinstellung in den Cigarrenfabriken der Stadt Posen. Bezirk Posen.

Die Cigarrenindustrie ist hier noch im Entstehen begriffen, so dass in den wenigen Fabriken nur ca. 60 Arbeiter mit nahezu eben so viel Hilfspersonal beschäftigt werden. In 1872 schlossen sich die Arbeiter dem grossen Berliner Strike an und, da ein Arbeiterzuzug nach hier in jener Zeit nicht stattfand, so wurden damals den Arbeitern die verlangten höheren Löhne pure bewilligt. — Auch in 1873 haben in den hiesigen Cigarrenfabriken Arbeitseinstellungen stattgefunden, wobei seitens der Arbeiter in der Hauptsache gefordert wurde, dass in den Fabriken weibliche Arbeiter weder anzulernen noch anzu stellen seien. Diese Forderung wurde mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Da kontraktliche Verpflichtungen nicht bestehen, so hatten die Arbeiter die Berechtigung, ohne Kündigung die Arbeit niederzulegen. Ordnungsstörungen kamen nicht vor. — Die hiesigen Cigarrenarbeiter gehören fast sämtlich dem Verein der Cigarrenmacher Deutschlands an (Präsident Fritzsche), welcher die Strikes organisiert und von Zeit zu Zeit in Scene setzt. — In Folge des jüngsten Strikes konnten ältere Lieferungsverträge nicht inne gehalten, und mussten die Abnehmer in einigen Fällen entschädigt werden. Grössere Lieferungsverträge auf Zeit lassen sich in Rücksicht auf die Unsicherheit der Arbeit gar nicht abschliessen, wodurch die theilweise bedeutenden Rohtabackläger nicht immer nutzbar zu realisiren sind. Die gedeihliche Entwicklung der Cigarrenindustrie ist unter diesen Verhältnissen nahezu unmöglich.

13a. Arbeitseinstellungen in Cigarrenfabriken zu Stuttgart.

Im Juli 1871 stellten 80 männliche und weibliche Arbeiter in dem Etablissement von Fröhlich die Arbeit 4 Tage lang ein, forderten eine Lohnerhöhung von 30 Krz. pro mille und erhielten eine solche von 10 Krz. Die 14 tägige Kündigungsfrist wurde nicht innegehalten und eine grössere Quantität angefeuchteten Tabaks verdarb. Anstifter war der Verein in Leipzig.

14. Arbeitseinstellung in Grossbrauereien zu München. Bezirk München.

Das zweitbedeutendste Etablissement der Branche hatte 3 Strikes zu verschiedenen Zeiten zu erleiden, der Schächler, der Pfannenburschen und der Kellerburschen, wobei im Ganzen ca. 80 Mann betheiligt gewesen; keiner dieser Strikes überdauerte einen Tag. — Vereine zu Strikezwecken bestehen hier in dieser Branche nicht. Die Strikes werden dem Einflusse fremder Agitatoren, dem Vernehmen nach des Berliner Arbeitervereins, zugeschrieben und sind von Kontraktbruch, nicht aber von Ordnungsstörungen begleitet gewesen. — Die auf höheren Lohn und sonstige

Begünstigungen gerichteten Forderungen mussten bewilligt werden. — Auf übernommene oder künftige Aufträge hatten die Störungen keinen Einfluss.

In einer andern Grossbrauerei zu München stellten am 18. Februar 1872 35 Braugesellen die Arbeit ein. Jedoch nahmen am gleichen Tage schon 17 derselben die Arbeit wieder auf. Die übrigen 18 wurden entlassen, und die geforderte Lohnerhöhung unterblieb.

15. Arbeitseinstellung in der Mainzer Aktienbrauerei zu Mainz. Bezirk Mainz.

Anfangs Januar 1873 forderten die Brauburschen eine Lohnerhöhung von 1 fl. per Woche, welche rundweg abgelehnt wurde. Als darauf Arbeitseinstellung erfolgte, wurde nach verschiedenen benachbarten Plätzen um Brauburschen telegraphirt und Vertrauensmänner zur Anwerbung von solchen ausgesandt, beides mit gutem Erfolge. Auch einige der alten Brauburschen stellten sich wieder ein. Den Uebrigen wurde jetzt kurzweg gesagt, dass sie gehen könnten. Auf dieses hin nahmen diejenigen früheren Arbeiter, welche man überhaupt wieder zuliess, — etwa die Hälfte — die Arbeit wieder auf, und war somit der Strike nach 3 tägiger Dauer zu Ende. Seitdem ist eine Lohnerhöhung eingetreten. Vgl. B. 4.

16. Arbeitseinstellung unter den Arbeitern eines grossen Mühlen-Etablissements zu Northeim, Bezirk Göttingen.

Der Strike dauerte einige Tage und wurde, ohne dass die geforderte Lohnerhöhung seitens des Arbeitgebers bewilligt wurde, beendet. Vgl. D. 25.

17. Arbeitseinstellung der Müllergesellen zu Breslau. Bezirk Breslau.

Der Strike brach in allen hiesigen Mühlen-Etablissements gleichzeitig im Herbst 1872 aus, wurde aber durch das einige und energische Vorgehen der Arbeitgeber rasch unterdrückt und die Arbeiter zum Nachgeben gezwungen, so dass dieselben ohne Lohnerhöhung zur Arbeit zurückkehrten. Vgl. C. 8.

18. Arbeitseinstellung in der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei in Stettin. Bezirk Stettin.

Im Juli 1869 stellten ca. 40 Hofarbeiter und 105 Siedereiarbeiter die Arbeit ein. Die ersteren nahmen sie nach einigen Stunden wieder auf, die letzteren erst nach drei Tagen. Contractbruch lag insofern vor, als die Siedereiarbeiter, welche auf 14 tägige Kündigung angenommen waren, die Arbeit ohne Kündigung plötzlich verliessen. — Die Forderungen gingen auf Abkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung; die Siedereiarbeiter insbesondere verlangten eine Steigerung von 17 Thlrn. auf 20 Thlr. Lohn pro Monat. Als von der Direktion energische Schritte zur Beschaffung anderer Arbeiter gethan wurden, kehrten die Arbeiter unter den alten Bedingungen zur Arbeit zurück. Nach Ablauf einiger Monate wurde freiwillig eine Lohnzulage nebst Verkürzung der Arbeitszeit gewährt.

In demselben Etablissement fand Ende März 1873 ein neuer Strike statt, an welchem ca. 80 Siedereiarbeiter theilnahmen, wiederum, ohne die stipulirte 14 tägige Kündigungsfrist einzuhalten. — Die Forderung ging auf Lohn-

erhöhung von 19 auf 25 Thlr. pro Monat. Auf das Anerbieten eines monatlichen Lohnes von 22 Thlr. kehrten im Laufe einer Woche 25 Mann zur Arbeit zurück, während die Uebrigen allmählig durch andere Kräfte ersetzt werden mussten.

Erweisbarer Schaden ist durch die in Fabriken des Stettiner Bezirkes vorgekommenen Strikes nicht erwachsen (abgesehen von B. 18). — Ordnungsstörungen sind nicht zu notiren. — Arbeitervereine zu Strikezwecken haben sich im Wesentlichen nur in den Handwerken gebildet. Der hiesige Zweigverein des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hat speciell auf grossindustriellem Gebiet nur zu dem ersten Strike in der Provinzial-Zuckersiederei Veranlassung gegeben.

F. Diverse Industriezweige.

1. Arbeitseinstellung in der Fabrik des „Vereins für chemische Industrie“ zu Combach. Bezirk Mainz.

Nur ein Theil der Leute verliess die Arbeit. Der Strike verlief für die Strikenden erfolglos; die Drohung der Fabrikbesitzer, die Striker nicht wieder in Arbeit zu nehmen, genügte zur Wiederherstellung der Ordnung. Mehrere Arbeiter, deren Einfluss als ein unheilvoller betrachtet werden musste, wurden ausgeschlossen. Vgl. B. 4.

2. Arbeitseinstellung in den Etablissements der Vereinigten Oelfabriken-Aktiengesellschaft zu Breslau. Bezirk Breslau.

Dieser Strike fand im Jahre 1872 statt. Die Forderungen der strikenden Arbeiter wurden vollständig befriedigt, indem eine Lohnerhöhung von 20—25 pCt. bewilligt werden musste. Vgl. C. 8.

2a. Arbeitseinstellung in der Porzellanfabrik zu Fasolt und Eichel.

In der Grossherzoglich Weimarschen Stadt Blankenhain besteht seit 1872 ein socialdemokratischer Verein. Eine Arbeitseinstellung fand im Jahre 1864 statt, als die Arbeitgeber wegen ordnungswidrigen Betragens der Arbeiter die Löhne herabsetzten.

3. Arbeitseinstellung in der Porzellanfabrik von C. Tielsch & Co. in Altwasser. Bezirk Schweidnitz.

Im August 1869 wurde dieser Strike von den dort beschäftigten 210 Porcellandrehern begonnen und zog, mit Ausnahme der 150 Maler, die ganze Fabrikbevölkerung von 1500 Köpfen hinein. — Die Porcellandreher haben einen Verein mit Striketendenz. — Der Strike erfolgte plötzlich ohne Kündigung, aber ohne Bruch kontraktlicher Verpflichtungen. Ebensowenig hat Ordnungsstörung stattgefunden.

Grund des Strikes war hauptsächlich wohl die Erzielung höherer Akkordarbeitslöhne, und zum Ausbruch der erste beste Anlass genommen, der darin bestand, dass Porcellandreherlehrlinge vor Ablauf ihrer Lehrzeit die Arbeit eigenmächtig verlassen hatten, während die Arbeitgeber auf Beendigung der vertragsmässig festgesetzten Lehrzeit bestanden. Die Dreher bemächtigten sich dieser Angelegenheit und sprachen die kontraktbrüchigen Lehr-

linge nach ihrer Manier nicht nur frei, sondern versahen sie auch mit Wanderpapieren und Geldunterstützungen zur Reise. — Die Reklamation der Arbeitgeber, dass die Lehrlingsentlassung ein ihnen ausschliesslich zustehendes Recht sei, wurde mit Arbeitseinstellung beantwortet, und dabei auch noch eine Anzahl anderer Forderungen gestellt. — Die Arbeitgeber liessen dem Strike freien Lauf, bis die Porcellandreher die Bereitwilligkeit zur Aufnahme der Arbeit selbst beantragten, und so begann nach elfwöchentlicher Pause die Fabrik wieder ihre Thätigkeit, zuerst in einem durch die Störung veranlassten mässigen Umfange und mit Ausfall derer, deren Arbeitsplätze durch inzwischen von auswärts eingetroffenen Zuzug bereits besetzt waren. — Die gestellten Forderungen waren im Princip pure abgewiesen worden und einzelne derselben, wie die den Drehern zu ertheilende Erlaubniss, von dem mangelhaften Ausfall ihrer Arbeiten am Brennofen persönlich Einsicht nehmen zu dürfen, was früher wegen dabei stattgefundener Arbeitsstörungen verboten war, erst bewilligt, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden war.

Die Porcellanindustrie ist durch den Strike nicht in die Lage gekommen, kontraktlich übernommene Aufträge unerfüllt lassen zu müssen, da reicher Vorrath aller Artikel auf Lager war. Ein Schaden ist nur dadurch erwachsen, dass die grosse Masse anderer geschulter Hand- und Nebearbeiter, durch den Strike arbeitslos geworden, andere Arbeitsbranchen aufzusuchen genöthigt waren, von denen bei Wiederaufnahme des Betriebs Viele nicht wieder zu erlangen waren.

4. Arbeitseinstellung in der Fabrik von Laubsägen und Uhrfedern der Firma J. N. Eberle u. Comp. zu Augsburg. Bezirk Augsburg.

An dem im März 1871 stattgehabten Strike theiligten sich sämmtliche Uhrfedermacher, ca. 40 Mann. Die Striker forderten eine bedeutende Lohnerhöhung, Garantie, dass einige Persönlichkeiten, deren Engagement in Aussicht genommen war, nicht eintreten würden, und mehrere andere Punkte von untergeordneter Bedeutung. Die Arbeiter waren durch einige Schweizer, welche sich unter denselben befanden, aufgewiegelt worden. — Die Arbeitgeber bewilligten theilweise die verlangte Lohnerhöhung und wiesen den Rest der Forderungen rundweg ab. Nach 3 Tagen waren alle Arbeiter, mit Ausnahme der Verführer, welche entfernt wurden, wieder an der Arbeit.

5. Arbeitseinstellung im Möbelschreinereigewerbe zu Mainz. Bezirk Mainz.

Diesen Strike organisirte im Frühjahr 1872 die (international-sozialdemokratische) Schreiner-Union und errichtete zugleich eine Strikekasse. Ueberdies wurden in ganz Deutschland Beiträge für die Striker gesammelt. Der Strike dauerte nur sehr kurze Zeit. Die Billigkeit der aufgestellten Forderungen: 10stündige Arbeitszeit und 25% Lohnerhöhung, wurde von mehreren Arbeitgebern selbst ausdrücklich anerkannt. Da die letzteren ausserdem nicht zusammenhielten, so wurde sehr bald von dem Einen nach dem Anderen nachgegeben und die Forderung bewilligt. — Um einer alsbaldigen Wiederholung des gelungenen Versuches zu begegnen, schlossen sich die Möbelfabrikanten in einen Verein zusammen, dessen Tendenz u. A. dahin gerichtet ist, dem kontraktbrüchigen Verlassen der Arbeit vorzubeugen. Vgl. B. 4.

6. Arbeitseinstellung in der Bauer-Rehorst'schen Aktienfabrik für Möbel-, Parquet- und Bauholz-Arbeit zu Breslau. Bezirk Breslau.

Es beteiligten sich etwa 3 bis 400 Arbeiter. Der Strike fand im Juni 1872 statt und dauerte ungefähr eine Woche. Die Striker liessen ihre kontraktlichen Verpflichtungen böswillig ausser Acht. Die gestellten Forderungen der Striker wurden vollständig befriedigt, indem eine Lohnerhöhung von 20—25% bewilligt wurde. Verg. C. 8.

7. Arbeitseinstellung in der Fortepianofabrikation zu Berlin.

Es haben 4 Strikes stattgefunden, und zwar im August 1871, Juni 1872, September 1872 und März 1873. So ziemlich sämtliche Gehülfen Berlins beteiligten sich daran, und dauerte der erste Strike gegen 14 Tage, während die späteren in Folge schnellerer Nachgiebigkeit Seitens der Arbeitgeber nur von kürzerer Dauer waren. — Es besteht ein organisirter Arbeiterverein. Akkordirte angefangene Arbeiten sind von den Arbeitern verlassen. Ordnungstörungen sind nicht bekannt geworden.

In dem ersten Strike sind $16\frac{2}{3}\%$

„ „ zweiten „ „ 10 %

„ „ dritten „ „ 10 %

„ „ vierten „ „ $33\frac{1}{3}\%$

Erhöhung der Akkordtarife gefordert worden, neben Reduktion der Arbeitszeit auf 8 Stunden. Die ersten 3 Erhöhungen des Lohnes sind bewilligt; die letzte jedoch von $33\frac{1}{3}\%$ nicht. — Diese Nichtbewilligung ist erst gelungen, nachdem sich 52 Arbeitgeber, welche zusammen 1780 Arbeiter beschäftigten, zu einem Vereine organisirt hatten, als dessen Zweck durch die Statuten gemeinsames Wirken in der Arbeiterfrage hingestellt ist.

In Folge der erhöhten Arbeitslöhne hat das Geschäft sehr bedeutend gelitten, und treffen die Ordres von Amerika namentlich nicht mehr so reichlich ein, so dass der für Berlin im vorigen Jahr so lukrativ gewordene Geschäftszweig bedroht ist, ebenso schnell wieder rein auf den Lokalbedarf beschränkt zu werden.

8. Arbeitseinstellung in der „Norddeutschen Papierfabrik“ Aktien-Gesellschaft zu Cöslin. Bezirk Cöslin.

Anfang April 1873 stellten etwa 50 Fabrikarbeiter die Arbeit mit der Forderung einer Lohnerhöhung von 2 Thlr. pro Monat ein, obgleich ihnen am 1. April aus freiem Willen des Arbeitgebers eine Zulage von 2 Thlr. monatlich bereits angekündigt gewesen war, welche Erhöhung ihnen aber jetzt nicht zureichend erschien. — Die Forderung wurde nicht bewilligt, obgleich die Fabrik von den Strikern zugestellt worden war. — Nachdem einer Anzahl von ihnen der rückständige Lohn ausgezahlt, und ihnen die Lohnbücher abgenommen waren, besann sich der Rest, die Mehrzahl, erklärte sich mit dem am 1. April bewilligten Zuschlag zufrieden, und kehrte zur Arbeit zurück. Die Fabrik konnte demnach nach etwa 3 Stunden Stillstand wieder eröffnet werden. — Bald kehrten auch die bereits entlassen gewesenen Arbeiter zurück und baten um Wiederaufnahme. Sie wurden Alle bis auf Einen aufgenommen, diesem aber, welcher von den andern als der Antreiber bezeichnet wurde, die Wiederannahme verweigert. — Weiteren Nachtheil hat dieser Strike nicht zur Folge gehabt.

Die Strikenden waren monatlich angestellt und machten sich also kontraktbrüchig, und zwar mit vollem Bewusstsein, da ihnen die Bestimmung der Gewerbeordnung in Betreff 14tägiger Kündigung vorgelesen wurde.

9. Arbeitseinstellung der Portefeuille-Arbeiter zu Offenbach. Bezirk Offenbach.

An dem Strike waren ca. 700 Arbeiter beteiligt; derselbe begann Ende August 1871 und dauerte ca. 5 Wochen. Es besteht ein Verein mit dem Zwecke der Strikeorganisation, und wurde der Strike durch dessen Vorstand geleitet.

Die Arbeiter forderten: a) Lohnerhöhung von 25 % b) Reduzirung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden. c) eine Feststellung der Stückpreise in Gemeinschaft mit sämtlichen Arbeitern binnen wenigen Tagen. d) die Fabrikanten sollten ihre Arbeiter nur durch Vermittelung eines von den Arbeitern errichteten Arbeits-Nachweise-Bureaus engagiren. e) Lehrlinge sollten nur durch die Arbeiter eingestellt und bezahlt werden, ohne jede Beteiligung der Fabrikanten. — Der Strike begann, nachdem der Verein der Portefeuillearbeiter die obigen Forderungen, jedoch ohne Erfolg, gestellt hatte, durch Arbeitsniederlegung bei 5 Fabrikanten, worunter 2 zu den bedeutenderen der Branche zählen. — Sämtliche Portefeuille-Fabrikanten traten hierauf zusammen und machten den Arbeitern zur Verständigung das Anerbieten von Conzessionen, stellten jedoch zugleich die Bedingung der Wiederaufnahme der Arbeit bei oben erwähnten 5 Fabrikanten. — Die Conzessionen wurden Seitens des Arbeiter-Vereins zurückgewiesen ebenso das Aufhören des erwähnten Strikes, und erfolgte in Folge dessen der Schluss der übrigen Fabriken.

Die vereinigten Fabrikanten offerirten nunmehr eine Lohnerhöhung von ca. 15 %, Reduktion der Arbeitszeit auf 60 effektive Arbeitsstunden per Woche, und eine möglichst rasche Verständigung betreffs der Stückpreise zwischen dem Arbeitgeber einerseits und Delegirten seiner Arbeiter andererseits. Forderung d. wurde abgelehnt, ad e. sollte die Einstellung der Lehrlinge durch die Arbeiter gestattet werden, jedoch nur mit jedesmaliger Bewilligung seitens des Fabrikanten und unter dessen Aufsicht. — Die Konzessionen wurden nach mehrfachen Verhandlungen von den Arbeitern acceptirt und die Arbeit wieder aufgenommen. Ausserdem wurde die Errichtung eines ständigen Schiedsgerichts, aus Delegirten beider Theile und Beisitzern bestehend, vereinbart, welches die noch schwebenden Fragen erledigen sollte und auftauchende Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern zu schlichten hat. Es ist dieses Schiedsgericht seitdem in Funktion.

Uebernommene Aufträge blieben unerfüllt, und ertheilte Aufträge mussten abgelehnt werden. Vrgl. B. 3.

10. Arbeitseinstellung in einer Lederfabrik zu Mainz. Bezirk Mainz.

Dieser Strike, welcher im Frühjahr 1872 stattfand, hatte insofern einen böartigen Charakter, als hier zuerst in Mainz der Versuch gemacht wurde, diejenigen Leute, welche arbeiten wollten, durch Ueberredung oder selbst gewaltsam am Betreten der Fabrikräume zu hindern. Es soll bei einer Wirthshausversammlung, welche dem Ausbruche vorausging, seitens aller Anwesenden eine förmliche feierliche Verpflichtung eingegangen worden sein. — Die

Striker forderten: 25 % Lohnerhöhung, 10-stündige Arbeitszeit, Auslieferung der Fabrikkrankenkasse an die Arbeiter und Nichtbestrafung der Anstifter. — Nur letzteres wurde von dem Arbeitgeber zugesagt, betreffs der Lohnerhöhung wolle er nach Wiederaufnahme der Arbeit mit jedem einzelnen verhandeln. — Nachdem einige polizeiliche Vorkehrungen zum Schutze der Arbeitenden — deren Zahl anfangs nur klein war, dann aber immer mehr anwuchs — getroffen waren, legte sich die Aufregung schnell und nach Verlauf weniger Tage war alles wieder im gewohnten Geleise. — Seitdem haben Lohnaufbesserungen, wenn auch nicht ganz in der geforderten Höhe stattgefunden. Die Anstifter des Strikes haben es vorgezogen, freiwillig das Geschäft zu verlassen. Vgl. B. 4.

11. Arbeitseinstellung in der Schuhwaaren-Industrie zu Mainz. Bezirk Mainz.

Im November 1871 war die „Schuhmacher-Union“ gegründet worden, konnte es jedoch anfangs zu keiner grossen Ausbreitung bringen. Den Anlass zu dem im Mai 1872 ausbrechenden Strike gab die Einführung der Maschinenarbeit in den beiden grösseren Schuhfabriken und die damit naturgemäss verbundene theilweise Aenderung der Lohnsätze. Seitens der „Union“ wurde nun 20% Lohnerhöhung gefordert, und wurde auch auf diejenigen Arbeiter, welche der „Union“ nicht angehörten, durch Drohungen etc. ein solcher Druck geübt, dass fast alle sich am Strike beteiligten. Derselbe dauerte ca. 4 Wochen und endigte damit, dass 15 % bewilligt und eine weitere Erhöhung, je nach dem Gange des Geschäfts, in Aussicht gestellt wurde.

Diese Lohnerhöhung hatte indessen ziemlich bedenkliche Folgen, die Steigerung der Schuhwaarenpreise, zu welcher sich die Fabrikanten jetzt ihrerseits genöthigt sahen, bedrohte die bisherigen (zum Theil überseeischen) Absatzquellen in fühlbarster Weise, und es musste ernstlich nach neuen Absatzgelegenheiten gesucht werden, wenn das Geschäft nicht stocken sollte. Solche Gelegenheiten fanden sich auch, jedoch nur für geringere, leichter herzustellende Waare.

Kaum war aber bei der grössten der hiesigen Schuhfabriken (Simon Wolf) diese Arbeit in Aufnahme gebracht worden, so erschien eine Deputation der „Schuhmacher-Union“, um dieselbe zu verbieten, damit sie nicht schliesslich auf sämtliche Arbeiter ausgedehnt werde. Einstweilen gelang es noch, sich zu verständigen.

Als aber, nachdem durch Anschaffung weiterer Maschinen es möglich geworden war, den Arbeitern den vierten bis fünften Theil der ganzen Arbeit zu ersparen, ein geringer Abzug hierfür gemacht werden sollte, brach im Februar 1873 in der genannten Fabrik der Strike wieder aus. Anfangs beteiligten sich nur verhältnissmässig wenige, allmählig aber stieg die Zahl der Striker bis auf $\frac{4}{5}$ der (ca. 300) Arbeiter. Der Kampf dauerte 6 Wochen und endigte damit, dass der Arbeitgeber sich im wesentlichen nachzugeben gezwungen sah.

Eine Fortdauer der sozial-demokratischen Agitation könnte die Schuhfabrikation in eine ernstlich bedrohte Lage versetzen. Vgl. B. 4.

11a. Arbeitseinstellung von Schuhmachern in Stuttgart.

Im September 1872 stellten 150 Schumacher 5 Wochen

lang die Arbeit ein und forderten 25 pCt. Lohnerhöhung, wovon 15 pCt. bewilligt wurden. Eine Anzahl von Arbeitern wurde auf Grund von §. 153 der Gewerbeordnung bestraft. Es lagen socialdemokratische Agitationen zu Grunde.

12. Arbeitseinstellung in der Gerberei einer Handschuhfabrik zu Altenburg. Bezirk Altenburg.

An dem Strike nahmen ca. 50 Gerber Theil, und dauerte derselbe 24 Stunden. Der Verein der deutschen Handschuhmacher, welcher seinen Sitz in Altenburg hat, verfolgt Strikezwecke. — Die auf Lohnerhöhung gerichtete Forderung der Striker wurde theilweise bewilligt. Vgl. E. 10.

13. Arbeitseinstellung in einer Hutfabrik zu Altenburg. Bezirk Altenburg.

Der Strike, an dem ca. 30 Arbeiterinnen beteiligt waren, dauerte nur einige Stunden. — Der Centralverein der deutschen Hutmacher hat Striketendenz und zählt unter den Arbeitern im Bezirk Altenburg Mitglieder. — Die auf Lohnerhöhung gerichtete Forderung der Strikenden wurde voll bewilligt. Vgl. E. 10.

Ausser den ad E. 10., F. 12. und F. 13. erwähnten Vereinen, zählt auch der Sächsisch-Thüringische Verein der Buchdrucker unter den Arbeitern im Bezirk Altenburg Mitglieder.

14. Arbeitseinstellung von Hutmachern in München. Bezirk München.

Es fand ein 7-wöchentlicher Strike von 40 Gehülfen statt, für dessen Inszenirung der Centralverein der Hutmacher für ganz Deutschland sorgte. Der Strike war weder von Kontraktbruch noch von Ordnungsstörungen begleitet. — Die Statuten des genannten Vereins vom 1. Januar 1872 verlangen, zu bestimmen, wie viel Lehrlinge in jeder Fabrik sein dürfen, welcher Lohn bezahlt wird, endlich die Fabrikordnung festsetzen und die Arbeiter selbst aufnehmen zu dürfen. — Die süddeutschen Hutfabrikanten setzten Massenkündigung entgegen. Der Erfolg war, dass die beanstandeten Paragraphen geändert und sodann der Centralverein anerkannt wurde. — Während der ganzen Dauer des Strikes konnten vorhandene Aufträge nicht ausgeführt, neue nicht angenommen werden, und da die Arbeitseinstellung in die Hauptsaison (vor Ostern) fiel, war ein bedeutender Schaden unvermeidlich.

15. Arbeitseinstellung der Hutmacher in Kehl. Grossherzogthum Baden.

Der Strike fand im Jahre 1871/72 statt und dauerte 6 Tage; beteiligt waren daran 40 Mann. — Die Striker forderten Unterwerfung unter das Statut des Deutschen Hutmacherverbandes in Leipzig. Dies wurde verweigert, und dagegen eine Vereinigung der Deutschen Hutfabrikanten gebildet.

16. Arbeitseinstellung der Hutmacher in Lahr. Grossherzogthum Baden.

An dem im Jahre 1871/72 stattgehabten Strike beteiligten sich 40 Hutmacher; derselbe dauerte 70 Tage. — Forderung der Striker siehe F. 15.

17. Arbeitseinstellung der Hutmacher in Offenburg. Grossherzogthum Baden.

Es waren an diesem Strike, welcher im Jahre 1871/72 stattfand, 80 Hutmacher betheiligt und erreichte derselbe eine Dauer von 100 Tagen. — Forderungen der Striker s. F. 15.

Ad. 15, 16 und 17. Filialen des Deutschen Hutmachervereins, welcher Striketendenz hat, bestehen innerhalb des Grossherzogthums Baden zu Freiburg, Lahr, Offenburg und Kehl. — Die Kündigung wurde sowohl bei den in Rede stehenden Strikes, wie überhaupt bei dem grössten Theile der im Grossherzogthum stattgehabten, nicht eingehalten. — Den Hutfabrikanten, welche fast alle ihre gelernten Hutmacher entliessen und sich ein neues Handwerkerpersonal aus der Bevölkerung der Nachbarschaft nachzogen, erwuchs dadurch grosser Schaden. Eine Fabrik in Offenburg berechnet ihren Verlust, abgesehen von dem durch die Minderleistung des neuen Personals noch für längere Zeit erwachsenden Ausfall, auf 8000 fl.

18. Arbeitseinstellung in der Schuchard'schen Hutfabrik zu Darmstadt. Bezirk Darmstadt.

In diesem Etablissement war eine grosse Unordnung unter den Arbeitern eingerissen, indem sie kamen und gingen, grade wie es in ihrer Laune lag. Es wurden deshalb strengere Controlmassregeln angeordnet. Diese Neuerung gab Anlass zur Unzufriedenheit, und als seitens der Arbeitgeber grosse Festigkeit gezeigt wurde, verliessen sofort 28 Mann die Arbeit, angeblich weil sie in der neuen Ordnung eine Verletzung der Menschenrechte erblicken müssten. Alle 28 Mann gehörten einer Branche an, und hätte der Strike insofern eine erhebliche Stockung im Geschäftsbetrieb verursachen können. Nach 14tägiger Standhaftigkeit der Geschäftsinhaber kamen die Striker alle von selbst bis auf 5 wieder, die ohnedies nicht wieder zur Arbeit angenommen worden wären. — Aus dem Strike resultirte kein besonderer Nachtheil, im Gegentheil war derselbe insofern von grossem Nutzen, als: 1) das Fabrikpersonal von aufhetzenden Elementen geläutert wurde, 2) die Arbeit nunmehr in weit grösserer Regelmässigkeit gepflegt wird, 3) die Noth auf Anschaffung und Construction neuer Maschinen drängte, welche viele theuer bezahlten Hände leicht entbehrlich, sogar rein überflüssig machten.

Ordnungsstörung kam nicht vor. Von Vereinen mit ausgesprochenem Strikezweck ist nichts bekannt.

19. Arbeitseinstellung der Hutmacher zu Offenburg. Bezirk Offenburg.

Der Strike umfasste ca. 100 Arbeiter, beschäftigt in den 2 hiesigen Fabriken. Er begann Ende December 1871 und hatte eine Dauer von 3 Monaten. Von dem Verein Deutscher Hutmacher, dessen Centralsitz in Leipzig ist, wurde der Strike, welcher sich über einen grossen Theil Deutschlands erstreckte, geleitet. Hier hat der Verein gegenwärtig nur noch wenige Mitglieder.

Der Strike wurde veranlasst durch die Constituirung des erwähnten Vereins, dessen Statuten Punkte enthielten, deren Durchführung die Autorität der Fabrikanten in ihren eigenen Fabriken gänzlich untergraben haben würde. — Die grösseren Fabrikanten Süddeutschlands vereinigten sich zu gemeinsamem Handeln. Man erklärte den Arbeitern, dass man fortan nur solche Arbeiter, die nicht zu

dem Vereine gehörten, beschäftigen würde, und forderte sie auf, auszutreten. Die Arbeiter weigerten sich und stellten die Arbeit ein. — Seitens der Arbeitgeber wurde durchaus nicht nachgegeben. Nach und nach kehrten die früheren Arbeiter zurück und wurden angenommen, nachdem sie einen Revers unterschrieben, dass sie mehrerwähntem Vereine oder einem ähnlichen nicht angehörten, noch angehören würden.

In bedeutendem Umfange mussten Aufträge zurückgewiesen werden oder unausgeführt bleiben, da die Fabrikation während 3 Monaten in bester Saison beinahe vollständig stockte. Der Markt wurde inzwischen mit ausländischen Waaren überschwemmt, die sich dadurch mehr oder weniger dauernd einbürgerten. Vgl. B. 3.

20. Arbeitseinstellung der Hutmacher zu Hanau. Bezirk Hanau.

Der Strike, an dem etwa 20 Mann betheiligt waren, dauerte mehrere Wochen. Einzelne Arbeiter kamen schon nach kürzerer Zeit, die Mehrzahl nach 4—5 Wochen zurück. Die strengsten Anhänger des sogen. Centralvereins nehmen aber noch heute keine Arbeit. Weder Contraktbruch noch Ordnungsstörung ist zu notiren. — Die Forderung der Striker bestand in der Anerkennung des Centralvereins der Hutmacher, dessen Leiter nach dem entworfenen Statut die massgebende Stimme in sämtlichen Deutschen Hutfabriken gehabt haben würden. — Hier, wie in den meisten Süddeutschen Hutfabriken, wurde gleichzeitig am 30. December 1871 allen Arbeitern gekündigt, welche dem am 1. Januar 1872 in's Leben tretenden Centralverein angehören würden. Da jetzt keiner der hiesigen Arbeiter dem Vereine angehört, so war der Erfolg vollständig auf Seite des Arbeitgebers. — In der ersten Zeit übte der Strike Einfluss auf die Ausführung der Aufträge aus, doch ist eigentlicher Schaden nicht zu beklagen, da durch Annahme von Lehrlingen, später durch Rückkehr vom Centralverein ausgetretener Gesellen ein stärkerer Arbeiterstand erwachsen ist als vorher, und dazu eine strengere Handhabung der Fabrikordnung eingetreten ist.

21. Arbeitseinstellung in der Hutfabrik von M. J. Cahn Söhne zu Cöln. Bezirk Cöln.

Sämmtliche gelernte Hutmacher des Etablissements hatten sich dem zu Leipzig im August 1871 begründeten sogen. Centralverein der Deutschen Hutmachergesellen angeschlossen. In Folge Vereinbarung der bedeutenderen Hutfabrikanten Deutschlands (s. F. 14. 19. 20) wurde gegen Mitte Januar 1872 den am Centralverein festhaltenden Arbeitern, ca. 48 Mann, gekündigt. — Arbeitgeber ging nun zur Anschaffung neu erfundener, einen grossen Theil der Arbeiter ersetzenden Maschinen über. Inzwischen fanden es einige der Striker in ihrem Interesse, aus dem Centralverein zu treten, um wieder Aufnahme in dem Etablissement zu finden, die andern verliessen den Ort.

Der aus dem Strike erwachsene Schaden war ein nicht unerheblicher. Arbeitgeber musste den weitaus grösseren Theil der vor dem Ausbruche des Strikes eingegangenen und mit der Verpflichtung einer festgestellten Lieferfrist übernommenen Aufträge fahren lassen. Verschiedene Auftragertheiler liessen jedoch, in Anbetracht der durch den allgemeinen Strike dem ganzen Industriezweige bereiteten kritischen Lage, dem Etablissement die ertheilten Aufträge in Hand.

22. Arbeitseinstellung der Hutmacher in Stuttgart.

In der Fabrik von Mayser und Sohn stellten am 2. Januar 1872 86 Arbeiter die Arbeit ein, um Anerkennung der vom Leipziger Generalrath ausgearbeiteten Statuten durchzusetzen. Sie liessen diese Forderung später fallen.

G. Buchdruckereien.

1. Arbeitseinstellung der Buchdrucker zu Leipzig.

Im Buchdruckergewerbe fand ein zweimaliger Strike statt: in den Jahren 1865 und 1873. Im Jahre 1865 waren von etwa 800 Gehilfen 600 und zwar fast ausschliesslich Setzer, an dem Strike betheiligt. Durch das Bleiben der Drucker kam es, dass die Prinzipale nicht wesentlich in Verlegenheit gesetzt wurden, da jene mit dem Druck von Plattenwerken beschäftigt werden konnten. Für 1873 lässt sich die Zahl schwer bestimmen, dieselbe wird auf ungefähr 800 berechnet. Im Laufe des letzteren Strikes mögen aber etwa 100 Gehilfen nach Leipzig zugewandert sein. Alles in Allem waren die Druckkräfte damals ungefähr auf die Hälfte reducirt. — Der Strike von 1865 dauerte vom 3. April bis 9. Juni = 9 Wochen, der Strike von 1873 vom 3. Februar bis 13. Mai = 14 Wochen.

Der Buchdruckerverband, 1865 begründet und nach dem Vorbilde der englischen Gewerkvereine eingerichtet, mit einer Mitgliederzahl von circa 7000 (Zählung vom Februar 1873) hat zwar die Organisation von Strikes nicht zum Zwecke, sondern betrachtet sie nur als Mittel zur Verbesserung der Lage der Gehilfen. Dass er aber dieses Mittel nicht als ein bloss im äussersten Nothfalle anzuwendendes behandelt, zeigt sein Verfahren bei dem gegenwärtigen Strike und insbesondere die am 21. Januar 1873 an die einzelnen Prinzipale gestellte Forderung, sich bis zum 23. desselben Monats über Annahme des ihnen vorgelegten complicirten Entwurfs eines ganz neuen Tarifs zu erklären — eine Forderung, deren Unerfüllbarkeit auf der Hand lag. — Von Contraktbrüchen ist 1865 nichts bekannt geworden, für 1873 sind hier 22 Fälle konstatiert, und zwar vorzugsweise von Maschinenmeistern, für welche eine 4wöchentliche Kündigungsfrist üblich ist. — Ordnungsstörungen kamen nicht vor.

1865 ging die Forderung der Striker auf Erhöhung des Lohnes für die normale Maasseinheit von „1000 n“ von 25 sächsischen Pfennigen auf 30 Pfennige, also um 20 %. Die Prinzipale boten eine Erhöhung auf 27 Pfennige an, welche jedoch ausgeschlagen wurde. Nach vielfachen vergeblichen Versuchen einigten sich schliesslich beide Theile auf 28 Pfennige. Als Verein der Prinzipale bestand damals hier nur die Buchdruckergenossenschaft. Einzelne Prinzipale gingen der Arbeitseinstellung aus dem Wege, indem sie sich sofort zur Nachzahlung der eventuellen Differenz verpflichteten. — Von Johannis 1870 ab wurde nach gütlicher Vereinbarung der Normalsatz auf 30 Pfennige erhöht und vom 1. December 1871 ab ein Ortszuschlag von $16\frac{2}{3}\%$ verwilligt. Bei Ausbruch des Ausstandes von 1873 war hiernach der Lohn um 40 % höher, als vor dem Ausstande von 1865. Im Sommer 1872 hatte, gegenüber der Agitation für den unten noch zu erwähnenden sogen. Alphabet-Tarif, der inzwischen begründete Deutsche (Arbeitgeber-) Buchdrucker-Verein die Niedersetzung einer aus je einer gleichen Anzahl von Prinzipalen und Gehilfen bestehenden Tarifkommission angeboten; dieser Plan war

jedoch daran gescheitert, dass der Verband den Anspruch erhob, die Gesamtheit der Gehilfen allein zu vertreten, was von Seiten der Prinzipale nicht anerkannt wurde. Letztere hatten darauf selbstständig eine Kommission zur Ausarbeitung eines Tarifs bestellt, welcher der für den 10. Mai 1873 nach Leipzig ausgeschriebenen Generalversammlung des Buchdruckervereins vorgelegt werden sollte.

Im Januar 1873 stellte nun, bevor noch die eben erwähnte Kommission ihre Arbeiten vollendet hatte, der Gehilfenverband seinerseits einen Tarif auf. Derselbe enthält zunächst die Forderung der sogen. Alphabetrechnung. Der Normalpreis für diese Einheit, von welchem alle anderen Positionen durch procentuale Berechnung abgeleitet werden sollten, war in dem Tarif-Entwurfe offen gelassen, doch war ausgesprochenermaassen der Satz von 30 Pfennigen Reichsmünze gemeint, und es sollte derselbe (vorbehaltlich der Ortszuschläge) für ganz Deutschland gelten. Die Erhöhung, welche sich hieraus ergibt, wird je nach den verschiedenen Schriftgattungen auf $16\frac{2}{3}\%$ bis 22% angegeben. Durch verschiedene Detailbestimmungen stellt sich aber die Vertheuerung für complicirteren Satz mit Ziffern und dergleichen, noch ganz bedeutend höher, ja unter Umständen sogar auf 100% und mehr. Eine weitere Forderung bestand in der Fixirung eines Minimums für das „gewisse Geld“ bei Arbeiten, die sich für Akkord nicht eignen, auf $6\frac{3}{5}$ Thlr. wöchentlich, ausschliesslich Ortszuschlags. — Diese beiden Forderungen sind, letztere mit der Modification, dass das Minimum $19\frac{1}{2}$ Reichsmark beträgt, genehmigt worden, ebenso die Erhöhung der Vergütung für Ueberzeit und die meisten Specialbestimmungen des Verbands-Entwurfs.

Die Principale setzten nämlich zwar anfangs den Forderungen die Massregel einer Kündigung gegen sämtliche Verbandsmitglieder entgegen, die in Leipzig (die Gesamtzahl der Druckereien beträgt 51; hiervon kündigten 46, nur 5 Etablissements gaben den Forderungen des Verbandes von vornherein nach) streng durchgeführt wurde und in Folge deren etwa 100 Mitglieder des Verbandes aus diesem austraten. Da aber an anderen Orten die Principale, namentlich die Verleger grösserer politischer Zeitungen, von der Vereinbarung zurücktraten, so wurde die Position der Principale überhaupt unhaltbar. Nicht einmal die Wiederaufnahme der Arbeit beim Zusammentritt der beiderseits erwählten Tarifkommission, welche vom 1. bis 5. Mai in Leipzig berieth, konnten sie erlangen. — Der hiesige Ortszuschlag wurde beibehalten mit der kleinen Modification, dass das Minimum des „gewissen Geldes“ $7\frac{1}{2}$ Thlr. beträgt. Im Ganzen wird die Erhöhung, welche der neue Tarif gegenüber dem bis 1865 in Geltung gewesenen bringt, auf etwa 75% zu veranschlagen sein.

Zugleich ist die Errichtung eines aus Delegirten der Principale und der Gehilfen in ganz Deutschland zusammengesetzten Einigungsamtes und lokaler Schiedsgerichte vereinbart worden.

Dass die Arbeitgeber durch die beiden Strikes mehrfach in die Lage gekommen sind, übernommene Aufträge unerfüllt lassen und neue Aufträge ablehnen zu müssen, steht ausser Zweifel. — Hinsichtlich ihrer sonstigen Einwirkungen sind die beiden Strikes insofern wesentlich verschieden, als der von 1865 lokaler Natur war, während der von 1873 sich über ganz Deutschland verbreitete. Damals haben sich manche Unternehmungen von Leipzig weggewendet, jetzt dürften vorzugsweise die kleineren Druckorte unter der Generalisirung des Tarifs zu leiden haben, ungeachtet der Lokalszuschläge in grösseren Städten.

Von namhaften Sachverständigen wird aber eine allgemeine ungünstige Einwirkung auf den Verlag wissenschaftlicher Werke befürchtet. Andererseits wird der hohe Lohn viele neue Kräfte anlocken.

2. Arbeitseinstellung der Buchdrucker zu München. Bezirk München.

Die hiesigen Buchdrucker haben schon mehrfach ihre Arbeit eingestellt. Die gegenwärtige Arbeitssperre (s. G. 1) betrifft 138 Setzer, 12 Maschinenmeister und 4 Drucker. Der Verband der Gehilfen (Präsidium in Leipzig) verfolgt socialdemokratische Tendenzen und sind die Mitglieder desselben zur Durchführung gefasster Beschlüsse gebunden, insbesondere zur Arbeitseinstellung auf ergangene Ordre. Die Arbeitssperre war weder von Kontraktbrüchen noch von Ruhestörungen begleitet.

Für übernommene Aufträge musste ein hinausgerückter Termin nachgesucht, sowie auch solche abgelehnt werden. In Folge der eingetretenen Störung suchten und erreichten viele Aufträge ihre Verfielfältigung auf anderem graphischem Wege. Weitere Details s. G. 1.

3. Arbeitseinstellung im Buchdruckergewerbe zu Carlsruhe. Bezirk Carlsruhe.

In Folge der jüngst vorgekommenen Differenzen (s. G. 1.) wurde ca. 20 dem Gehilfenverbände angehörigen Arbeitern gekündigt. (Die Gesamtzahl der hier beschäftigten Gehilfen beträgt ca. 150). Zu einem weiteren Strike kam es nicht, da die hiesigen Principale sich schon seit länger als 2 Jahren über mehrmals erhöhte Lohnsätze verständigt hatten. Die nach und nach seit 1869 eingetretenen Lohnerhöhungen sind auf 50 bis 60% anzuschlagen. In Folge der Kündigungen der Verbandsgehilfen trat ein fühlbarer Mangel an Setzern ein, wodurch die Ausführung mancher Arbeiten unterbrochen oder verschoben werden musste.

4. Arbeitseinstellung der Buchdrucker in Hanau. Bezirk Hanau.

Zur Zeit der Abfassung des Berichts der Handelskammer noch schwebend.

5. Arbeitseinstellungen in den Buchdruckereien zu Hannover. Bezirk Hannover.

Im letzten Viertel des Jahres 1872 bis in den Monat Mai 1873 fanden Strikes in grösserem und geringerem Umfange statt. Der grösste fiel in das Jahr 1873, wo während mehrerer Wochen vielleicht $\frac{9}{10}$ der sämtlichen in den hiesigen Officinen beschäftigten Setzer etc. gefeiert haben. — Dieselben haben in und seit vorigem Jahre Lohnerhöhungen durchgesetzt, welche sich auf 25 bis 40%, ja 50% bei Zeitungssatz belaufen. — Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. — Die Bestrebungen der Arbeitgeber, in geschlossener Vereinigung den Forderungen der Gehilfen entgegenzutreten, sind erfolglos geblieben. — Der Preis der Drucksachen ist ausserordentlich gestiegen, und wird aus den Kreisen des Verlagsbuchhandels über die ausserordentlichen Schwierigkeiten geklagt, welche dadurch besonders für solche Verlagsartikel erwachsen, bei denen, wie z. B. Schulbücher, für den Calkul der Kosten des Unternehmens ein Minimum veranschlagt worden war.

6. Arbeitseinstellung in den Buchdruckereien zu Berlin.

Es haben nur partielle Strikes stattgefunden, d. h. heute in diesem, morgen in jenem Etablissement, und mussten die gestellten Forderungen immer bewilligt werden. — Alle Strikes waren mit Kontraktbruch verbunden, weil die 14 tägige Kündigung, die hier durchweg gilt, nie ingehalten wurde. — Die Zeitungs-Verleger und Drucker haben am 13. Januar 1873 einen Vertrag zum gegenseitigen Schutze abgeschlossen. — Bis zu der Zeit, wo die Arbeitseinstellung resp. die Entlassung der Verbandsetzer in Leipzig stattgefunden, sind viele und bedeutende Druckarbeiten nach Leipzig gegangen, weil durch die bedeutende Preisdifferenz derselben hier gegen dort letzteres vorgezogen wurde; jetzt wo die dort erhöhten Löhne den Unterschied ausgleichen, dürfte eine Befürchtung dieser Art nicht mehr Platz greifen.

7. Arbeitseinstellung der Buchdrucker zu Breslau. Bezirk Breslau.

Der Strike, an dem etwa 250 Gehilfen, d. h. mindestens $\frac{9}{10}$ der Gesamtzahl aller hier konditionirenden, beteiligt waren, dauerte von Anfang März bis Anfang April 1873. Er kam dadurch zum Ausbruch, dass die Principale Sistirung der regelmässig an die Leipziger strikenden Collegen abgehenden Unterstützung forderten und andernfalls eine Massenkündigung in Aussicht stellten. — Die Striker liessen ihre kontraktlichen Verpflichtungen böswillig ausser Acht. — Dieselben forderten Zurücknahme der in Aussicht gestellten Kündigung, also direkte Anerkennung der regelmässigen Subvention für den Leipziger Buchdruckerstrike seitens der hiesigen Principale. — Die Striker wurden zum Nachgeben gezwungen und nahmen die Arbeit wieder auf, indem sie die 4 Wochen früher hartnäckig geweigerte Erklärung abgaben, ferner keine Unterstützungen an die feiernden Collegen in Leipzig absenden zu wollen. — Die Buchdruckereibesitzer mussten im März fast alle Accidenzaufträge einfach ablehnen und konnten statt der hier erscheinenden 6 grösseren Blätter täglich nur eins (eine sogen. „Normalzeitung“) herstellen. Vgl. C. 8.

8. Arbeitseinstellung in Buchdruckereien zu Posen. Bezirk Posen.

Der Strike betraf die Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co. und die Druckerei von Louis Merzbach. Dieselben gehören dem Deutschen Buchdruckervereine an und waren demnach gezwungen, in den zu Leipzig ausgebrochenen Streit (s. G. 1) einzutreten. In Folge dessen wurde am 8. März 1873 bei Decker 24 Setzern und bei Merzbach 15 Setzern, welche dem Gehilfenverbände angehörten, gekündigt. Da dieselben nicht geneigt waren, aus dem Verbands auszuscheiden, so legten sie am 22. März die Arbeit nieder. Es verblieben in beiden Officinen nur je 5 Setzer, welche, als Polen, ausserhalb des Deutschen Setzerverbandes stehen. Indessen waren diese der deutschen Sprache insoweit mächtig, dass sie, zusammengethan, die von Decker verlegte Posener Zeitung und die von Merzbach verlegte Ostdeutsche Zeitung gemeinsam als sogen. „Normalzeitung“ zu setzen und zu drucken vermochten. Letztere erschien vom 24. März bis 20. April 1873. Nebenher ist die Druck-Industrie Posens selbst direkt geschädigt worden dadurch, dass wegen Mangels an Arbeitskräften in jener Zeit eine Reihe von Druckwerken nach anderen Orten abgegeben

werden mussten. Die aus diesen Verhältnissen den beiden Druckereien erwachsenen sofortigen pekuniären Schäden werden auf mehrere tausend Thaler geschätzt. — Am 21. April wurde in beiden Druckereien der neue Tarif eingeführt, welcher ihnen eine dauernde Mehrausgabe an Setzer- und Druckerlöhnen von über 25 pCt. obligatorisch auferlegte. — An dem zuletzt gedachten Tage traten 16 der früheren Setzer wieder in die Decker'sche Druckerei ein; die übrigen waren nach auswärts verzogen. Die Merzbach'sche Druckerei nahm keinen der früheren Setzer wieder auf, rekrutierte vielmehr ihren Bedarf aus Nichtverbandsetzern. — Einige kleine Reibereien abgerechnet, sind keine Ordnungsstörungen vorgekommen. Die Mehrzahl der Arbeiter hat die 14tägige Kündigungsfrist innegehalten; nur 3 von ihnen missachteten dieselbe. Sie gehörten sämtlich dem hierorts als Zweigverein des Leipziger Setzerverbandes bestehenden „Gutenberg-Verein“ an.

Arbeitseinstellung der Setzer in Stuttgart.

Im Frühjahr 1872 stellten 300 Setzer und Drucker die Arbeit ein, während etwa 60 fortarbeiteten. Mehrere der Strikenden wurden wegen Ehrverletzung verurteilt. Eine Coalition der Arbeitgeber setzte durch theilweise Zugeständnisse die Wiederaufnahme der Arbeit durch.

II. Handwerksmässig betriebene Gewerbe.

A. Baugewerbe.

a. Zimmerer und Maurer.

1. Arbeitseinstellung der Zimmerer zu München. Bezirk München.

Im Zimmergewerbe kamen ca. 4 Strikes kleinerer Art vor, an denen im Ganzen 105 Personen beteiligt waren, so dass während ca. 2 Wochen die Striker durch andere Arbeiter ersetzt werden mussten. Für Strikezwecke besteht hier der sogen. Fachverein der Zimmergesellen. Die Kontrakte der Arbeitnehmer wurden gebrochen, Beschimpfungen und Drohungen waren häufig. — Die Forderungen bezweckten Lohnerhöhung und Abkürzung der Arbeitszeit. Als Gegenmittel schlossen die Arbeitgeber strenge Verträge unter sich ab, in Folge deren jeder Arbeitgeber seinen Arbeitern das Gleiche bewilligte. Das Resultat war, dass zwar nicht, wie verlangt, jeder Arbeiter ohne Unterschied seiner Leistungsfähigkeit gleich gelohnt, sondern dass eine Lohnerhöhung überhaupt zu ca. 30 pCt. eintrat und täglich zweimal $\frac{1}{4}$ stündige (statt der halbstündig verlangten) Brotpause bewilligt wurde. Zu bemerken ist noch, dass der Fachverein direkte Stipulation der Arbeitgeber mit sich selbst verlangte, welche Anforderung indess abgelehnt wurde. — Die Folge des Strikes war, dass die übernommenen Arbeiten nicht vollendet werden konnten. Ertheilte Aufträge mussten abgelehnt werden. Der Schaden für die Arbeitgeber ist ein doppelter: 1) die Verluste für die Akkordbauten, denen niedrigere Lohnsätze zur Grundlage dienten, 2) die mit der Lohnerhöhung in gleichem Verhältnisse stehende Abnahme qualitativer und quantitativer Arbeitsleistung.

2. Arbeitseinstellung der Maurer zu München. Bezirk München.

Im Mai 1872 forderte der hiesige Fachverein der Maurer die Arbeitgeber zur Anerkennung eines Minimallohnes von 1 Thlr. und Ruhebrodzeit von 20 Minuten Vor- und Nachmittags auf, unter Androhung, im Ablehnungsfalle nach 8 Tagen die Arbeit einzustellen. In der That wurde auch diesem Vorgehen durch Inszenirung eines partiellen Strikes bei einem Baumeister — ca. 40 Mann —, später durch einfaches Verlassen des Bauplatzes eines anderen hiesigen Baumeisters Nachdruck gegeben. Dabei blieb es ca. 14 Tage. In der Lohnfrage einigte man sich dahin, dass 3 Klassen angenommen wurden zu fl. 1. 48 Kr., 1. 42, 1. 36, als Ruhebrodzeit wurde ein Zeitraum von 15 statt 20 Minuten für genügend erachtet. — Kontraktbruch war nicht möglich, weil die betreffenden Arbeiter von Tag zu Tag angenommen waren. Ordnungsstörung war nur einmal fremden Maurern gegenüber zu beklagen. — Angesichts des Strikes sind die Unternehmer zurückhaltender geworden und haben Aufträge zurückgegeben.

3. Arbeitseinstellung von Zimmergesellen zu Freiburg. Grossherzogthum Baden.

Der Strike fand im Jahre 1869 statt und dauerte 14 Tage; es waren daran 60 Arbeiter betheiligt. Der geforderten Lohnerhöhung um 20% wurde entsprochen.

4. Arbeitseinstellung von Zimmergesellen in Carlsruhe. Bezirk Carlsruhe.

Im Zimmergewerbe verabredeten die darin beschäftigten ca. 200 Arbeiter im April 1873 unter sich, Abkürzung der Arbeitszeit um 1 Stunde zu fordern. Diese wurde hauptsächlich deshalb, weil eine Verständigung mit den Meistern gar nicht versucht wurde, von diesen verweigert, worauf für die Dauer von 8 Tagen ein Strike von 160 Mann eintrat. Nach Verlauf dieser Zeit fanden sich etwa $\frac{2}{3}$ der Striker auf den Arbeitsplätzen wieder ein, und sind gegenwärtig zwischen beiden Theilen Unterhandlungen im Gange, um der an sich nicht unbescheidenen Anforderung in einer jeden befriedigenden Weise gerecht zu werden. Ein Nachtheil für die Arbeitgeber ist nicht zu konstatiren.

In Carlsruhe besteht ein allgemeiner deutscher Arbeiterverein (Richtung des „Neuen Sozialdemokraten“). — Die im Bezirk vorgekommenen Strikes waren vielseitig von dem Bruch kontraktlicher Verpflichtungen, sofern orts- oder geschäftsübliche Kündigungszeit als solche betrachtet wird, begleitet. — Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen. — Schaden erwuchs bei allen Strikes mehr oder weniger, da die Wettbewerbung jederzeit bereit ist, Aufträge, welche an einem Platze abgelehnt werden müssen oder nicht rechtzeitig ausgeführt werden können, an einem andern zu übernehmen.

5. Arbeitseinstellung bei den Bauhandwerkern zu Worms. Bezirk Worms.

Arbeitervereine zu Strikezwecken existiren im Bezirk nicht. Die öffentliche Ordnung wurde nicht gestört. Die Forderungen der Striker erstreckten sich auf Lohnerhöhung und Beschränkung der Arbeitszeit. Schaden ist durch den Strike direkt nicht erwachsen.

6. Arbeitseinstellung der Zimmerleute zu Cöln. Bezirk Cöln.

Bei dem ersten Strike, welcher am 5. Juli 1869 begann und bei dem einen Zimmermeister bis Ende Juli dauerte, haben sich sämtliche Gesellen dieses Arbeitgebers ohne Rücksicht auf von denselben übernommene Akkordarbeiten beteiligt. Die damaligen Forderungen der Striker bestanden in 1. erhöhtem Lohn von 5 Groschen pro Tag. 2. einer Stunde weniger Arbeitszeit (Abends von 7 bis 8 Uhr). 3. gleichem Lohn für jeden Gesellen, ob tüchtig oder untüchtig. 4. Schluss der Arbeit an den Samstagen vor hohen Feiertagen um 4 Uhr Nachmittags. — Unterhandlungen einer Deputation der Meister mit dem Ausschusse der Zimmergesellen waren fruchtlos, so dass ein Meister nach dem andern die obigen Forderungen bewilligen musste. — Der Schaden des einen Meisters berechnet sich auf 175—200 Thlr.; ausserdem musste derselbe zwei Bauten ganz absagen.

Bei dem folgenden Strike im Mai 1872 forderten die Gesellen eine weitere Lohnerhöhung von 5 Sgr. pro Tag, und eine Stunde weniger Arbeitszeit. Da diese Forderungen von einem Theile der Meister schon vor der schriftlichen Zustellung, wahrscheinlich durch triftige Beweggründe gezwungen, bewilligt waren, sahen sich die übrigen Meister gezwungen, auch darauf einzugehen.

In der Folge wurde den Gesellen abermals, diesmal ohne Arbeitseinstellung, eine Lohnerhöhung von 5 Sgr. pro Tag und Abkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bewilligt.

Bei den in den kürzesten Zwischenräumen sich wiederholenden gesteigerten Lohnforderungen der Arbeiter ist es den Meistern fast unmöglich geworden, bei Uebnahme einer Arbeit im Voraus eine richtige Kalkulation zu machen.

Es betrug die Zahl der strikenden Gesellen bei der Arbeitseinstellung vom Mai 1872: 28 Mann bei Zimmermeister Wülfrath, 28 Mann bei Zimmermeister Odendahl und 4 Mann bei Zimmermeister Hoffmann. Der Strike dauerte 3 Wochen. Kontraktbruch fand nicht statt. — Odendahl berechnet seinen Schaden auf ca. 200 Thlr., Hoffmann auf ca. 300 Thlr. — Die Ausführung der übernommenen Aufträge stockte; neue mussten zurückgewiesen werden. Vgl. B. 7.

7. Arbeitseinstellung der Schiffszimmerleute zu Lübeck. Bezirk Lübeck.

An dem Strike waren sämtliche Arbeiter der Branche, ungefähr 100 Mann, beteiligt. Derselbe brach im Juli 1865 aus und dauerte 6 Monate. Weder Kontraktbruch noch Ordnungsstörung war mit dem Strike verbunden. — Die Striker forderten Beibehaltung der vor Einführung der Gewerbefreiheit bestandenen Gerechtsame, der alten Einteilung der Arbeitsstunden und der Lohnverhältnisse. Die Schiffsbaumeister gaben nicht nach. Als im Spätherbst resp. Winter die von den Schiffszimmerleuten während des Strikes aufgesuchte Arbeit an den Schiffen u. s. w. aufhörte, kehrten dieselben nach und nach auf die Werften zurück und fügten sich der neuen Ordnung. — Ein Schiff, welches in 4 Wochen hätte fertig sein sollen, kam erst im Herbst fort, ein anderes, welches kontraktlich zum Herbst abgeliefert werden sollte, konnte erst im nächsten Sommer fertiggestellt werden.

8. Arbeitseinstellung der Maurer zu Lübeck. Bezirk Lübeck.

Es strikten ungefähr 40 Mann auf die Dauer von ca. 8 Tagen. Die Striker hielten den schriftlichen Kontrakt, wodurch sie die Arbeiten in Akkord übernommen hatten, nicht ein. — Die Striker forderten eine erhöhte tägliche Abschlagszahlung auf die Akkordsumme. Die Forderung wurde zurückgewiesen, worauf die Gesellen allmählig die Arbeit wieder aufnahmen, und im Akkord beendeten, ohne jedoch bei der späteren Abrechnung eine Nachzahlung verlangen zu können. — Es entstand kein weiterer Schaden.

9. Arbeitseinstellung der Rammarbeiter und Zimmerer bei den Bohlwerksbauten der Bau- Deputation zu Lübeck. Bezirk Lübeck.

An dem Strike, welcher 3 Stunden währte, beteiligten sich ungefähr 25—30 Mann. Die Arbeiter standen in Tagelohn, ohne an eine Kündigungsfrist gebunden zu sein. Die geforderte Lohnerhöhung um 25 % wurde vollständig bewilligt.

Nachdem nach und nach etwa 50 Zimmer-Gesellen ausgewandert waren, strikte der Rest von 70 Mann im Januar 1873 und errang ihre volle Lohnforderung nebst 10-stündiger Arbeitszeit.

Die strikenden Zimmerleute des Jahres 1869 waren monatlich angestellt und machten sich kontraktbrüchig. — Es erwuchs kein direkter Schaden; ein indirekter nur insofern durch den letzten Strike der Zimmerleute, als der Neubau der Norddeutschen Papierfabrik nicht mit Energie betrieben werden konnte, und daher nur langsam fortschritt.

10. Arbeitseinstellung der Schiffszimmerleute auf dem Wasserbauplatze der Baudeputation zu Lübeck, Bezirk Lübeck.

Dieser Strike fiel in den Winter 1872/73 und umfasste 14 Arbeiter. Dieselben arbeiteten im Tagelohn ohne Kündigungsfrist. Die Forderungen gingen auf bessere Behandlung und Wegfall des Abzuges für den Winter. Es wurde den Strikern bessere Behandlung zugesagt, dagegen die Lohnerhöhung für den Winter abgelehnt. Die Arbeiter sind definitiv fortgeblieben.

ad 7. 8. 9. 10. Arbeitervereine mit Striketendenz bestehen in Lübeck nicht. Die Ordnung ist nicht gestört worden. —

11. Arbeitseinstellung in den Baugewerken zu Flensburg, Bezirk Flensburg.

Im Jahre 1872 erreichten die Maurer und Zimmerer durch Niederlegung der Arbeit auf kurze Zeit die Bewilligung einer um 6 Gr. erhöhten Lohnforderung, so dass ihr Tagelohn auf einen Thlr. stieg, ekslus. des sogen. Meistergeldes von 6 Gr. — Durch einen nochmaligen Strike seitens der Maurer, im Frühjahr 1873, auf eine Zeit von ca. 5 Wochen, wurde eine um eine Stunde verkürzte Arbeitszeit durchgesetzt, so dass von 6—6 gearbeitet wird, abgerechnet eine Stunde für den Mittag, je eine halbe Stunde für Frühstück und Vesperbrot; zugleich wurden 5 Gr. als Vergütung für jede Stunde Mehrarbeit bestimmt. — Bei dem Bau der Aktienbierbrauerei, wozu Arbeiter aus Mitteldeutschland herangezogen waren, kam es im Juli 1873 auf

Anregung hiesiger Arbeiter zur Arbeitsniederlegung, einige Arbeiter verliessen die Stadt, die meisten kehrten indess nach einigen Tagen unter den früheren Bedingungen wieder zur Arbeit zurück.

Arbeitervereine mit ausgesprochenem Strikezweck existiren im Bezirk nicht. Jedoch nimmt der unter dem Namen „Wahl - Verein“ bestehende sozialdemokratische Verein die Anregung zu Strikes und die Vermittlung gegenseitiger Unterstützung bei Strikes gern in die Hand. — Kontraktbruch ist dadurch vorgekommen, dass auch solche Maurer strikten, welche Bauten pro 1000 Steine auszuführen angenommen hatten. — Ordnungsstörungen waren nicht zu beklagen. — In Folge des Maurerstrikes vom Frühjahr 1873 hat die Erweiterung eines Walzwerkes nicht rechtzeitig ausgeführt werden können; der Besitzer ist daher nur im Stande gewesen, ca. $\frac{3}{5}$ der zu liefernden Schienen herzustellen. Aehnliches ist in allen kleineren Etablissements vorgekommen.

12. Arbeitseinstellung der Schiffszimmerleute zu Stralsund, Bezirk Stralsund.

Ca. 130 Mann stellten die Arbeit auf 8 Tage ein. — Es bestehen Arbeitervereine; ob dieselben aber Strikezwecke verfolgen, ist unbekannt; die strikenden Arbeiter werden durch die Vereine unterstützt. Kontraktbruch kam nicht vor. Dagegen wurde die Ordnung gestört, indem von einigen Zimmerleuten versucht wurde, andere, die sich nicht am Strike beteiligten, durch Drohungen, die einmal sogar in Thätlichkeiten ausarteten, von der Arbeit abzuhalten. — Die Striker forderten Lohnerhöhung um 15%; es wurden 10% bewilligt. Die Arbeitgeber haben sich mit den Schiffbaumeistern benachbarter Häfen dahin geeinigt, strikende Zimmerleute nicht in Arbeit zu stellen. — Uebernommene Aufträge blieben nicht unerfüllt. Der Industrie ist weiter kein Nachtheil erwachsen, als dass die Arbeitgeber für die übernommenen Arbeiten den Lohnaufschlag von 10% tragen müssen.

13. Arbeitseinstellung der Schiffszimmerleute und Maurer zu Swinemünde, Bezirk Swinemünde.

Die Strikes waren nur unerheblich und fanden durch Bewilligung höheren Lohnes ihre Erledigung.

14. Arbeitseinstellung von Maurern zu Stargard i. Po., Bezirk Stargard.

Im Jahre 1869 kam der Leiter der Stettiner Sozialdemokraten, Armbrost, nach Stargard und berief mehrmals Versammlungen, in denen agitatorische Reden gehalten wurden. In Folge der dadurch hervorgebrachten Gährung traten zunächst die Gesellen und Polirer des Maurermeisters Wischer mit unmotivierten und unberechtigten Forderungen hervor, durch welche sie höheren Lohn erzwingen wollten; eventuell drohten sie, die Arbeit einzustellen. Der Arbeitgeber aber entliess sämtliche Gesellen und Polirer, konzentrierte Lehrlinge und Arbeiter zu kleinen Bauten, unterbrach die grösseren Bauten vollends und wartete mit denselben, des Entgegenkommens seiner Auftraggeber sich vergewissernd, bis er durch Ersatz vom Lande die durch die Entlassung seiner Leute entstandenen Lücken wieder ausgefüllt hatte. — Das Verfahren dieses Arbeitgebers war ein Schreckschuss für die ganze hiesige Arbeiterklasse und

hielt sie von weiteren Demonstrationen zu damaliger Zeit zurück. Vgl. C. 9.

15. Arbeitseinstellung von Haus- und Schiffszimmerleuten und Maurern zu Kolberg, Bezirk Kolberg.

Seitens der Haus- und Schiffszimmerleute, sowie Maurer, wurde die Arbeit 8, auch 14 Tage, niedergelegt, bis ihnen der Lohn von 1 Thlr. per Tag bei 2 Stunden kürzerer Arbeitszeit bewilligt wurde. — Die kontraktlich übernommenen Arbeiten wurden einstweilen von den Arbeitgebern mit Verlust ausgeführt, neue nicht dringende Bauten einstweilen beanstandet.

16. Arbeitseinstellung der Zimmergesellen zu Köslin, Bezirk Köslin.

Im Jahre 1869 strikten sämtliche hiesige Zimmergesellen, 120 an der Zahl, während der Dauer von drei Monaten. Es existirt unter dem Namen „Allgemeiner Unterstützungs-Verein“ eine Verbindung, welche meist aus Maurern und Zimmerleuten besteht und monatliche Beiträge von ihren Mitgliedern einzieht; ein Theil der letzteren soll in eine Strikekasse nach Berlin fliessen. Vermuthlich ist aus dieser Strikekasse den strikenden Zimmergesellen Unterstützung zugegangen. — Der Strike endete durch Einigung zwischen Meistern und Gesellen, indem die Hälfte der Lohnzulage, welche die Letzteren forderten, bewilligt wurde. Inzwischen waren 11 Mann von den Strikern durch richterliches Urtheil mit 1—3 Wochen Gefängniss bestraft worden, weil sie durch Drohungen und Thätlichkeiten Zwang auf Arbeitende ausgeübt hatten (§ 153 der Gwbr.-Ordn.) —

17. Arbeitseinstellung im Baugewerbe zu Posen, Bezirk Posen.

Nachdem schon vor mehreren Jahren Lohnerhöhungen und Abkürzung der Arbeitszeit bewilligt worden waren, fand im Jahre 1872 ein allgemeiner Strike unter Beanspruchung weiterer Lohnerhöhung statt. Hierbei wurden die willig gebliebenen Arbeiter durch Drohungen an Wiederaufnahme der Arbeit gehindert. Der Strike dauerte 6 Wochen, bis seitens der Arbeitgeber eine weitere Lohnerhöhung bewilligt worden war. — Der Strike war hauptsächlich der Thätigkeit fremder Agitatoren zuzuschreiben. Von den hiesigen Arbeitern werden an die auswärts für Strikezwecke bestehenden Vereine Beiträge gezahlt. — Die übernommenen Bauten konnten in den festgesetzten Terminen nicht vollendet werden; sonach blieb ein erheblicher Schaden für die Bauunternehmer unvermeidlich.

18. Arbeitseinstellung der Maurergesellen zu Königsberg, Bezirk Königsberg.

Bereits am 4. Januar 1870 hatten die Maurergesellen die Forderung erhoben, ihnen statt des bis dahin gezahlten Lohnes von 23—26 Sgr. für die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends einen gleichmässigen Lohn von 1 Thlr. für obige Arbeitszeit zu bewilligen, jede Stunde mehr mit 3 Sgr., jede Stunde weniger mit $2\frac{1}{2}$ Sgr. zu berechnen. Hierauf gingen die Meister nicht ein und blieb dies damals ohne weitere Folgen.

Erst am 5. August 1871 wurden die Forderungen vom 4. Januar 1870 erneuert. Hierauf beschloss eine Versammlung

lung der Meister, ihrerseits 5 Delegirte zu ernennen; die Gesellen erwählten gleichfalls 5 Delegirte. Die so gebildete gemischte Kommission vereinbarte Folgendes, nachdem seitens der Meister jede Berathung über einen gleichmässigen Lohnsatz abgelehnt war: „vom Beginn des nächsten Baujahres ab bewilligen die Meister ihren Gesellen zu dem am 12. August gezahlten Lohne einen Zuschlag von 4 Sgr. Jede Stunde mehr oder weniger soll mit $2\frac{1}{2}$ Sgr. berechnet werden. Sonnabend, wie bisher, eine Stunde früher Feierabend, ohne Abzug“. — In der Versammlung der Meister am 14. August wurden diese Propositionen ihrer Delegirten acceptirt. Die Gesellen beantworteten dieselben am 17. August mit Niederlegung der Arbeit und vertrieben auch diejenigen ihrer Kameraden, welche dieselbe fortsetzen wollten.

Gleich am Tage, an dem der Strike ausgebrochen, erschienen Plakate, wonach zwei von den Meistern jedem ihrer Gesellen eine Zulage von 5 Sgr. offerirten, wenn die Arbeit sogleich aufgenommen werden würde. Da auch die übrigen Meister im Prinzip für eine angemessene Erhöhung, entschieden aber gegen gleichmässige Lohnsätze waren, so beschloss die Meisterversammlung am 22. August den Gesellen zu eröffnen: „Wir bewilligen einen Lohn von 27 bis 30 Sgr. von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends von gleich ab, wenn die Arbeiten sofort aufgenommen werden“. Letzteres geschah, am 28. August war der Strike beendet.

19. Arbeitseinstellung der Maurer- und Zimmer-Gesellen zu Tilsit. Bezirk Tilsit.

Der Strike dauerte vom 5. bis 11. Mai 1872. Die Folge desselben war eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 30 %, welche von den Meistern auch ohnedies bewilligt worden wäre. Die gleichzeitige Forderung der Gesellen der gleich hohen Löhnung aller wurde nicht bewilligt. Ordnungsstörungen fanden nicht statt.

b. Tischler, Schlosser, Glaser, Maler.

1. Arbeitseinstellung der Schreinergehülfen zu München. Bezirk München.

Auf Veranlassung des lokalen Fachvereines der Tischler stellten die hiesigen Schreinergehülfen, zu 300 Mann in 180 Werkstätten vom 28. Mai bis 14. bzw. 24. Juni 1872 die Arbeit ein, und mussten damals wegen öffentlicher Ruhestörung 4 Individuen auf 3—8, eines auf 14 Tage mit Gefängniss bestraft werden. Die Arbeitnehmer forderten die Unterzeichnung eines Schriftstückes, dessen Inhalt nach Mittheilung der Arbeitgeber darin bestehen soll, dass es „in die bürgerlichen Rechte der Meister eingreift“; es wurde dieses standhaft von der überwiegenden Majorität der Arbeitgeber (nur 20 unterzeichneten dasselbe) verweigert. Die übernommenen Arbeiten konnten zwar etwas später, aber immerhin noch geliefert werden. Der sonstige Schaden ist nicht bedeutend.

2. Arbeitseinstellung von Schlossergesellen zu München. Bezirk München.

Dieser im Juli 1872 stattgehabte Strike war ein partieller, an dem ca. 60 Gesellen partizipirten, und der 3 Wochen dauerte. Es bestehen Fachvereine im Schlossergewerbe, welche angeblich die Fortbildung des Arbeiters

bezwecken. Der Strike war theilweise vom Bruche kontraktlicher Pflichten, aber nicht von Ordnungsstörungen begleitet. — Die Forderungen, welche auf Verkürzung der Arbeitszeit und 25 % Lohnerhöhung gingen, wurden nicht bewilligt, vielmehr beschlossen, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen und den Lohn nach speziellem Ueberkommen zwischen den einzelnen Meistern und Gehülfen zu berichtigen. — Es mussten die übernommenen Aufträge theilweise unerfüllt bleiben, neue zurückgewiesen werden. Die durch die Lohnsteigerung bedingten höheren Fabrikatspreise zogen eine Einschränkung des Verbrauchs nach sich.

3. Arbeitseinstellung von Glasergesellen in Freiburg. Grossherzogthum Baden.

Der Strike, an dem sich 20 Arbeiter theiligten, dauerte 2 Tage und fiel in das Jahr 1872. Der Forderung der Striker, welche auf Lohnerhöhung um 20 % gerichtet war, wurde entsprochen.

4. Arbeitseinstellung der Möbel- und Bau-Schreiner zu Karlsruhe. Bezirk Karlsruhe.

Die Gehilfen in den ca. 500 Arbeiter beschäftigenden Möbel- und Bau-Schreinereien stellten im Mai 1870 die Forderung, dass vom 15. Mai ab eine Erhöhung des Tag- und Akkord-Lohnes um 20 pCt. eintreten solle. In Anbetracht, dass die Löhne hier bereits höher, als in den Nachbarstädten Stuttgart, Mainz etc. waren, wiesen die Arbeitgeber diese Forderung zurück, worauf Strike erfolgte, und die Werkstätten 14 Tage geschlossen blieben. Nach Ablauf dieser Zeit nahmen die älteren ansässigen Leute die Arbeit wieder auf, die jungen hatten inzwischen die Stadt verlassen. — Das Geschäft kam langsam wieder in Gang, der bald darauf ausbrechende Krieg liess den Mangel jüngerer Arbeitskräfte weniger fühlen. Die Arbeiter kamen nach und nach wieder zusammen, allein der Geist der Unzufriedenheit ist geblieben, obgleich dem damals abschlägig beschiedenen Verlangen inzwischen mehr als doppelt entsprochen wurde.

5. Arbeitseinstellung von Maler- und Anstreicher-Gehilfen zu Frankfurt a. O. Bezirk Frankfurt a. O.

Am 31. Juli 1871 haben 26 Maler- und Anstreichergehilfen die Arbeit eingestellt und am 7. August wieder aufgenommen. Dieselben forderten: Verkürzung der Arbeitszeit von 7 bis 6 und Bezahlung der Ueberstunden nach Verhältniss der Höhe des Arbeitslohnes; bewilligt wurde nur eine Arbeitszeit von 7 bis 7, die letztere Forderung aber abgelehnt.

6. Arbeitseinstellung von Tischlergesellen zu Frankfurt a. O.

Am 22. Mai 1872 stellten 101 Tischlergesellen die Arbeit ein und nahmen sie Anfangs Juni wieder auf; sie forderten: Normalarbeitstag von 6 bis 6 und 25 pCt. Lohnerhöhung; beides wurde bewilligt.

Ad. 5 und 6. vgl. I. B. 17.

7. Arbeitseinstellung in den Tischlereien zu Posen. Bezirk Posen.

Im Jahre 1872 fand ein allgemeiner Strike statt, welcher ungefähr 8 Tage andauerte und an welchem etwa

10 pCt. der hiesigen Tischlerarbeiter sich beteiligten. Eine ständige Commission derselben stand mit dem Berliner sogen. Strikeverein in Verbindung. Viele der Arbeiter, welche sich nachgiebig zeigten, sind von den renitenten an Wiederaufnahme der Thätigkeit behindert worden. Ordnungsstörungen kamen nicht vor. — Die Arbeitgeber mussten sich zur Bewilligung einer abgekürzten Arbeitszeit wie zu Lohnerhöhungen verstehen, welche letzteren je nach Beschaffenheit der Arbeitsobjecte sich auf 40 bis 70 pCt. berechnen. — Contraktliche Lieferungen und Aufträge mussten unerfüllt bleiben; ausserdem hat der Strike einen Mangel an besseren Arbeitern herbeigeführt, da letztere zumeist sich von hier entfernten.

B. Schuhmachergewerbe.

1. Arbeitseinstellung der Schuhmacher zu München. Bezirk München.

Im März 1871 fand ein theilweiser Strike statt, welcher mit einer Lohnerhöhung von 30—40 pCt. endigte.

Im März 1873 brach ein allgemeiner Strike aus, an dem 3—400 Arbeiter theilnahmen. Er begann am 18. März, wurde am 22. März allgemein, und ist das Ende zur Zeit noch nicht abzusehen. — Obwohl erst am 27. December 1872 eine Lohnerhöhung verlangt und gewährt wurde, verlangen die Gesellen doch neuerdings ca. 50 bis 60 pCt. Steigerung. Vom März 1871 bis März 1873 sind thatsächlich die Löhne um 60 pCt. gesteigert worden, die Forderungen dagegen gehen seit dieser Zeit im Ganzen auf 100 pCt. Leiter dieser Strikes ist der hiesige Fachverein. Da Hausfriedensstörungen den Strike begleiteten, so musste die Hilfe des Gesetzes in Anspruch genommen werden. Bereits sind in mehreren Werkstätten die bestellten Arbeiten zurückgelegt und neu ertheilte Aufträge zurückgewiesen worden. Der Schaden ist kaum zu berechnen, da ca. 200 Werkstätten in ihrem Betriebe lahm gelegt sein sollen.

2. Arbeitseinstellung der Schuhmacher zu Constanz. Bezirk Constanz.

Im Jahre 1872 strikten 90 Schuhmachergesellen während eines Zeitraums von 42 Tagen. Die Forderung ging auf Lohnerhöhung nach einem von den Gesellen vorgelegten Tarif. Nachdem die Meister eine Vereinigung geschlossen hatten, kam ein Compromiss zu Stande, wonach für alle Arbeiten eine Lohnerhöhung eingeführt wurde, für feinere bis zu 75 pCt.

3. Arbeitseinstellung der Schuhmacher zu Carlsruhe. Bezirk Carlsruhe.

Im Mai 1870 beanspruchten die Schuhmachergehilfen in Zahl von ca. 200 Mann eine Lohnerhöhung von 25 pCt., welche von den Arbeitgebern abgewiesen wurde; seitens der letzteren wurden die beteiligten Arbeiter entlassen. — Die Arbeitsruhe dauerte 14 Tage, während welcher Zeit die Mehrzahl der Gehilfen abreisten, aber durch Zuzug von auswärts wieder ersetzt wurden. Die Neueintretenden arbeiteten zu den früheren Lohnsätzen, doch wurde den geschickteren und fleissigeren Arbeitern gerne eine Lohnerhöhung bewilligt. — Die momentane Geschäftsruhe schädigte die Arbeitgeber insofern, als sie manchen Consumenten den Niederlagen der Grossfabrikation zuführte, doch wurde dieser Nachtheil durch spätere vermehrte Aufträge ziemlich ausgeglichen. Vgl. II. A. a. 4.

4. Arbeitseinstellung von Schuhmachern zu Heidelberg. Grossherzogthum Baden.

Im Jahre 1870 strikten 40 Schuhmachergesellen während einer Dauer von 8 Tagen. Die geforderte Lohnerhöhung um 20 pCt. wurde bewilligt.

5. Arbeitseinstellung der Schuhmachergesellen zu Göttingen. Bezirk Göttingen.

Dieser Strike, welcher der jüngsten Zeit angehört, dauerte einige Tage und wurde ohne Concessionen seitens der Arbeitgeber beendet. Vgl. I. D. 25.

6. Arbeitseinstellung der Schuhmacher zu Frankfurt a. O. Bezirk Frankfurt a. O.

Am 15. Juni 1871 stellten 120 Schuhmachergesellen die Arbeit ein und nahmen dieselbe am 5. Juli wieder auf. Sie forderten 25 pCt. Lohnerhöhung und haben sie bewilligt erhalten. Vgl. I. B. 17.

7. Arbeitseinstellung der Schuhmacher zu Königsberg. Bezirk Königsberg.

Der Strike fand Ende Juli und August 1871 statt, und war zuerst die grössere Hälfte derjenigen Gesellen, welche für Arbeitgeber auf Bestellung arbeiteten, beteiligt. Erst nach diesen strikten die andern, so dass die ganze Dauer des Strikes 3 Wochen betrug. Derselbe war vom Ortsverein der Lederarbeiter organisirt; die Gesamtzahl der Striker belief sich auf höchstens 100. Ordnungsstörungen von Bedeutung fielen nicht vor. — Die Striker forderten eine Lohnzulage von 25% für Stückarbeit. Die Arbeitgeber kamen unter sich auf 10% Zulage überein; die Gesellen beharrten jedoch auf ihrer Forderung von 25%, und sahen sich schliesslich die Meister genöthigt, nachzugeben.

C. Schneidergewerbe.

1. Arbeitseinstellung der Kleidermacher zu München. Bezirk München.

An dem im April 1870 ausbrechenden Strike beteiligten sich ca. 400 Mann. Die Entstehung des Strikes, welcher volle 4 Wochen dauerte, ist auf den hiesigen socialdemokratischen Verein zurückzuführen. Theilweise war die Bewegung von dem Bruche contraktlicher Verpflichtungen begleitet, doch verlief dieselbe ohne Ordnungsstörung. — Die Forderungen gingen auf 25% Lohnerhöhung mit Ueberwachung der Buchführung, auf Gewinnantheil vom Geschäft, sowie Aufstellung von Zuschneidern aus dem socialdemokratischen Vereine; nur 25% Lohnerhöhung wurden jedoch gewährt. — Der Ausfall von 4 Wochen in der Saison influirte vielfach auf übernommene wie künftige Aufträge; ein weiterer Schaden erwuchs durch das Liegenbleiben der Waaren.

2. Arbeitseinstellung von Schneidergesellen in Freiburg. Grossherzogthum Baden.

Im Jahre 1872 strikten 25 Schneidergesellen während der Dauer von 3 Tagen. Der Forderung auf Lohnerhöhung um 25% wurde entsprochen. Vgl. I. D. 10.

3. Arbeitseinstellung von Schneidergehilfen zu Carlsruhe. Bezirk Carlsruhe.

Im Jahre 1870 stellten ca. 150 Schneidergehilfen während 14 Tagen die Arbeit ein, weil die geforderte Lohnerhöhung von 25% nur den besten Arbeitern bewilligt wurde, den geringeren Arbeitern wurde 10% geboten, unter welcher Bedingung nach 14 Tagen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. — Durch allmälige Lohnaufbesserung aus eigener Initiative der Arbeitgeber ist bis heute die vor 3 Jahren nur den besten Kräften zu Theil gewordene Erhöhung von 25% auch den mittelmässigen Leistungen gewährt. — Die Arbeitgeber wurden dadurch geschädigt, dass sich der augenblickliche Bedarf den Confectionsgeschäften zuwendete. Vgl. II. A. a. 4.

4. Arbeitseinstellung der Schneidergesellen zu Mannheim. Bezirk Mannheim.

Die Schneidergesellen zu Mannheim strikten zuerst im Jahre 1870, und zum zweiten Male 1872. Ersterer Strike dauerte 3 Tage, letzterer 14 Tage. 1870 wurden 20% Lohnerhöhung gefordert, jedoch nur 15% bewilligt, 1872 wurde die wiederum auf 20% gehende Forderung voll bewilligt. — In Mannheim besteht ein Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, welcher die Unterstützung von Strikes zum Vereinszweck hat. Vgl. I. D. 10.

5. Arbeitseinstellung der Schneidergesellen zu Würzburg. Bezirk Würzburg.

Der Strike fand im Frühjahr 1872 statt und hatte eine ziemliche Ausdehnung. Die Striker erhielten mehrere Wochen lang von aussen Geldunterstützung und versuchten durch Drohungen die willigeren Gesellen von der Arbeit zurückzuhalten. — Der Strike erreichte dadurch sein Ende, dass die Arbeitgeber die gestellten Forderungen wenigstens theilweise bewilligten, und die Gesellen um deswillen nicht auf extremen Forderungen bestanden, weil successive die pekuniäre Beihilfe immer geringer wurde.

6. Arbeitseinstellung der Kleidermachergehilfen zu Mainz. Bezirk Mainz.

Im späteren Theile des Winters 1871/72 brach dieser Strike aus, welcher zwar 6 Wochen anhielt, aber im übrigen wenig erheblich und, bei der gerade herrschenden ungünstigen Conjunktur, völlig erfolglos für die Striker verlief. Vgl. I. B. 4.

7. Arbeitseinstellung der Schneidergesellen in Crimmitschau. Bezirk Plauen.

Der Strike fand im Jahre 1872 statt; an demselben waren nicht einmal sämtliche 25—30 Schneidergesellen der Stadt theilhaft. Die Striker forderten Lohnerhöhung von 25%. Einige Meister vereinigten sich mit den Gesellen auf eine Lohnerhöhung von 12½%, und einige wenige Meister liessen die Gesellen gehen.

8. Arbeitseinstellung der Schneidergesellen zu Görlitz. Bezirk Görlitz.

Ende März 1873 stellten die Schneidergesellen die Arbeit ein. Dieselben beanspruchten eine Lohnerhöhung

um 25%, welche ihnen von den Arbeitgebern nicht in dieser Höhe bewilligt wurde. Durch gegenseitiges Entgegenkommen wurde der Strike nach kurzer Zeit beendet.

Von Arbeitervereinen mit Striketendenz im Bezirke Görlitz ist nichts bekannt. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen.

9. Arbeitseinstellung der Schneidergesellen zu Königsberg. Bezirk Königsberg.

Der Strike begann Mitte März 1872 und dauerte 3 Wochen. Die Zahl der Striker betrug etwa 300. Ein grosser Theil der Schneidergesellen setzte die Arbeit, wenn auch nicht ganz ungehindert, fort; erwähnenswerthe Ordnungsstörungen kamen jedoch nicht vor. Hin und wieder hat mancher Arbeiter die angefangene und bezahlte Stückarbeit unvollendet liegen gelassen. — Die Striker forderten im Anfang: kürzere Arbeitszeit, keine Nacht- und Sonntagsarbeit. Da aber bei dem Schneidergewerbe zumeist Stückarbeit ist, so liessen schliesslich die Striker alle übrigen Forderungen fallen und beanspruchten allein Lohnerhöhung um 25%. Die vereinigten Arbeitgeber beschlossen, 10 bis 15% Zuschlag zu gewähren; da die Arbeiter jedoch nicht nachgaben, so wurden jene schliesslich genöthigt, das Verlangte zu bewilligen.

D. Diverse Gewerbe.

1. Arbeitseinstellung der Töpfergehilfen zu München. Bezirk München.

Die Töpfergehilfen, und zwar sämtliche hier beschäftigte, haben mehrere Male die Arbeit eingestellt, um Verkürzung der Arbeitszeit und bedeutende Lohnerhöhung durchzusetzen. Die Strikes hatten die Dauer von 2 Tagen bis zu 6 Wochen, und wurden von dem Fachverein der Töpfergesellen organisirt. Dieselben waren von Contraktbruch nicht begleitet, dagegen kamen in einzelnen Werkstätten Ordnungsstörungen vor. — Die Uneinigkeit der Arbeitgeber veranlasste die Gewährung der zuletzt bis zu 40% Lohnerhöhung gesteigerten Forderungen. — Einzelne Aufträge blieben unerfüllt, weitere Aufträge mussten abgelehnt werden. Den Einzelnen wurde durch die Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse auch noch sonstiger Schaden zugefügt.

2. Arbeitseinstellung der Bürstenmachergehilfen zu München. Bezirk München.

Die Gehilfen der kleineren Bürstenmacher, 22 Mann, stellten vom 18. bis 26. Juni 1872 die Arbeit ein. Sie forderten Reduktion der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden, nebst 8 fl. Lohn pro Woche und pro Stunde 8 Kr. incl. der Feiertage, die früher ausser Berechnung fielen. Es wurde nur eine mässige Lohnerhöhung für den Akkord gewährt, dagegen keine Lohnerhöhung im Allgemeinen. Ein Nachtheil für das Gewerbe ist nicht zu verzeichnen.

3. Arbeitseinstellung von Schifferschaftlichen Flössern in Hörden und Ottenau. Grossherzogthum Baden.

An diesem Strike, welcher im Jahre 1872 eine Zeit von 3 Tagen währte, theilnahmen sich 53 Mann. Die geforderte Lohnerhöhung mit 11% wurde bewilligt.

4. Arbeitseinstellung von Kohlenträgern in Mannheim. Grossherzogthum Baden.

Im Jahre 1872 wurde die Arbeit Seitens der Kohlenträger auf einen halben Tag eingestellt. Die geforderte Lohnerhöhung wurde verweigert.

ad 3 und 4 vgl. I. D. 10.

5. Arbeitseinstellung von Eisenbahn-Güterboden-Arbeitern zu Mainz. Bezirk Mainz.

Die in Verbindung mit dem Strike in den Werkstätten der Hessischen Ludwigsbahn-Gesellschaft (vgl. I. C. 4.) im Oktober 1871 versuchte Bewegung schlug gänzlich fehl, indem nur 16 Mann die Arbeit niederlegten.

6. Arbeitseinstellung von Formstechern zu Köln. Bezirk Köln.

Im Januar 1873 strikten 19 Formstecher in den Werkstätten von Jean Hiedemann 16 Tage lang. Bruch kontraktlicher Verpflichtungen fand nicht statt. — Die Forderungen: Lohnerhöhung um ca. 50 % und Abkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden wurden bewilligt. — Die Ausführung der übernommenen Arbeiten stockte; neue mussten zurückgewiesen werden. Vergl. II. A. a. 6.

7. Arbeitseinstellung in einer Vergolder-Werkstätte zu Düsseldorf. Bezirk Düsseldorf.

16 Gehilfen verliessen plötzlich ohne Kündigung die Arbeit, um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erzielen. Auf die ihnen im Vergleichsbureau des Kgl. Gewerbegerichts gemachten Vorstellungen nahmen sämtliche Arbeiter ihre Arbeit unter den alten Verhältnissen wieder auf.

8. Arbeitseinstellung von Erdarbeitern zu Lübeck. Bezirk Lübeck.

Der Strike, an dem sich ungefähr 60 bei den Abgrabungen zur Erweiterung des Dampfschiffhafens beschäftigte Arbeiter beteiligten, fand im März 1873 statt und dauerte vom Sonnabend bis Montag. Ordnungs-Störungen kamen nicht vor. — Die geforderte Lohnerhöhung um 25 % wurde abgeschlagen, und die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Die Rädelsführer wurden von der Arbeit ausgeschlossen. — Schaden erwuchs durch den Strike nicht. Vgl. II. A. a. 10.

9. Arbeitseinstellung der Tagelöhner der Waage-Arbeiter-Compagnie zu Stetin. Bezirk Stettin.

Am 24. Juli 1872 stellten die zur Zeit beschäftigten Arbeiter der Waage-Arbeiter-Compagnie, ca. 200 Mann, die Arbeit ein, indem sie einen Tagelohn von 25 Gr. für alle Güter forderten. Die bestehenden Lohnsätze waren folgende: für die Abladung von Roheisen 20 Gr., für die aller anderen Waaren 17½ Gr. Tagelohn. Das Angebot nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Erhöhung um 2½ Gr. eintreten zu lassen, vermochte die Striker nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Eine tatsächliche Ordnungsstörung wurde durch das besonnene und energische Auftreten der Stammlaute vermieden. Der Strike dauerte im Ganzen 5 Tage. — Am Morgen des 29.

Juli nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, nachdem inzwischen die dringlichsten Arbeiten von den Stammlauten und von Arbeitern, welche die betreffenden Ladungs-Interessenten stellten, verrichtet worden waren; auch hatte die Militärbehörde an 2 Tagen ca. 80 Mannschaften aus-
hülfsweise gestellt. — Den Arbeitern wurde eine sofortige Erhöhung um 2½ Gr. pro Tag bewilligt, und eine weitere Erhöhung für die Folgezeit in Aussicht gestellt. Mit dem 1. August wurden dann auch die neuen Sätze nochmals um 2½ Gr. erhöht, so dass der Tagelohn für die Abladung von Roheisen auf 25 Gr., für die Abladung aller anderen Waaren auf 22½ Gr. stieg. — Abgesehen von den Verlusten, welche einzelnen Firmen durch die Ueberschreitung der Löszeit der Dampfer erwuchsen, hat der Strike keinen weiteren Schaden nach sich gezogen.

10. Arbeitseinstellung von gewöhnlichen Arbeitsleuten zu Colberg.

Zusammenstellung.

Aus der vorstehenden speciellen Darstellung ergeben sich folgende Resultate:

Zahl der Arbeitseinstellungen.

Es kamen insgesamt 204 Arbeitseinstellungen vor. Hiervon gehören 146 der Grossindustrie und 58 den handwerksmässig betriebenen Gewerben an.

An den 146 der Grossindustrie angehörenden Arbeitseinstellungen sind beteiligt:

Bergbau- und Hüttenbetrieb	mit 15
Maschinenbau und Metallindustrie	„ 29
Eisenbahnbedarf- und Wagen-Fabriken	„ 10
Textilindustrie	„ 39
Industrie der Nahrungsmittel	„ 22
Diverse Industrien	„ 28
Buchdruckereien	„ 10

Im einzelnen vertheilen sich die Arbeitseinstellungen der Grossindustrie wie folgt:

Bergwerke	11
Zinkhütte	1
Coaksanstalt	1
Glashütten	2
Maschinenfabriken und Eisenwerke	21
Kupferhammer	1
Messinggusswaren-Fabrik	2
Broncefabrik	1
Nadelfabrik	1
Drahtziehereien	1
Gold- und Silber-Industrie	2
Eisenbahn-Werkstätten	4
Eisenbahnbedarf- und Wagen-Fabriken	6
Textilindustrie	39
Cigarren- und Tabak-Fabriken	15
Brauereien	3
Mühlenetablissemments	2
Zuckersiedereien	2
Chemische Fabriken	1
Oelfabriken	1
Porcellanfabrik	2
Fabrik von Laubsägen und Uhrfedern	1
Möbel- und Bau-Holz-Arbeit	2

Fortepiano-Fabriken	4
Papierfabrik	1
Portefeuille-Fabrikation	1
Lederfabrik	1
Schuhwaaren-Industrie	3
Handschuhfabrik	1
Hutfabriken	10
Buchdruckereien	10

An den 58, den handwerksmässig betriebenen Gewerben angehörenden Arbeitseinstellungen sind betheiligt:

Baugewerbe	mit 30
Schuhmachergewerbe	„ 8
Schneidergewerbe	„ 10
Diverse Gewerbe	„ 10

Im einzelnen vertheilen sich die Arbeitseinstellungen der Handwerke wie folgt:

Zimmerer und Maurer	23
Tischler	4
Schlosser	1
Glaser	1
Maler	1
Schuhmacher	8
Schneider	10
Töpfer	1
Bürstenmacher	1
Formstecher	1
Vergolder	1
Flösser	1
Kohlenträger	1
Eisenbahn-Güterboden-Arbeiter	1
Erdarbeiter	1
Gewöhnliche Arbeitsleute	1
Tagelöhner	1

Umfang und Dauer der Arbeitseinstellungen.

Nachstehend sollen diejenigen Arbeitseinstellungen aufgezählt werden, welche rücksichtlich ihres Umfanges besondere Beachtung verdienen. Es kommen hierbei namentlich solche in Anschlag, welche sich über sämtliche Etablissements einer gewissen Branche erstreckten oder durch welche grosse Fabriken in ihrem Betriebe ganz oder grösstentheils lahmgelegt wurden, ebenso die Strikes, an denen sich sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes betheiligten.

Strike der Bergleute auf den Gruben des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins. 1869. Bezirk Iserlohn.
Strike auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins bei Aachen. 1869.

Allgemeiner Strike der Waldenburger Bergleute. 1869/70.
Strike der Kohlenbergleute des Zwickauer Reviers.

Strike in der Koaksanstalt zu Hirschbach. Oefen geschlossen und kalt gelegt. Bezirk Saarbrücken.

Strike in der Fenner Glasshütte. Oefen geschlossen und kaltgelegt. Bezirk Saarbrücken.

Strike der Bergleute im Essener Revier. 1872. Erstreckte sich auch auf die benachbarten Kreise Bochum und Duisburg.

Zweimaliger Strike auf dem Schaumburger Gesamt-Steinkohlenbergwerke. 1872 strikte die Hälfte, 1872/73 ein Drittel der ganzen Belegschaft. Bezirk Hannover.

Strike der Maschinenarbeiter in Offenbach. 1871. Schluss der Offenbacher Maschinenfabriken.

Strike in den Maschinenfabriken zu Aachen. 1872.

Strike in den Maschinenfabriken zu Barmen. 1871. Regelmässiger Fabrikbetrieb mindestens 6 Wochen unterbrochen.

Strike von Arbeitern der Stahl- und Eisen-Industrie in Remscheid. Bezirk Lennep.

Strike der Grobzieher in acht Drahtziehereien zu Altena 1871. Bezirk Lüdenscheid.

Strike der Arbeiter in der Centralwerkstätte der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zu Nippes 1871. Dehnte sich auch in geringem Masse auf die Arbeiter der Centralgüterstation Gereon, den Putzschuppen und die Personenstation aus. Bezirk Cöln.

Strike in der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf zu Berlin 1872. Regelmässiger Betrieb des Etablissements während sieben Wochen ausgesetzt.

Strike in der vormals Linke'schen Wagenbauanstalt zu Breslau 1872. Die Fabrik musste stillgestellt werden.

Strike in der Seiden-Weberei und Druckerei von Gressard Co. zu Hilden bei Düsseldorf 1867. Fabrik geschlossen.

Strike in den Türkischroth-Garn-Färbereien zu Elberfeld 1868. Die Etablissements 5 Wochen geschlossen.

Strike der Weber in einer Tuchfabrik zu Lennep. Die ganze Fabrik stillgesetzt.

Strike der Weber in Berlin 1870 und 1871. Es feierten sämtliche Webergesellen und ungefähr zwei Drittel sämtlicher Webermeister.

Strike in den Buckskinfabriken zu Forst 1870. Brach unter den Webern aus, dehnte sich sehr bald auch auf die übrigen Branchen der Tuchfabrikation aus. Bezirk Sorau.

Strike in den mechanischen Webereien zu Greiz 1871. Erstreckte sich auf sämtliche Arbeiter der betreffenden Etablissements, in welchen 3 Wochen lang gar nicht gearbeitet wurde.

Strike der Zeugdrucker zu Greiz 1872. Zu gleicher Zeit strikten in Sachsen und Böhmen die dortigen Drucker ebenfalls.

Strike der Cigarrenmacher in Offenbach 1871.

Strike in den Cigarrenfabriken von Hanau und den benachbarten Dörfern 1871. Gänzliche Stockung aller Geschäfte.

Strike in den Cigarrenfabriken zu Coblenz 1871/72.

Strike in der Cigarrenfabrik von Fr. Rossmann zu Burgsteinfurt 1872. Fabrik geschlossen. Bezirk Münster.

Strike der Cigarrenarbeiter zu Leipzig 1869. Betraf elf verschiedene Etablissements; es feierte reichlich die Hälfte sämtlicher damals im Bezirke beschäftigt gewesenen Cigarrenarbeiter.

Strike in den Cigarrenfabriken zu Rawicz 1872. Bezirk Posen.

Strike in den Cigarrenfabriken zu Posen 1872 und 1873.

Strike in der Porzellanfabrik von C. Tielsch u. Co. in Altwasser 1869. Mit Ausnahme der 150 Maler wurde die ganze Fabrikbevölkerung von 1500 Köpfen hineingezogen. Bezirk Schweidnitz.

Viermaliger Strike in den Berliner Fortepianofabriken 1871, 1872 und 1873. Es waren so ziemlich sämtliche Gehilfen der Branche betheiligt.

Strike der Portefeuillearbeiter zu Offenbach 1871. Schluss sämtlicher Portefeuille-Fabriken in Offenbach.

Strike in Schuhfabriken zu Mainz 1872 und 1873.

- Strike der Hutmacher in Offenburg 1871/72. Grossherzogthum Baden.
- Strike der Hutmacher zu Offenbach 1871/72 Die Fabrikation in den beiden Hutfabriken stockte während drei Monaten beinahe vollständig.
- Strike der Buchdrucker zu Leipzig 1865. Betheilt waren drei Viertel sämtlicher Gehülfen, und zwar fast ausschliesslich Setzer.
- Zweiter Strike der Buchdrucker zu Leipzig 1873. Der Strike berührte 46 Druckereien des Bezirks (die Gesamtzahl beträgt 51), Alles in Allem waren die Druckkräfte ungefähr auf die Hälfte reduziert
- Strike der Buchdrucker zu Hannover 1873. Von den sämtlichen in den hiesigen Officinen beschäftigten Setzern etc. feierten vielleicht 9/10.
- Strike der Buchdrucker in Breslau 1873. Die Zahl der Betheiligten belief sich auf 9/10 sämtlicher hier conditionirenden Gehilfen.
- Strike der Buchdrucker zu Posen 1872. Derselbe betraf die beiden bedeutendsten der hiesigen Deutschen Druckereien.
- Strike der Schiffszimmerleute zu Lübeck 1865. Dieselben betheiligten sich sämtlich.
- Strike sämtlicher Zimmergesellen zu Cöslin 1869.
- Allgemeiner Strike im Baugewerbe zu Posen 1872.
- Allgemeiner Strike der Schreinergehilfen zu München 1872. Es waren 180 Werkstätten in Mitleiden-schaft gezogen.
- Strike in den Möbel- und Bau-Schreinereien zu Carlsruhe 1870. Die Werkstätten blieben 14 Tage geschlossen.
- Allgemeiner Strike der Tischler zu Posen 1872. Etwa 90 pCt. der hiesigen Tischlerarbeiter.
- Allgemeiner Strike der Schuhmacher zu München 1873. Ca. 200 Werkstätten waren in ihrem Betriebe lahm gelegt.
- Mehrmaliger Strike der Töpfergehilfen in München. Alle hier beschäftigten Gehilfen betheiligten sich.
- Soweit die Berichte überhaupt bestimmte Angaben enthalten, verhält es sich mit der numerischer Betheiligung an den Strikes folgendermaassen:

Arbeitseinstellungen, an denen mindestens 1000 Arbeiter betheiligt waren:

1. Strike der Waldenburger Bergleute. Bezirk Schweidnitz 6409 Pers.
2. Strike der Kohlen-Bergleute des Zwickauer Reviers. Bezirk Plauen. Etwa 5000 „
3. Strike auf den Zechen Verein. Westfalia und Tremonia. Bezirk Dortmund 11—1200 „
4. Strike der Bergarbeiter im Bezirk Essen 7—8000 „
5. Strike der Stahl- und Eisen-Arbeiter in Remscheidt. Bezirk Lennep . . . 1000 „
6. Strike in der Actien-Gesellschaft Norddeutsche Fabrik f. Eisenbahnbetriebsmaterial zu Berlin 1000 „
7. Strike in der Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf zu Berlin. Von den in der Fabrik beschäftigten 1952 „
war nur eine kleine Anzahl nicht betheilt.
8. Strike in der vormals Linke'schen Wagenbauanstalt. Bezirk Breslau . . 1000 „

9. Strike bei der Elbinger Aktien-Gesellschaft f. Fabrikation von Eisenbahnmateri- al. Bezirk Elbing 1500 Pers.
10. Strike der Weber. Bezirk Gladbach 1000 „
11. Strike in der mechanischen Weberei zu Linden. Bezirk Hannover 1000 „
12. Strike der Weber in Berlin 2000 „
13. Strike in den Bukskinfabriken zu Forst. Bezirk Sorau 3—4000 „
14. Strike in den Cigarrenfabriken zu Hanau. Bezirk Hanau 13—1400 „
15. Strike in der Porcellanfabrik von C. Tielsch u. Co. in Altwasser. Bezirk Schweidnitz 1350 „

Arbeitseinstellungen, an denen mindestens 200, aber weniger als 1000 Arbeiter betheiligt waren:

1. Strike der Bergarbeiter auf den Gruben des Märkisch-Westfälischen Bergwerks-Vereins. Bezirk Iserlohn 450 Pers.
2. Strike der Zinkschmelzer in der Zinkhütte des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins zu Letmathe. Bezirk Iserlohn 350 „
3. Strike auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins. Bezirk Stolberg. Auf „Centrum“ strikten 350 „
ausserdem auf „Reservegrube“, ein grosser Theil der Belegschaft.
4. Strike auf der Kgl. Steinkohlengrube Heinitz. Bezirk Saarbrücken 700 „
5. Strike auf dem Schaumburger Gesamt-Steinkohlen-Bergwerk. Bezirk Hannover 750 „
6. Zweiter Strike auf demselben Werke 500 „
7. Strike der Maschinenarbeiter zu Offenbach 320 „
8. Strike der Maschinenarbeiter zu Aachen 4—500 „
9. Strike der Maschinenarbeiter zu Barmen 600 „
10. Strike auf dem Schienenwalzwerk des Bochumer Vereins f. Gussstahlfabrikation 500 „
11. Strike der Maschinenarbeiter etc. auf den Reparaturwerkstätten des Norddeutschen Lloyd. Bezirk Geestemünde 300 „
12. Strike an der Centralwerkstätte der Bayerischen Ostbahn zu Regensburg über 500 „
13. Strike in der Wagenfabrik von Gbr. Gastell zu Mainz 560 „
14. Strike in den Werkstätten der Hessischen Ludwigsbahn zu Mainz . . . 428 „
15. Strike der Werkstattsarbeiter der Berlin-Stettiner Eisenbahn zu Stargard 300 „
16. Strike in der Baumwollspinnerei von Kraus zu Augsburg 350 „
17. Strike von Hand- und Maschinen-Druckern zu Lörach. Grossherzogthum Baden 400 „
18. Zweimaliger Strike in den Türkisch-Roth-Garnfärbereien zu Elberfeld . 450 „
20. Strike auf der Hannoverschen Baumwoll-Spinnerei und Weberei zu Linden. Bezirk Hannover über 900 „
21. Strike in den mechanischen Webereien zu Greiz 500—600 „

22. Strike der Färbereiarbeiter der Firma Schleber in Reichenbach. Bezirk Plauen	230 Pers.
23. Strike der Cigarrenmacher in Offenbach	800 "
24. Strike in den Cigarrenfabriken zu Coblenz	400 "
25. Strike in einer Cigarrenfabrik zu Burgsteinfurt. Bezirk Münster	200 "
26. Strike der Cigarrenarbeiter in Leipzig	580 "
27. Strike in der Aktienfabrik für Möbel Bauer-Rehorst zu Breslau	300—400 "
28. Strike der Portefeuillearbeiter zu Offenbach	700 "
29. Strike in der Schuhfabrik von Simon Wolf zu Mainz	240 "
30. Erster Buchdruckerstrike in Leipzig	600 "
31. Zweiter Buchdruckerstrike in Leipzig	565—800 "
32. Buchdruckerstrike in Breslau	250 "
33. Strike der Schreinergehilfen in München	300 "
34. Strike der Möbel- und Bau-Schreiner in Carlsruhe	500 "
35. Strike im Schuhmachergewerbe zu München	300—400 "
36. Strike der Schuhmachergehilfen in Carlsruhe	200 "
37. Strike der Kleidermacher in München	400 "
38. Strike der Schneidergesellen in Königsberg	300 "
39. Strike der Tagelöhner der Waage-Arbeiter-Compagnie in Stettin	200 "

Arbeitseinstellungen, welche mindestens drei Monate dauerten:

1. Strike von Arbeitern der Schloss-Industrie zu Eilpe. Bezirk Hagen	6 Monat.
2. Strike in den Hanauer Cigarrenfabriken	13 Wochen.
3. Strike in den Cigarrenfabriken zu Coblenz	3½ Monat.
4. Strike in einer Cigarrenfabrik zu Burgsteinfurt. Bezirk Münster	3—4 "
5. Strike der Cigarrenarbeiter in Leipzig	16 Wochen.
6. Strike der Hutmacher in Offenburg. Grossherzogthum Baden	100 Tage.
7. Strike in den Hutfabriken zu Offenbach	3 Monat.
8. Zweiter Buchdruckerstrike in Leipzig	14 Wochen.
9. Strike der Schiffszimmerleute in Lübeck	6 Monat.
10. Strike der Zimmergesellen in Cöslin	3 "

Arbeitseinstellungen, welche mindestens 4 Wochen, aber weniger als 3 Monate dauerten:

1. Strike der Bergarbeiter auf den Gruben des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins. Bezirk Iserlohn	4 Wochen.
2. Strike der Waldenburger Bergleute. Bezirk Schweidnitz	8 "
3. Strike in der Fenner Glashütte. Bezirk Saarbrücken	4 "
4. Strike der Bergarbeiter. Bezirk Essen	6—7 "
5. Strike auf den Kupfererzgruben der Stadtberger Gewerkschaft. Bezirk Arnsberg	4 "
6. Strike der Maschinenarbeiter zu Offenbach	1 Monat.

7. Strike der Maschinenarbeiter in Barmen	5 Wochen.
8. Strike von Stahl- und Eisenarbeitern in Remscheid. Bezirk Lennep. Seit	6 " andauernd.
9. Strike der Former im Lüneburger Eisenwerk	3 Monat.
10. Strike der Grobzieher in Drahtziehereien zu Altena. Bezirk Lüdenscheld	6 Wochen.
11. Strike in einer Messinggusswaarenfabrik zu Altena. Bezirk Lüdenscheld	4 "
12. Strike in der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf zu Berlin	7 "
13. Strike in der vorm. Linke'schen Wagenbauanstalt zu Breslau	4 "
14. Strike in einer Tuchfabrik zu Eupen. Ueber	7 "
15. Zweiter Strike in den Türkischroth-Garnfärbereien zu Elberfeld	5 "
16. Strike der Weber in einer Tuchfabrik zu Lennep	4 "
17. Strike in der Webereifabrik zu Lüneburg	5—6 "
18. Strike in den Bukskinfabriken zu Forst. Bezirk Sorau	7 "
19. Strike in der Cigarrenfabrik von Gbr. Rosenheim zu Würzburg	6 "
20. Strike der Cigarrenmacher zu Offenbach	1½ Monat.
21. Strike in der Porzellanfabrik von E. Tielsch & Co. zu Altwasser, Bezirk Schweidnitz	11 Wochen.
22. Strike der Portefeuillearbeiter zu Offenbach	5 "
23. Strike in zwei Schuhfabriken zu Mainz	4 "
24. Strike in der Schuhfabrik von Simon Wolf zu Mainz	6 "
25. Strike der Hutmacher-Gehilfen zu München	7 "
26. Strike der Hutmacher zu Lehr. Grossherzogthum Baden	10 "
27. Erster Buchdruckerstrike zu Leipzig	9 "
28. Buchdruckerstrike zu Breslau	1 Monat.
29. Buchdruckerstrike zu Posen	1 "
30. Strike der Maurer zu Flensburg	5 Wochen.
31. Strike der Baugewerbe zu Posen	6 "
32. Strike der Schuhmacher zu München. Dauert bereits länger als	1½ Monat.
33. Strike der Schuhmacher in Konstanz	6 Wochen.
34. Strike der Kleidermacher in München	4 "
35. Strike der Kleidermachergehilfen in Mainz	6 "
36. Strike der Töpfergesellen in München	6 "

Arbeitervereine.

I. An bestimmt bezeichneten oder wenigstens ihrer Tendenz nach characterisirten ständigen Arbeiterorganisationen werden in den Berichten folgende genannt:

1. Arbeitervereine der durch den „Neuen Socialdemokraten“ vertretenen Schweizer-Hasenclever'schen Partei:

a. Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein“, resp. Zweigvereine desselben werden in den nachstehenden Bezirken erwähnt:

Elberfeld.

Duisburg.

Düsseldorf.
Mannheim.
Carlsruhe.
Stettin.
Cöln.
Greiz.
Flensburg.

b. Ferner wird bei Arbeiterorganisationen, welche ausdrücklich als der obigen Partei angehörig bezeichnet werden, noch aus folgenden Bezirken berichtet:

Essen
Altenburg.

2. Arbeitervereine internationaler Richtung von der Partei Bebel-Liebkecht finden Erwähnung in den Bezirken:

Essen.
Pforzheim.
Mainz.
Lörrach. Grossherz. Baden.
Leipzig.
Cöln.

3. Gewerk- oder Ortsvereine, welche ausdrücklich als dem Hirsch-Duncker'schen Verbands der Gewerkvereine zugehörend bezeichnet werden, finden Erwähnung in den Bezirken:

Schweidnitz.
Stettin.
Sorau.

4. Gewerk-, Orts- oder Fach-Vereine schlechtweg werden genannt in den Bezirken:

Berlin.
Pforzheim.
Schweidnitz.
Königsberg.
Stettin.
Cöln.
München.
Sorau.

5. An sonstigen centralen Arbeitervereinen finden sich noch erwähnt:

a. Verein Deutscher Cigarrenarbeiter, mit dem Sitze in Berlin und unter dem Präsidium von F. W. Fritzsche. Spuren desselben werden angeführt aus den Bezirken:

Coblenz.
Münster.
Leipzig.
Lüneburg.
Posen.
Stuttgart.

b. Allgemeiner deutscher Cigarrenarbeiterverein, mit dem Sitz in Leipzig, macht sich geltend in dem Bezirk: Würzburg.

c. Verband der Buchdruckergehilfen, Präsidium in Leipzig, entfaltet seine Wirksamkeit in den Bezirken:

Berlin.
Carlsruhe.
Leipzig.
München.
Posen.
Breslau.

d. Centralverein der deutschen Hutmacher, mit dem Sitz in Leipzig, übte seine Thätigkeit aus in den Bezirken:

Freiburg.	} Grossherzogthum
Lahr.	
Offenbach.	
Kehl.	
	Baden.

Altenburg.
Cöln.
München.
Offenbach.

e. Allgemeiner deutscher Formverbund, mit den Sitz in Hamburg, findet Erwähnung in den Bezirken:

Dillenburg.
Mainz.

f. Verein der deutschen Handschuhmacher, mit dem Sitz in Altenburg, wird genannt in den Bezirken:

Altenburg.
München.

6. Arbeitervereine, denen schlechtweg, ohne weiteren Zusatz eine socialdemokratische Richtung vorgeschrieben wird, kommen vor in den Bezirken:

Dillenburg.
Stolberg.
Cöln.
München.
Sorau.
Lüneburg.
Plauen.
Flensburg.

7. Arbeitervereine mit konfessioneller (ultramontaner) Färbung werden genannt in den Bezirken:

Eupen.
Essen.
Dortmund.

8. Ueber ständige Arbeitervereine, welche in keine der vorstehenden 7 Kategorien fallen, wird aus folgenden Bezirken berichtet:

Barmen.
Berlin.
Bayreuth.
Cöslin.
Eupen.
Kaiserslautern.
Schweidnitz.
Altenburg.
Greiz.
Offenbach.
Breslau.
Plauen.
Gernrode.

Die Frage, ob die unter 1—8 genannten Arbeitervereine den Zweck haben, Arbeitseinstellungen zu organisieren und herbeizuführen, kann wohl für die grosse Mehrzahl derselben, ihrem thatsächlichen Verhalten nach, unbedingt bejaht werden, wenngleich in vielen Fällen die Statuten nicht direkt darauf hinweisen. Diejenigen, welche in ihren resp. Bezirken Strikes angeregt, geleitet, organisiert oder unterstützt haben, werden unten noch eingehendere Berücksichtigung finden. Wo dies nicht der Fall, bekundeten doch fast sämtliche angeführten Vereine mittelbar ihre der Strikebewegung nicht abgeneigte Tendenz, indem sie sich zum Organ von eventuell durch Arbeitseinstellung durchzusetzenden Forderungen der Arbeiter machten oder auswärtige Strikes unterstützten etc.

II. In einer Anzahl von Bezirken wird, ohne dass bestimmte ständige Arbeiterorganisationen namhaft gemacht werden, nur im Allgemeinen das Bestehen von Arbeitervereinen oder das Hervortreten von Arbeiteragitationen konstatiert. Dies sind folgende:

Hagen.
Lennep.

Worms.
Cottbus.
Gera.
Hanau.
Lüdenscheid.
Iserlohn.
Görlitz.
Stralsund.
Crefeld.
Stargard.
Aachen.
Göttingen.
Geestemünde.
Giessen.
Saarbrücken.
Bochum.
Augsburg.

III. Bezüglich der unter I. aufgeführten Arbeiterorganisationen ist, namentlich in Ansehung ihres Antheils an den stattgehabten Strikes, noch Folgendes zu bemerken:

1. Arbeitervereine der Schweizer-Hasenclever'schen Partei:

a. Allgemeine deutsche Arbeitervereine.

Elberfeld. Die hier unternommenen Strikes oder Strikeversuche wurden von dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein in Scene gesetzt.

Duisburg. Die Arbeiteragitationen fanden ihren Mittelpunkt in dem Zweigverein des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Düsseldorf. In dem Orte Hilden, dem Schauplatze des Strikes in der Seidenweberei von Gressard & Co., bestand ein Zweigverein des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins.

Carlsruhe. Der hier bestehende Allgemeine deutsche Arbeiterverein (Richtung des „Neuen Socialdemokraten“), umfasst ca. 40—50 Mitglieder. Die Bedeutung dieses Vereins ist unwesentlicher, als die Wirksamkeit der Presse, die hier im „Neuen Socialdemokraten“ und dem in Pforzheim erscheinenden „Genossenschafter“ vertreten ist und offenkundig zu Strikes anreizt.

Stettin. Der Zweigverein des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und die in ihm auftretenden auswärtigen Agitatoren beeinflussen hauptsächlich die Arbeiter der Gewerbe und haben speciell auf grossindustriellem Gebiet den ersten Strike in der Provinzial-Zuckersiederei veranlasst.

Cöln. Von dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein ist nicht nachweisbar, dass in seinen oft zahlreich besuchten Versammlungen direkt auf Strikes hingewirkt worden, wohl aber wurden Strikes in manchen Reden als gutes Mittel zur Erlangung höherer Lohnsätze angepriesen, auch zur Förderung fremder Strikes Beiträge gezahlt. Der Verein sucht Lohnerhöhung insbesondere durch Fernhaltung fremder Arbeitskräfte herbeizuführen.

Greiz. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein verfolgt den Zweck, Strikes zu organisiren und zu unterstützen.

Flensburg. Ein Zweigverein des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist polizeilich aufgehoben worden.

b. Sonstige Arbeitervereine der Schweizer-Hasenclever'schen Partei.

Essen. Es bestehen socialdemokratische Vereine der Schwei-

zer'schen Partei, früher mit zahlreichen Mitgliedern, jetzt finden sie nur schwache häufigen Schwankungen unterworfenen Theilnahme.

Altenburg. Der Allgemeine deutsche Cigarrenarbeiterverein, Partei Hasenclever, zählt unter den hiesigen Arbeitern Mitglieder.

2. Arbeitervereine internationaler Richtung von der Partei Bebel-Liebknicht.

Essen. Die socialdemokratischen Vereine der Bebel'schen Partei hatten früher zahlreiche Mitglieder, jetzt finden sie nur schwache häufigen Schwankungen unterworfenen Theilnahme.

Pforzheim. Die internationale Metallarbeiterschaft hat sich erst kürzlich konstituiert, und lässt sich daher über ihre Tendenz nichts gewisses sagen.

Mainz. Die Agitation der meist der internationalen Arbeiterassociation angehörigen oder sich ihr zuneigenden Gewerkschaften war mittelbar eine Hauptursache der Strikes seit 1871. Die international-socialdemokratische Schreiner-Union arrangirte den Strike im Möbel-Schreinerei-Gewerbe und organisirte eine Strike-Kasse; überdies wurden in ganz Deutschland Beiträge für die Strikenden gesammelt. — Die (international-socialdemokratische) Schuhmacher-Union veranlasste den Strike in den Schuhfabriken, und übte einen solchen Druck auf die ihr nicht angehörigen Arbeiter, dass fast alle mitstrikten. — Zur Agitation, Aufregung und Erhaltung der Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dient auch die Veranstaltung einer „Arbeiter-Ausstellung“ zu Mainz, mit deren Ertrag hier ein „Arbeiter-Organ“ gegründet werden soll.

Lörrach (Grossherzogthum Baden). Es besteht hier ein internationaler Verein, welcher auch die Unterstützung von Strikes zum Vereinszweck hat.

Leipzig. Die sozial-demokratische (Bebel-Liebknicht'sche) Arbeiterpartei zählt hier viele Mitglieder und hat u. a. eine Gewerkschaft der Cigarrenarbeiter mit etwa 12—15 Mitgliedern begründet.

Cöln. Der Strike in der Centralwerkstätte der Rheinischen Eisenbahn wurde durch einen Emissär der sogenannten Internationale ins Werk gesetzt.

3. Gewerkvereine des Hirsch-Duncker'schen Verbandes.

Schweidnitz. Der Gewerkverein veranlasste, organisirte und leitete, unter persönlicher Intervention des Anwalts des Verbandes, Max Hirsch, den Strike der Waldenburger Bergleute im Jahre 1869. Seitdem aber findet bei den Grubenarbeitern eine umfangreiche gewerkvereinliche Verbindung nicht mehr statt.

Stettin. Im Zusammenhang mit dem Verbands der Gewerkvereine besteht in Bredow bei Stettin ein Ortsverein der Metall- und Maschinenbau-Arbeiter mit ca. 180 Mitgliedern, welcher zum Theil agitatorisch auftrat.

Sorau. Der Strike unter den Webern in den Bukskinfabriken zu Forst war durch den dortigen Gewerkverein (Hirsch) in Scene gesetzt.

4. Gewerk-, Orts- oder Fach-Vereine.

Berlin. Der Gewerkverein nebst anderen hiesigen Maschinenbau-Arbeitervereinen leitete den Strike in der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf ein.

Pforzheim. Der Gewerkverein der Goldarbeiter, dessen Organ der „Genossenschafter“ ist, obgleich heute

noch gegen alle sozialdemokratischen Tendenzen protestierend, vermochte doch, wie das Vereinsorgan zeigt, den sozial-demokratischen Einflüssen nicht zu widerstehen; vor der Hand machte er es sich zur Aufgabe, die neunstündige Arbeitszeit durchzusetzen, unterstützte auswärtige auf dieses Ziel gerichtete Strikes mit Geldmitteln, verbot den Zuzug zu den strikenden Industriebezirken und bedrohte diejenigen mit öffentlicher Brandmarkung, welche der vom „Genossenschafter“ befohlenen Arbeitersperre zuwiderhandelten. Die hier herrschende Arbeiterpartei sucht auch dahin zu wirken, dass Lehrlinge nicht in die Fabriken gehen sollen.

Königsberg. Der Ortsverein der Lederarbeiter organisierte den Strike der Schuhmachergesellen.

Cöln. Die hiesigen Strikes sind lediglich durch Beschluss und Beihilfe der einzelnen Gewerkvereine und Arbeiterkategorien in den Kreisen der betreffenden Gewerksgenossen resp. Arbeiter zu Stande gebracht worden. Als solche thätige Gewerkvereine sind vor allem die der Zimmerer, Tischler, Schneider, Steinhauer, Maurer und Metallarbeiter zu erwähnen.

München. Mit dem Zwecke Strikes zu organisieren und herbeizuführen, besteht ein Ortsverein der Gold- und Silber-Arbeiter, ferner ein Fachverein der Tischler, von dessen Mitgliedern kaum 5% brauchbare Arbeitskräfte sind. Der Fachverein der Hafnergehilfen war die Seele der Organisation des Strikes im Töpfergewerbe. Der Fachverein der Sattler steht mit dem Berliner Fachverein in Fühlung. Der Schuhmacherstrike wird von dem betreffenden Fachverein geleitet. In der Schächlergenossenschaft besteht zu Strikezwecken ebenfalls ein Fachverein. Der Strike der Schreinergehilfen folgte auf Veranlassung des lokalen Fachvereins der Tischler. Der Fachverein der Zimmergesellen verfolgt gleichfalls Strikezwecke. Bei den Schlossern bestehen Fachvereine, die angeblich die Fortbildung des Arbeiters bezwecken. Der Strike der Maurergesellen wurde von dem Fachverein der Maurer inszeniert. Der Fachverein der Spänglergehilfen, wie überhaupt sämtliche hiesigen Fachvereine mehr oder weniger, entfaltete eine sehr lebendige Thätigkeit.

5. Sonstige centrale Arbeiterverbindungen.

a. Verein deutscher Cigarrenarbeiter, mit dem Sitze in Berlin und unter dem Präsidium von F. W. Fritzsche.

Coblenz. Die strikenden Cigarrenarbeiter gehörten dem Berliner Vereine von Fritzsche an und erhielten ihre Ordres von diesem.

Münster. Die strikenden Cigarrenarbeiter gehörten dem Tabaksarbeiterverein zu Berlin unter Fritzsche an.

Leipzig. Die Zahl der hiesigen Mitglieder des unter Leitung von Fritzsche stehenden Vereins deutscher Cigarrenarbeiter in Berlin war nach dem hiesigen Strike von 1869 einmal sehr zusammengeschmolzen, ist jedoch neuerdings wieder im Wachsen begriffen. Das Organ des Vereins ist der „Botschafter“. Die Vereinskasse zunächst zu Unterstützungszwecken bestimmt, unterstützt in geeigneten Fällen auch Strikende. Während des hiesigen Strikes sind ca. 3000 Thlr zur Unterstützung der Striker aus der Centralkasse in Berlin gewährt. Für Agitationsreisen wird ebenfalls viel Geld verausgabt.

Lüneburg. Die vom Präsidium des Centralvereins in Berlin abhängige Cigarrenarbeiterverbindung übte, indem sie einen Agitator aus Hamburg kommen liess, einen solchen Druck auf die Fabrikanten aus, dass dieselben von dem Vorhaben, mehr Frauen zu beschäftigen, abstanden.

Posen. Die strikenden Cigarrenarbeiter und Sortierer in Rawicz, ebenso die in Posen beschäftigten Cigarrenarbeiter fast sämtlich, sind Angehörige des Vereins der Cigarrenmacher Deutschlands (Fritzsche), von welchen die Strikes organisiert und von Zeit in Scene gesetzt worden. Aus diesem Vereine haben sich in den Fabrikorten sogenannte Ortsvereine gebildet, die ihren Vorstand wählen, welcher mit dem Hauptverein eine stete Verbindung unterhält und die eingegangenen Strikegelder — wöchentlich 2—3 Gr. pro Mann — dahin abgeführt. Dagegen erhalten bei Strikes die beteiligten Mitglieder 3—4 Thlr. wöchentlich Unterstützung. Neuerdings ist man bemüht, die weiblichen Arbeiter dem Vereine zuzugesellen, um bei Strikes wirksamer agitieren zu können.

b. Allgemeiner Deutscher Cigarrenarbeiterverein, mit dem Sitz in Leipzig.

Würzburg. Urheber des Strikes in der Cigarrenfabrik von Gebr. Rosenheim war der Allg. Dtsch. Cigarrenarbeiterverein in Leipzig, welcher denselben auch mit Geld unterstützte. Bei dem Strike in der Tabak- und Cigarren-Fabrik von Josef Schürer waren Bevollmächtigte jenes Vereins hier am Platze. Der Einfluss derselben ist nicht zu messen. 20 Arbeiter der Fabrik waren schon von Anfang an Mitglieder gewesen. Am 2. Januar traten sämtliche Arbeiter bei, jedoch schon nach 8 Tagen wieder aus.

c. Verband der Buchdruckergehilfen, Präsidium in Leipzig.

Berlin. Der hiesige Buchdruckergehilfenverein hängt unmittelbar mit gleichen Vereinen in allen Druckorten Deutschlands zusammen, alle stehen gemeinsam unter dem Präsidium in Leipzig. Letzteres redigiert das Vereinsorgan „Correspondent“. Der hiesige Verein umfasst 1500 Mitglieder, während ca. 450 hier arbeitende Buchdruckergehilfen ihm nicht angehören.

Carlsruhe. Dem Buchdruckergehilfenverbände gehörten zur Zeit der bekannten Differenzen von den ca. 150 hier beschäftigten Gehilfen ca. 20 an, welchen damals gekündigt wurde.

Leipzig. Der Buchdruckerverband, nach dem Vorbilde der Englischen Gewerkvereine eingerichtet und 1865 begründet, mit ca. 7000 Mitgliedern in ganz Deutschland (nach der Zählung vom Februar 1873), hat zwar nicht die Organisation von Strikes zum Zwecke, sondern nur als Mittel für seine Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Gehilfen, welches Mittel er aber offenbar nicht als ein bloss im äussersten Nothfalle anzuwendendes behandelt.

München. Der Verband der Buchdruckergehilfen verfolgt sozialdemokratische Tendenzen und sind insbesondere die Mitglieder auf ergangene Ordre zum Strike gezwungen.

Posen. Die an der hiesigen Arbeitssperre beteiligten Setzer gehörten dem hierorts als Zweigverein des Leipziger Setzerverbandes bestehenden „Gutenberg-Verein“ an, an den sie Strikegelder pro Mann

wöchentlich 5 Gr. abzuführen haben. Dem Präsidenten dieses Vereins leisten sie unbedingten Gehorsam.

Breslau. Der hiesige Buchdruckerstrike hing mit den Bestrebungen des Gehilfenverbandes zusammen.

d. Centralverein der Deutschen Hutmacher, mit dem Sitz in Leipzig.

Grossherzogthum Baden. In Freiburg, Lahr, Offenburg und Kehl bestehen Filialen des deutschen Hutmachervereins.

Altenburg. Der Centralverein der deutschen Hutmacher zählt unter den hiesigen Arbeitern Mitglieder.

Cöln. Im August 1871 wurde zu Leipzig der Centralverein der deutschen Hutmachergelesen gegründet, welchem sich sämtliche gelernte Hutmacher der hiesigen Fabrik von J. C. Cahn Söhne anschlossen. Die Statuten des Vereins drohten grosse Nachteile für die freie Entwicklung des Industriezweiges. Die in Folge des vereinigten Vorgehens der Fabrikanten ausgebrochenen Arbeitseinstellungen wurden von dem Centralverein mit Geldmitteln unterstützt.

München. Der Centralverein der Hutmacher sorgte für die Inszenirung des hiesigen Hutmacherstrikes.

Offenbach. Der Centralverein der deutschen Hutmacher in Leipzig leitete den hiesigen Strike, der sich zugleich über einen grossen Theil Deutschland erstreckte. Hier hat der Verein gegenwärtig nur noch wenige Mitglieder.

e. Allgemeiner deutscher Formerbund, mit dem Sitz in Hamburg.

Dillenburg. In Herborn konstituirte sich neuerdings eine Vereinigung von Formern im Anschluss an den Allgem. deutschen Formerbund in Hamburg, mit bis jetzt ca. 40 Mitgliedern, welche ihre Instruktion in Frankfurt erhalten. Nach den Statuten hat der Bund u. a. den Zweck, den Normalarbeitstag herbeizuführen. Der Beitrag der Mitglieder beträgt monatlich je 5 Gr. Organ des Bundes ist der „Neue Socialdemokrat“. Das Recht auf Unterstützung, Rechtsbeistand etc. wird von den neueintretenden Mitgliedern erst dann erworben, wenn sie 6 Monate lang ihren Beitrag bezahlt haben. Treten Mitglieder aus, oder werden ausgeschlossen, so haben dieselben kein Anrecht mehr an der Kasse und Utensilien. Von den Beiträgen bleiben $\frac{2}{3}$ am Orte, $\frac{1}{3}$ ist an den Bundeskassirer zu senden. Der Beitrag kann bei vorkommenden Strikes durch den Bundesausschuss um die Hälfte erhöht werden. Wenn eine Arbeitseinstellung nothwendig wird, so hat der Ortsbevollmächtigte sofort dem Bundesausschuss Anzeige zu machen und Gründe mitzuthellen. Hiernach muss der Bundesausschuss innerhalb 4 Tagen Instructionen an den betreffenden Ort erlassen. In triftigen Gründen hat der Ortsbevollmächtigte alle Befugnisse in Betreff der Arbeitseinstellungen.

Mainz. Der in Hamburg domizilirende Lassalle'sche „Deutsche Formerbund“ sucht die Eisengiessereiarbeiter in sein Netz zu ziehen.

f. Verein der Deutschen Handschuhmacher, mit dem Sitz in Altenburg.

Altenburg. Der Verein der Deutschen Handschuhmacher hat bei der hiesigen Herzoglichen Landesbank ein Kapital von 800 Thlrn. eingeleihen.

München. Der Verein der Deutschen Handschuhmacher zählt hier Mitglieder.

6. Einzelne bestehende Vereine sozialdemokratischer Richtung. —

Dillenburg. Eine Arbeitervereinigung in Herborn, ursprünglich „Arbeiterbildungsverein“ benannt, wurde später in „Sozialdemokratischer Arbeiterverein“ umgetauft. Obwohl die Vereinsstatuten den Zweck, Strikes zu organisiren, gar nicht aussprechen sollen, so kann der Verein nach seinem bisherigen Auftreten doch zweifellos nur die Absicht haben, die Arbeitgeber zur Bewilligung massloser Forderungen zu nöthigen. In Volksversammlungen, wozu auswärtige Agitatoren berufen wurden, wurde zum Beitritt aufgefordert, der Verein soll Ende 1871 ca. 80 Mitglieder gezählt haben. Damals wurde in Folge mehrfachen Widerstandes und Aufreizungen gegen die Staatsgewalt der damalige Vereinsvorstand inhaftirt und bestraft, der Verein polizeilich aufgelöst. Seit der Zeit sind keine öffentlichen Kundgebungen der Thätigkeit des Vereins bemerkbar, eine geheime Wirksamkeit der ca. 17 Mitglieder dauert jedoch fort und übt eine nachtheilige Wirkung aus.

Stolberg. Zur Zeit des Strikes bei dem Eschweiler Bergwerksverein bestand dort ein sozialdemokratischer Arbeiterverein und fanden regelmässig wöchentlich 1—2 Mal Arbeiterversammlungen unter Leitung von sozialdemokratischen Abgeordneten statt.

Köln. In den ziemlich zahlreich besuchten Versammlungen des sozialdemokratischen Arbeitervereins wurden Reden gehalten, in denen Strikes als gutes Mittel zur Erlangung höherer Löhne angepriesen wurden. Auch zur Förderung fremder Strikes wurden Beiträge gezahlt.

München. Der Strike der Kleidermachergehilfen deutete auf den hiesigen sozialdemokratischen Verein als Quelle hin.

Sorau. Seit der Beendigung des Strikes in den Bukskinfabriken zu Forst setzt ein sozialdemokratischer Verein das Wühlen fort.

Lüneburg. Der Strike in dem Lüneburger Eisenwerk wurde von einem Arbeiterverein herbeigeführt und organisirt, welcher zu solchem Zweck konstituirte war. Ob derselbe noch besteht, ist nicht bekannt. — Die an dem Weberstrike theilnehmenden Arbeiter gehörten bis auf wenige dem sozialdemokratischen Vereine an.

Plauen. Der Arbeiterverein zu Zwickau ist ebenso wie der zu Reichenbach der sozialdemokratischen Richtung angehörig. Letzterer soll nach der Ansicht der Firma Georg Schleber bei dem Strike ihrer Färberei- und Appretur-Arbeiter seine Hand mit im Spiele gehabt haben.

Flensburg. Der unter dem Namen „Wahlverein“ bestehende sozialdemokratische Verein nimmt gerne die Anregung zu Strikes und die Vermittelung gegenseitiger Unterstützung bei Strikes in die Hand.

7. Arbeitervereine konfessioneller Färbung.

Eupen. Bei dem Strike in den Tuchfabriken zu Eupen wurde die gegenseitige Erbitterung durch eine Protestbroschüre des Aachener „Arbeitervereins vom heiligen Paulus“ erhöht und die Beilegung hinausgeschoben.

Essen. Es besteht hier ein christlich-sozialer (ultramontaner) Arbeiterverein, der zwar nicht Strikes orga-

nisirt, aber in regelmässigen Versammlungen, sowie durch sein Parteiorgan „die Essener Blätter“, die sozialen Bestrebungen lebhaft unterstützt. Er zählt 1000—1200 Mitglieder.

Dortmund. In der Umgegend haben sich gegen 18 Bergmanns- (sogen. Knappen-) Vereine gebildet, welche zwar nicht die Organisation von Strikes zum ausgesprochenen Zweck haben, aber sozialistische Tendenzen verfolgen und, ausser der gegenseitigen Unterstützung auch zugleich konfessionellen Bestrebungen dienen.

8. Sonstige ständige Arbeitervereine.

Barmen. Es besteht ein Maschinenarbeiterverein, dessen Tendenzen zwar geheim gehalten werden, der aber nach Allem, was man davon bemerkt, nur den Zweck, Strikes zu organisieren, haben kann. — Die strikenden Arbeiter in der Gummiwaarenfabrik hatten sich unzweifelhaft der „Allgemeinen Deutschen Manufaktur-Arbeiterschaft“ angeschlossen, welche Striketendenz hat.

Berlin. Den Strike in der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf leiteten die hiesigen Maschinenbau-Arbeitervereine ein.

Bayreuth. Der „Arbeiterbildungsverein“ beschäftigte sich mit Unterstützung auswärtiger strikender Arbeiter und Förderung der auf Lohnerhöhung gerichteten Schritte hiesiger Arbeiter.

Cöslin. Der „Allgemeine Unterstützungsverein“, meist aus Maurern, Zimmerleuten nebst einigen Handarbeitern bestehend, zieht monatliche Beiträge von den Mitgliedern ein und soll einen Theil davon in eine Strikekasse nach Berlin monatlich einsenden. Vermuthlich ging aus dieser Strikekasse sämtlichen hiesigen Zimmergesellen während des Strikes Unterstützung zu.

Eupen. Als erste Veranlassung des Strikes in den hiesigen Tuchfabriken mag wohl das „Arbeiter-Kasino“ gelten, wo der Gedanke der Erzielung von Lohnerhöhung durch Pression auf die Fabrikanten schon längere Zeit kultivirt worden. Der Plan des Strikes war wohl berechnet und im Arbeiter-Kasino wohl organisirt.

Kaiserslautern. In dem (demokratischen) „Arbeiterbildungsverein“ haben verschriebene auswärtige Agitatoren auf Trübung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Nehmern hinzielende Vorträge gehalten.

Schweidnitz. Die Porzellandreher in Altwasser haben einen Verein mit Striketendenz; zur Zeit des Strikes wurde eine Strikekasse errichtet. Als Organ für die Vereinsangelegenheiten erscheint in Coburg ein eigenes keramisches Zeitblatt, „der Sprechsaal.“

Altenburg. Der „Sächsisch-Türingische Verein der Buchdrucker“, welcher den Zweck, Strikes zu organisieren, verfolgt, zählt unter den hiesigen Arbeitern Mitglieder.

Greiz. Einer der hier bestehenden Arbeitervereine hat die alleinige Tendenz, Strikes zu organisieren und zu unterstützen. Der Verein hat eigene Führer, die wahrscheinlich auch ganz erhalten werden.

Offenbach. Der Strike der Portefeuillearbeiter wurde durch den Vorstand eines Vereins geleitet, welcher die Organisation von Strikes bezweckt. — Der Maschinenbauer-Verein, dessen stramme Organisation hervorgehoben wird, organisierte und leitete den Maschinenarbeiter-Strike.

Breslau. Unter den Maschinenbauern, Bauhandwerkern, Tapeziergehilfen und Buchbindergesellen bestehen mehr oder minder weitverzweigte Verbindungen, deren Vorstände vorkommenden Falls die Strikes organisieren, indem sie die Forderungen der Arbeiter formulieren, Existenzmittel während der Dauer des Strikes zu beschaffen suchen und bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern als Repräsentanten der gesamten Arbeiterschaft gehört zu werden verlangen.

Plauen. Unter den Kohlenbergleuten des Zwickauer Reviers bestehen Arbeitervereine, welche jedoch, wenigstens was den öffentlich ausgesprochenen Zweck betrifft, der Striketendenz entbehren. — Der Bewegung unter den Maschinenstickern in Eibenstock gingen Besprechungen in dem sogenannten Stickerverein voraus, welcher aber sonst keinen Strikezwecken nachgeht.

Contraktbruch.

Von dem Bruch kontraktlich übernommener Verpflichtungen bezw. Nichteinhaltung der vertragsmässigen oder gesetzlichen Kündigungsfrist sind folgende Arbeitseinstellungen begleitet gewesen:

I. Grossindustrie.

A. Bergbau und Hüttenbetrieb.

1. Strike der Bergarbeiten auf den Gruben des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins-Bezirk Iserlohn.
2. Strike der Zinkschmelzer auf der Zinkhütte des Märkisch-Westfälischen Bergwerksvereins zu Letmathe Bezirk Iserlohn.
3. Strike der Bergleute des Eschweiler Bergwerksvereins. Bezirk Stolberg.
4. Strike der Waldenburger Bergleute. Bezirk Schweidnitz.
5. Strike der Kohlenbergleute des Zwickauer Reviers. Bezirk Plauen.
6. Strike auf der Kgl. Steinkohlengrube Heinitz bei Neunkirchen } Bezirk
7. Strike in der Fenner Glasshütte. } Saarbrücken.
8. Strike in einer Glasshütte zu Sulzbach. }
9. Strike auf den Gruben vereinigt. Westfalia und Tremonia bei Dortmund.
10. Strike der Bergleute im Essener Revier.
11. Strikes auf dem Schaumburger Gesamtsteinkohlen-Bergwerk. Bezirk Hannover.

B. Maschinenbau und Metall-Industrie.

1. Strike der Maschinenarbeiter zu Aachen.
2. Strike in einer Maschinen-Fabrik. Bezirk Duisburg.
3. Strike der Maschinenarbeiter in Barmen.
4. Strike in der Hannover'schen Maschinenbau-Aktiengesellschaft.
5. Strike im Lüneburger Eisenwerk.
6. Strike in den Drahtziehereien zu Altena. Bezirk Lüdenscheid.
7. Strike in einem Kupferhammer zu München.

C. Eisenbahnbedarf- und Wagenfabrikation.

1. Strike in der Centralwerkstätte der Baierschen Ostbahn zu Regensburg.

2. Strike in der Centralwerkstätte der Rheinischen Eisenbahn zu Nippes. Bezirk Cöln.
3. Strike in der vormals Linke'schen Wagenbauanstalt zu Breslau.

D. Textil-Industrie.

1. Strike in der Baumwollspinnerei von Krauss u. Sohn in Augsburg.
2. Strike in der Leinenspinnerei von Alois Rüdler u. Co. zu Weiler im Allgäu. Bezirk Augsburg.
3. Strike in der Kammgarnspinnerei zu Augsburg.
4. Strike in der Lastingweberei von Ferdinand Mayer zu Cöln.
5. Strike der Baumwollenweber zu Gladbach.
6. Strike in der Seidenweberei von Gressard u. Co. zu Hilden. Bezirk Düsseldorf.
7. Strike in einer mechanischen Weberei zu Duisburg.
8. Strike der Färber in Crefeld.
9. Strike in der mechanischen Weberei zu Linden. Bezirk Hannover.
10. Strike in der Kunstwollenfabrik von Ludw. Lewenstein zu Linden. Bezirk Hannover.
11. Strike in der Hannover'schen Baumwollenspinnerei zu Linden. Bezirk Hannover.
12. Strike der Weber zu Lüneburg.
13. Strike in den Buckskinfabriken zu Forst. Bezirk Sorau.
14. Strike in den mechanischen Webereien zu Greiz.
15. Strike der Färberei- und Appreturarbeiter von Georg Schleber in Reichenbach. Bezirk Plauen.

E. Industrie der Nahrungsmittel.

1. Strike in der Cigarrenfabrik von Gebr. Rosenheim zu Würzburg.
2. Strike der Cigarrenarbeiter in Hanau.
3. Strike der Cigarrenarbeiter in Lüneburg.
4. Strike der Cigarrenarbeiter zu Altenburg.
5. Strike der Cigarrenarbeiter in Leipzig.
6. Strike der Bierbrauer in München.
7. Strike in der Pommerschen Provinzial-Zuckersiederei zu Stettin.

F. Diverse Industriezweige.

1. Strike in der Porzellanfabrik von C. Tielsch & Co. in Altwasser. Bezirk Schweidnitz.
2. Strike in der Bauer-Rehorst'schen Actienfabrik für Möbel-, Parquet- und Bauholz-Arbeit zu Breslau.
3. Strike in den Fortepiano-Fabriken zu Berlin.
4. Strike in der Norddeutschen Papierfabrik zu Cöslin.
5. Strike in der Gerberei einer Handschuhfabrik zu Altenburg.
6. Strike unter den Arbeiterinnen einer Hutfabrik zu Altenburg.

G. Buchdruckereien.

1. Strikes in Berlin.
2. Strike in Breslau.

II. Handwerksmässig betriebene Gewerbe.

A. Baugewerbe.

a. Zimmerer und Maurer.

1. Strike der Zimmergesellen zu München.
2. Strike der Zimmergesellen in Cöln.
3. Strike der Maurer in Lübeck.

4. Strike der Maurer in Flensburg.
5. Strike des Zimmerleute in Cöslin.
 - b. Tischler, Schlosser, Glaser, Maler.
1. Strike der Schlossergesellen in München.

B. Schneidergewerbe.

1. Strike der Kleidermacher in München.

C. Diverse Gewerbe.

1. Strike der Vergolder-Werkstätte von Gottlieb Conzen zu Düsseldorf.

Des Contractbruches, bezw. Verletzung der Kündigungsfrist, machten sich nicht selten auch nur einzelne Arbeiter schuldig, während die grosse Masse der an einem Strike theilnehmenden Arbeiter ihren Verpflichtungen nachgekommen war. Ebenso legten häufig einzelne Arbeiter isolirt mit dem Contractbruch, bezw. ohne Kündigung die Arbeit nieder, ohne dass ein förmlicher Strike damit verknüpft war. In mehreren Berichten wird ferner die Frage des Contractbruches, nur in allgemeinerer Weise, mit Hinblick auf die ganze Industrie des betreffenden Bezirkes, ohne Beziehung auf jeden einzelnen der vorgekommenen Strikes, beantwortet und stellenweise mit kurzen erläuternden Bemerkungen begleitet. Nachstehende bezirksweise Zusammenstellung wird hierüber Aufschluss geben.

Barmen. Die Frage des Contractbruches wird bei den Strikes der Bandwirker und Webergesellen verneint, weil dem Ortsgebrauche nach eine Kündigungsfrist nicht eingeführt ist.

Görlitz. Die Actiengesellschaft Fabrikation von Eisenbahnmateriale berichtet über Einstellung der Arbeit seitens einzelner Arbeiter, welche fast immer kontraktbrüchig erfolgte.

Elberfeld. In den Türkischroth-Garnfärbereien besteht keine Kündigungsfrist.

Stargard. Plötzlicher Austritt einzelner Arbeiter ohne Innehaltung der kontraktlichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist nimmt in erschrecklicher Weise zu und tritt mit einer gewissen Regelmässigkeit auf.

Pforzheim. Arbeiter und Lehrlinge halten die fabrikmässige Kündigungs- resp. Lehrzeit sehr häufig nicht ein.

Göttingen. Bei den stattgehabten Strikes wurde die vorschriftsmässige Kündigungsfrist gewöhnlich nicht beachtet.

Mainz. Alle Strikes im Bezirk erfolgten unter Bruch der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungsfrist, bezw. unter Nichterfüllung übernommener Verpflichtungen.

Düsseldorf. In der Türkischroth-Färberei von A. Sartorius & Co. bestand früher keine Kündigungsfrist, nach dem Strike ist eine 14tägige eingeführt. — Das Kgl. Gewerbegericht äussert sich: „Der bequeme Verdienst scheint den Bruch kontraktlich eingegangener Verpflichtungen eher zu befördern.“

Grossherzogthum Baden. Die gemeldeten Strikes waren zum grössten Theil von Contractbruch begleitet, indem die Kündigung nicht eingehalten wurde.

Königsberg. Im Schneidergewerbe existiren gewöhnlich keine Kontrakte. Die 14tägige Kündigung der Gewerbeordnung wird selten gehandhabt. Meistens ist Stückerarbeit, und kam es hin und wieder vor, dass mancher Schneidergehilfe die angefangene und bezahlte Arbeit liegen liess.

Lübeck. Die Rammarbeiter und Zimmerer, ebenso die

- Schiffszimmerleute der Baudeputation arbeiteten im Tagelohn ohne Kündigungsfristen.
- Carlsruhe. Vielfach waren die Strikes von Kontraktbruch, sofern Nichteinhaltung orts- oder geschäftsübliche Kündigungsfrist als solcher betrachtet wird, begleitet.
- Leipzig. Bei dem Buchdruckerstrike von 1873 verliessen nur 22 Personen von den Strikern, und zwar vorzugsweise Maschinenmeister, die Arbeit ohne Kündigung. Für letztere ist eine vierwöchentliche Kündigungsfrist üblich, während die Setzer gegen achtägige Kündigung arbeiten. Jene beriefen sich zum Theil auf die 14tägige Frist, welche die Gewerbe-Ordnung — freilich nur in Mangel einer Vereinbarung — vorschreibt.
- München. Seitens der Besitzer eines Eisenwerkes wird erklärt, dass bei Arbeitseinstellungen einzelner Arbeiter die eingeführte 14tägige Kündigung häufig nicht eingehalten wird. — Eine Möbelfabrik klagt gleichfalls über Verlassen der Arbeit ohne Beachtung des eingegangenen Akkordes seitens einzelner. Im Maurergewerbe sind die Arbeiter nur von Tag zu Tag aufgenommen.
- Offenbach. Bei den hiesigen Strikes wurden eigentliche kontraktbrüchige Verpflichtungen nicht verletzt, wenn man nicht das Liegenlassen angefangener Arbeiten darunter begreifen will.
- Augsburg. Von verschiedenen industriellen Firmen wird konstatiert, dass Arbeiter, einzeln oder auch zu mehreren, ohne Respektirung der kontraktlich vereinbarten Kündigungsfrist die Arbeit verlassen.
- Posen. Bei dem Buchdruckersrike legten nur 3 Gehilfen unter Nichtbeachtung der 14tägigen Kündigungsfrist sofort die Arbeit nieder. — Bei den Cigarrenfabriken in Rawicz und Posen bestehen meistens weder Kündigungsverhältnisse, noch kontraktliche Verpflichtungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Nur bei den Unterarbeitern, Wickelmachern und dergl. wird eine 8 bis 14tägige Kündigung stipulirt, die jedoch die Arbeiter selten inne halten.
- Flensburg. Es ist vorgekommen, dass Lehrlinge, besonders in den Eisengiessereien, ohne weiteres aus dem Dienst gegangen sind.
- Berlin. In der Weberei wird hier fast ausschliesslich auf Stücklohn gearbeitet, und werden bei Ausbruch des Strikes die begonnenen Stücke wohl sämmtlich nach dem früher vereinbart gewesenen Lohne abgearbeitet worden sein. — In der keramischen Industrie ist Kontraktbruch in Bezug auf Verlassen der Arbeit ohne Kündigung Regel, und zwar von jeher, gewesen.
- Barmen. Bei dem Strike der Maschinenarbeiter wurden einige der am Strike unbetheiligten Arbeiter miss-handelt. — Bei dem Strike der Webergesellen baten die Weiterarbeitenden, vielleicht durch Drohungen der Vereinsmitglieder eingeschüchtert, einige Tage nach Anfang des Strikes darum, vorläufig die Arbeit einstellen zu dürfen; während des Strikes neu engagierte Arbeiter legten, ebenfalls durch Drohungen veranlasst, die Arbeit nach kurzer Zeit wieder nieder.
- Iserlohn. Diejenigen Bergleute, welche sich zum Anfahren bereit erklärt hatten, wurden durch Drohungen und massenhafte Zusammenrottungen von Fabrikarbeitern davon zurückgeschreckt.
- Stralsund. Einige Zimmerleute versuchten andere nicht Strikende durch Drohungen, die einmal sogar in Thätlichkeiten ausarteten, von der Arbeit abzuhalten.
- Elberfeld. Einzelne Excesse kamen bei dem Strike in den Türkischroth-Garn-Färbereien vor, die sich auf Drohungen und Thätlichkeiten gegen einige alte, in Arbeit gebliebene Arbeiter beschränkten.
- Cöslin. Von den strikenden Zimmergesellen wurden 11 verhaftet und durch richterliches Urtheil mit 1 bis 3 Wochen Gefängniss bestraft, weil sie durch Drohungen und Thätlichkeiten Zwang auf Arbeitende ausgeübt hatten.
- Essen. Gelegentlich des Strikes der Bergleute kamen einige Male in Arbeiterversammlungen Tumulte vor, wobei die Gensdarmerie von der Waffe Gebrauch machen musste. Bedrohungen und thätliche Angriffe gegen solche Arbeiter, welche die Arbeit fortzusetzen suchten, sind strafrechtlich geahndet.
- Aachen. Es fanden vielfache Beschimpfungen und Bedrohungen der nicht strikenden Maschinenarbeiter Statt.
- Mainz. Es wurde der Versuch gemacht, diejenigen Leute, welche während des Strikes in der Lederfabrik arbeiten wollten, selbst gewaltsam am Betreten der Fabrikräume zu hindern, jedoch ohne dass es in Wirklichkeit zu Gewaltthaten kam.
- Düsseldorf. Während des Strikes in der Seidenweberei von Gressard & Co. in Hilden fanden öffentliche Aufzüge der Striker und Excesse in ihrem Versammlungslokal statt.
- Dortmund. Der rechtzeitigen Hierherlegung von Gensdarmen während des Strikes der Bergleute ist es zu verdanken, dass nennenswerthe Ordnungsstörungen vermieden wurden: nur einige kleine Excesse kamen vor.
- Schweidnitz. Bei dem Strike im Waldenburger Kohlenrevier waren Seitens des Gewerkvereins der Bergleute Maassregeln getroffen, um diejenigen Mitglieder, welche fortarbeiten wollten, gewaltsam davon abzuhalten oder wenigstens einzuschüchtern. Daher waren Patrouillen an den Wegen zu den Schächten aufgestellt, welche die nach den Gruben gehenden Arbeiter mit Schimpfreden insultirten und sich sogar Thätlichkeiten erlaubten; durch diesen Terrorismus war eine nicht unbedeutende Anzahl von Bergleuten gezwungen, von ihrem Vorhaben abzustehen. Es musste zu Verhaftungen und Bestrafungen der am meisten incriminirten Bergleute und Vermehrung des Polizeipersonals geschritten werden.

Ordnungsstörungen.

Störungen der öffentlichen Ordnung sind im Gefolge der Arbeitseinstellungen nur in den wenigsten Fällen vorgekommen. Was von derartigen Störungen, wohin auch Drohungen und Thätlichkeiten gegen zur Theilnahme am Strike nicht geneigte Arbeiter zu zählen sind, berichtet wurde, ist in nachstehender Uebersicht zusammengestellt.

Hagen. Es fanden wiederholt Umzüge der Striker in angetrunkenem Zustande statt.

Königsberg. Die strikenden Maurergesellen vertrieben auch diejenigen Kameraden, welche die Arbeit fortsetzen wollten.

Lübeck. Bezüglich des Maurerstrikes wird hervorgehoben, dass das Polizeiamt einige Beamte zum Schutze der die Arbeit wiederaufnehmenden Gesellen aufstellte.

Stettin. Von den strikenden Arbeitern der Maschinenbauanstalt Müller & Holberg wurden einzelne wegen Aufwiegelung zur Bestrafung gezogen.

Leipzig. Bei dem Strike der Cigarrenarbeiter drohte in einem Falle ein Excess auszubrechen, welcher jedoch durch polizeiliche Hilfe verhütet wurde; indess ist konstatirt, dass Alles dazu vorbereitet war.

Greiz. Die strikenden Arbeiter der mechanischen Webereien zogen in grossen Processionen vor die betreffenden Fabriken und suchten durch hineingesandte Aufforderungen die Arbeit zu stören. Des Morgens wurden die Wege nach den Fabriken besetzt und diejenigen, welche arbeiten wollten, gezwungen, dies zu unterlassen. Gewalt wurde nicht angewendet. Als einige Fabriken sich mit ihren Leuten geeinigt hatten, suchte man den Strike durch Umzüge zu beleben.

München. Bei dem Strike der Töpfer kam es in einzelnen Werkstätten zu Ordnungsstörungen. — Da Namensfälschungen und Hausfriedensstörungen den Schuhmacherstrike begleiteten, so musste die Hilfe des Gesetzes in Anspruch genommen werden. — Von den strikenden Schreinergehilfen wurden wegen öffentlicher Ruhestörung 4 Individuen auf 3 bis 8, 1 auf 14 Tage mit Gefängniss bestraft. — Beschimpfungen und Drohungen waren bei dem Strike der Zimmergesellen häufig. — Strikende Maurergesellen liessen sich einmal gegenüber fremden Maurern Ordnungsstörungen zu Schulden kommen.

Sorau. Bei dem Strike in den Bukskinfabriken zu Forst waren mehrfache Ordnungsstörungen zu beklagen: Man suchte alle Arbeiter, welche von auswärts herangezogen wurden, und alle diejenigen, welche überhaupt arbeiten wollten, mit Gewalt davon abzuhalten, daher wurde Untersuchung eingeleitet und auch Bestrafungen vollzogen. Als militärische Hilfe wurde eine Compagnie Infanterie von Cottbus requirirt, welche während des ganzen Strikes in Forst stationirt war und vor grösseren Excessen, welche ganz sicherlich stattgefunden hätten, bewahrte.

Lüneburg. Die weiter arbeitenden Former des Eisenwerkes wurden von den strikenden überfallen und misshandelt, mehreren Formern, welche nicht mitstriken wollten, die Fenster eingeschlagen. — Bei dem Strike in der Weberei wurden dem Fabrikanten Nachts einige Fenster im Wohnhaus eingeworfen. Einigen Webern, welche die Arbeit früher wieder aufzunehmen beabsichtigten, sollen Prügel ausgeheilt worden sein.

Augsburg. Eine grosse Anzahl Arbeiter der Baumwollspinnerei Krauss u. Sohn wurde durch Drohungen zur Theilnahme am Strike gezwungen. Die Fabrik wurde gleich beim Beginne des Strikes von einer Compagnie Soldaten besetzt; auch die Schutzmannschaft blieb während der ganzen Dauer des Strikes in der Fabrik. Hierdurch wurde die von mehreren Seiten angedrohte Demolirung verhütet.

Magdeburg. Gegen vorgekommene Gesetzübertretungen, namentlich gegen Verletzung des §. 240 Strafgesetzbuchs schritten die gerichtlichen Behörden mit ebenso grosser Schnelligkeit als Energie ein.

Posen. Bei den Strikes im Baugewerbe wurden die willig gebliebenen Arbeiter durch Drohungen an Wiederaufnahme der Arbeit gehindert; ebenso bei dem Tischlerstrike. — Eine Zusammenrottung von renitenten Maschinenarbeitern wurde durch Einschreiten der behördlichen Organe bald beseitigt.

Hannover. Bei dem Strike in der Hannover'schen Maschinenbau-Aktiengesellschaft liessen sich etwa 20 Mann von den Strikern ungebührliche Reden und Drohungen gegen ihre zum Strike nicht geneigten Mitarbeiter zu Schulden kommen. — Bei dem Strike in der Hannover'schen Baumwollspinnerei fanden Zerstörungen an der Wohnung des Portiers und an der Einfriedigung der Fabrik statt. — Bei dem Strike in der mechanischen Weberei hielten die Anstifter durch Aufstellung von Posten an den Strassenecken und Ueberredung oder drohende Geberden die zur Fortsetzung der Arbeit geneigten Arbeiter mit Erfolg davon zurück.

Würzburg. In den Strike der Cigarrenarbeiter von Gebr. Rosenheim sollten auch die Hausarbeiter durch Drohungen mit hineingerissen werden, dieselben widerstanden aber. — Die strikenden Schneidergesellen suchten durch Drohungen die willigeren Gesellen von der Arbeit zurückzuhalten.

Berlin. Beim Beginn der Strike-Agitation in der Norddeutschen Fabrik für Eisenbahnmateriale wurden neu angestellte Meister durch Drohungen gezwungen, die Fabrik zu verlassen, wobei auch Thätlichkeiten gegen zwei derselben verübt wurden. Der Assistent des Obermeisters wurde beschimpft und derartig bedroht, dass er aus den Werkstätten flüchten musste. Zur Sicherstellung wurde Polizei requirirt, deren Einschreiten unter energischer Leitung es gelang, grobe Excesse zu verhüten. Ein erheblicher Theil der Striker erklärte, dass sie nur aus Furcht vor Misshandlung mitstrikten.

Forderungen der Arbeiter.

Die Forderungen, welche von den strikenden Arbeitern gestellt wurden, bezweckten 1) Lohnerhöhung; 2) Aenderung bzw. Verkürzung der Arbeitszeit; 3) Befriedigung anderweitiger, weder auf Lohn noch auf Arbeitszeit bezüglicher Wünsche der Arbeiter. In vielen einzelnen Strikefällen handelte es sich um die gleichzeitige Durchsetzung mehrfacher, nicht auf eine der drei angegebenen Kategorien beschränkter, sondern zwei oder alle drei Kategorien kombinirender Forderungen.

Demnach lassen sich die Arbeitseinstellungen, soweit solche hier überhaupt in Berechnung kommen können, in 4 Classen eintheilen.

I. Die Zahl derjenigen Strikes, welche nur Lohnerhöhung bezweckten, beträgt 93.

II. Die Zahl derjenigen Strikes, welche nur Aenderung bzw. Verkürzung der Arbeitszeit bezweckten, beträgt 7.

III. Die Zahl derjenigen Strikes, welche nur Befriedigung anderweitiger, weder auf Lohn noch auf Arbeitszeit bezüglicher Wünsche der Arbeiter bezweckten, beträgt 18.

IV. Die Zahl derjenigen Strikes, welche die Durchsetzung verschiedenartiger kombinirter Forderungen bezweckten, beträgt 61.^{*)}

1. Lohnforderungen.

Was nun die Forderungen auf Lohnerhöhung betrifft, so waren dieselben in sich sehr mannigfaltiger Natur. Im Allgemeinen gingen dieselben entweder auf eine, in den meisten Fällen bestimmt fixirte Steigerung des Arbeitslohnes im Ganzen, oder nur auf bessere Bezahlung einzelner Arbeitsverrichtungen, besondere Vergütungen, Zuwendung gewisser Vortheile, günstigere Berechnung etc.

Die Forderungen auf allgemeine Lohnerhöhung wurden häufig in der Weise formulirt, dass ein nach Procenten bemessener Zuschlag zu dem bisherigen Arbeitslohn verlangt wurde. Es variirt dieser Satz zwischen 60 % im Maximum und 10 % im Minimum: sehr oft findet sich der Satz von 25 %. Der neu eingeführte Buchdrucker-tarif fordert für complicirteren Druck unter Umständen 100 % und mehr Aufschlag gegen die frühere Norm.

Nächst dem wurde auch nicht selten ein bestimmter Zuschlag, in einer Geldsumme ausgedrückt, auf den Stück- oder Zeit-Lohn beansprucht. Bei Akkorden, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, wird zuweilen die Erhöhung der wöchentlichen Abschlagszahlung auf die festgesetzte Akkordsumme oder den erst später genau zu fixirenden Akkordlohn verlangt. Der Wunsch nach Verbesserung des Einkommens kleidet sich ab und zu in die Forderung auf eine andere Regulirung der Stücklohnberechnung.

Weit verbreitet zeigt sich das Streben Normallöhne herbeizuführen, und so eine Gleichstellung des tüchtigen und ungeschickten, des fleissigen und lässigen Arbeiters, der schwierigen und leichten Arbeit zu erzielen. Diese Tendenz der Uniformirung tritt z. B. hervor bei dem Strike der Cigarrenarbeiter in Leipzig, indem die in den von den Strikern vorgelegten Tarif geforderten Erhöhungen bei den besten Arbeiten nur 11 %, bei den niedrigsten dagegen 35 % ausmachten. Auf dasselbe Ziel ist die mehrfach wiederkehrende Forderung gerichtet, wonach jedem Arbeiter, oder auch dem „fleissigen“ Arbeiter ein bestimmter Minimalsatz unbedingt zukomme, garantirt werden müsse, z. B. die Fixirung des sogenannten „gewissen Geldes“ bei den Buchdruckern, der allgemeine normale Schichtlohn bei den Bergarbeitern, wo die Gedinge-Arbeit mit Schwierigkeit verknüpft ist etc. — Bei solchen Gewerben, wo wegen der Complicirtheit und Verschiedenartigkeit der Arbeitsverrichtungen die Aufstellung eines Normalsatzes für sämtliche Arbeiter nicht möglich ist, begegnet man häufig dem Verfahren, durch Erzwingung eines bis ins Detail ausgearbeiteten Lohn tariffs nicht allein ausgiebige Lohnerhöhungen, sondern auch Unabhängigkeit von dem Willen des einzelnen Arbeitgebers und von jedem Wechsel der Geschäftsconjunktur sicher zu stellen. Am weitesten gingen hier in Terrorisirung der Arbeitgeber wiederum die Buchdrucker, welche einen sehr umfangreichen neuen Lohn tariff, unter Zugrundelegung einer ganz neuen normalen Masseinheit für den Satz, binnen wenigen Tagen in Kraft gesetzt wissen wollten. Die über ganz Deutschland reichende Geltung dieses Tarifs und das damit verbundene System der Ortszuschläge verleihen dem Vorgang noch ein weiteres Interesse.

Mit dem allgemein hervortretenden Triebe auf Uni-

formirung von Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung hängt zusammen die Forderung in hohem Grade gesteigerter Lohnsätze für Extraarbeit jeder Art, wohin Ueberstunden Arbeiten nach Feierabend, Nacharbeit, Sonntags- und Festtags-Arbeit und Arbeiten ausserhalb der Fabrik gehören. Die Aachener Maschinenarbeiter z. B. stellten das Verlangen, dass bei Nacharbeit je 2 Stunden für $\frac{1}{4}$ Tag, die ganze Nacharbeit für $\frac{5}{4}$ Tag, 4 Arbeitsstunden am Sonntag für 1 Tag, eine einzelne Sonntagsstunde für $\frac{1}{4}$ Tag anzurechnen sei.

Andererseits wollen sich aber die Arbeiter gewöhnlich der Nothwendigkeit von Lohnabzügen oder Entziehungen durchaus nicht fügen. Eine Schuhfabrik in Mainz, welche durch Einführung der Maschinenarbeit eine Ersparung des vierten bis fünften Theils der bisherigen Arbeitslast zu Wege brachte und nun den Arbeitern einen geringen Lohnabzug machen wollte, wurde durch Arbeitseinstellung hieran verhindert. Für eine kurze durch die Eigenthümlichkeit der betreffenden Arbeitsmanipulation bedingte Unthätigkeit, z. B. Warten auf Ketten und Einschlag bei der Weberei, oder bei zeitweiligen Arbeitspausen wegen Mangels an Material oder Werkzeug, ja sogar für Feiertage, welche in die Woche fallen, ward oftmals Entschädigung beansprucht.

Vorbereitungs- und Neben-Arbeiten die sonstmals gar nicht weiter in Betracht kamen, da sie als untrennbarer Theil der Hauptarbeit durch den geltenden Akkordlohnsatz mitvergütet wurden, sind in neuerer Zeit zum Objekt separater Forderungen ausersehen worden. In einer Tuchfabrik z. B. verlangten die Arbeiter eine besondere fixirte Vergütung für Aufbäumen, Anknüpfen und Kammwechsel bei Inangriffnahme eines neuen Stückes, ebenso einen gewissen Spuhllohn.

In mehreren Arbeitsbranchen, namentlich in der Cigarrenfabrikation, erhoben die Arbeiter die Forderung dass für die Verarbeitung geringerer Sorten, und im Falle der Lieferung schlechten oder mangelhaften Materials eine besondere Lohnerhöhung bewilligt werde.

Die Bergarbeiter fügten zu ihren sonstigen Ansprüchen mehrfach auch den auf Lieferung der zu ihrem eigenen Gebrauche bestimmten Brandkohlen zu einem billigeren Preise hinzu.

In wenigen Fällen beschränkten sich die Strikenden auf die Forderung einer Abänderung des Modus oder des Termins der Lohnauszahlung. Namentlich arbeitete sie auf Verkürzung des Termins hin, z. B. Substituierung der wöchentlichen Lohnberechnung an Stelle der 14-tägigen.

Mit einem absonderlichen Anspruch rückten die Kleidermacher in München hervor: sie wünschen Gewinnantheil am Geschäft und zu diesem Zweck Ueberwachung der Buchführung von ihrer Seite.

II. Auf die Arbeitszeit bezügliche Forderungen.

Bei den Forderungen, welche sich um die Arbeitszeit drehen, steht im Vordergrund die Erzielung des Normalarbeitstages, welcher einen 12-stündigen Zeitraum inclusive zusammen 2 Stunden Frühstück, Mittag und Vesper, also 10 Stunden effective Arbeit umfassen soll. Bei den Bergarbeitern war 8-stündige Schicht die Parole, ausserhalb der Gruben jedoch z. B. in Waldenburg gleichfalls 10 Stunden. Bei den Bauarbeitern in Köln war dieses Kampfspiel schon überholt und bereits die 9-stündige Arbeitszeit in's Auge gefasst. Anderwärts dagegen, wie z. B. in Königsberg waren noch nicht sämtliche Etappen zurückgelegt, und zunächst erst die 12- oder 11-stündige Arbeitszeit Objekt des Streites.

Ferner richteten sich die Wünsche vieler Arbeiter-

^{*)} Eine kleine Anzahl von Arbeitseinstellungen, die in den ersten Theil des Berichts erst bei der Correctur eingeschoben wurde, ist bei diesen und den folgenden Zusammenstellungen nicht berücksichtigt.

klassen dahin, den Schluss der Arbeit um 6 Uhr Abends, insbesondere im Sommer, als unabänderliche Norm festzustellen. Mit besonderem Nachdruck wird darauf hingearbeitet, dass der Sonnabend als theilweiser Feiertag ausgezeichnet werde, indem die Arbeit hier schon um 5, vor hohen Feiertagen sogar um 4 Uhr Nachmittags aufhören soll. Hauptsächlich ist diese Forderung am Rhein im Schwunge.

Bei einigen Strikes ertönte als Feldgeschrei: Wegfall aller Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, Feiern von allen Feiertagen, auch den bloss kirchlichen. Bescheidener war die in einem Fall ausgesprochene Bitte, zu erlauben, dass die Arbeiter Morgens und Mittags 10 Minuten zu spät kommen dürften.

Anderweitige Forderungen verschiedener Art.

Viele der in diese Klasse einzureihenden Forderungen nahmen ihren Ausgangspunkt von den korporativen Organisationen der Arbeitnehmer, den Arbeiter-Parteien, -Vereinen oder -Komités und dienten der Machterweiterung, der Wahrung der solidarischen Interessen und des Corporationsgeistes derselben. So entzündeten sich ziemlich sämtliche Strikes in Cigarrenfabriken ebenso wie die in den Hutfabriken an den durch die bez. Centralvereine der Arbeiter betriebenen Agitationen; die Arbeitgeber fühlten sich hier schon durch die bloss Existenz und das Bekanntwerden der Statuten dieser Vereine bedroht und zu Gegenzügen veranlasst. Von Forderungen, welche direkt oder indirekt von den Eingebungen der Vereine herrührten, mögen folgende erwähnt werden: Die Arbeiter der Seidenweberei von Gressard & Co. bei Düsseldorf verlangten die Entlassung der nicht zu ihrer Partei gehörigen Werkmeister, da sie dieselben selbst wählen wollten. In Offenbach etc. wurde den Fabrikanten direkt die Unterwerfung unter das Statut des deutschen Hutmacherverbandes zugemuthet. Die Waldenburger Kohlenwerksbesitzer sollten die Anerkennung des Hirsch'schen Gewerkvereins aussprechen. Die Münchener Kleidermacher begehrten die Anstellung von Zuschneidern aus dem sozialdemokratischen Vereine. Die Posener Droguenfabrikanten sollten neue Gehilfen nur nach Uebereinkunft mit dem Vorstande des Cigarrenarbeiter-Vereins aufnehmen. Als höchst vexatorischer Natur werden von München aus die Forderungen des Verbandes der Buchdruckergehilfen bezeichnet.

Eine ganze Reihe der gestellten Forderungen zu involviren, wie dies schon bei einem Theile der eben angeführten der Fall ist, eine totale Aufhebung oder weitgehende Beschränkung der Selbstbestimmung und freien Disposition des Arbeitgebers, namentlich des Anstellungsrechtes. Beispielsweise mögen hier Platz finden: die Forderung der Arbeiter in einer mechanischen Weberei zu Duisburg, dass alle Aenderungen in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Nehmern von dem Arbeiter-Comité mit dem Fabrikherrn zu vereinbaren seien. Das Strikekomité der Essener Bergleute sollte zur Ueberwachung der von den Arbeitgebern zu machenden Zusagen dauernd bestehen bleiben. Die Offenbacher Portefeuillefabrikanten sollten nur durch Vermittelung eines von den Arbeitern errichteten Arbeitsnachweisebureaus Arbeiter engagiren. Die Porzellandreher in Altwasser (Bezirk Schweidnitz) billigten den kontraktbrüchigen Austritt von Lehrlingen aus der Porzellanfabrik, sprachen dieselben in förmlicher Pro-

cedur frei und gewährten ihnen Geldunterstützung zur Reise, Alles zum Trotz den Reklamationen des Arbeitgebers. Die Münchener Schreinermeister berichten, dass ihnen ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt wurde, das „in die bürgerlichen Rechte der Meister eingreift.“ Die Baumwollspinner in Augsburg beanspruchten das Recht, Meister und Obermeister selbst anzustellen. Die Arbeiter in einer Laubsägen- und Uhrfederfabrik daselbst verlangten Garantie, dass einige Personen, deren Engagement in Aussicht genommen war, nicht eintreten würden. Die Cigarrenarbeiter in Rawicz (Bezirk Posen) wünschten, dass die Beurtheilung der gelieferten Arbeit einer Kommission, bestehend aus dem Werkführer und einem Arbeiter der betreffenden Fabrik unterstellt werde. — Die Wiederanstellung von wegen ihrer agitatorischen Wirksamkeit und Führerschaft bei ausgebrochenen Strikes entlassenen, angeblich „gemassregelten“ Arbeitern wurde vielfach begehrt, auch die Verpflichtung des Arbeitgebers, die Anstifter nicht zu bestrafen, als Bedingung zur Wiederaufnahme der Arbeit gestellt.

Die Lust an möglichster Ungebundenheit veranlasste oftmals Forderungen auf Aufhebung oder Abänderung der Fabrikordnung, Beseitigung von Kontrollmassregeln, welche rechtzeitiges Erscheinen und pünktliche Arbeit zu sichern bestimmt sind, von den Arbeitern aber als Verletzung der Menschenrechte angesehen wurden.

Von sonstigen Forderungen sind noch bemerkenswerth: Wegfall von üblichen Geldstrafen; Beseitigung oder Beschränkung der Lehrlingsarbeit, der Frauenarbeit (vorzüglich in der Cigarrenfabrikation), der Hausarbeit, eines Prämiensystems für gewissenhafte Materialverwendung (in Leipziger Cigarrenfabriken); Auslieferung resp. Einsicht in die Rechnung und Kontrolle von Krankenkassen; bessere „menschwürdigere“ Behandlung; Beibehaltung von zünftigen Gerechtsamen (Schiffszimmerleute zu Lübeck); Lieferung besseren Materials zur Verarbeitung.

Abwehrmassregeln der Arbeitgeber.

Mit verhältnissmässigem Erfolg wurden bei partiellen Strikes Abwehrmassregeln ergriffen und gehandhabt. Manche Strikes wurden schon im Keime durch die Drohung des Arbeitgebers erstickt, die mit unannehmbaren Forderungen hervortretenden Arbeiter zu entlassen. In andern Fällen genügte die Entlassung eines oder mehrerer als Aufhetzer oder Rädelsführer sich erweisender Arbeiter, um die übrigen zur Ruhe zu bringen. Einigemal kehrten die Arbeiter, durch gütliche Vorstellungen des Arbeitgebers (z. B. Bochumer Verein für Gussstahlfabrikation) oder Vermittelung von Gewerbe- und Schiedsgerichten (Düsseldorf, Elbing) über ihre Interessen aufgeklärt, nach kurzer Zeit zur Arbeit zurück.

Gegenüber zum vollen Ausbruche gekommenen Strikes versuchten die Arbeitgeber häufig, durch Herbeiziehung auswärtigen Ersatzes die verlassenen Arbeitsstellen wieder zu besetzen und sich so jede Verhandlung mit den Strikern und etwaige Concessionen zu ersparen (z. B. Aktienbrauerei in Mainz). Handelte es sich nicht um den Ersatz einer grösseren Anzahl qualificirter Arbeiter, so war auch die einstweilige Verrichtung der nothwendigsten Arbeiten durch gewöhnliche Handarbeiter und Lehrlinge zuweilen durchführbar. Hie und da überliess die Militärbehörde zur Aushülfe Militärmannschaften (Stettin, München). Um der sonst unvermeidlichen Beschränkung der

Produktion und Brachlegung des Geschäfts vorzubeugen, den Arbeitern gegenüber aber freie Hand zu behalten, vergab man Arbeiten nach auswärts, wo derselbe Fabrikationszweig hemisch, und entlastete auf solche Weise den eigentlichen Schauplatz des Strikes, (Norddeutscher Lloyd, Schlossfabriken in Hagen). Als sehr wirksame Maassregel erwies sich die Einführung oder weitere Ausdehnung der Maschinenarbeit an Stelle der Handarbeit, wodurch mehr oder weniger Arbeitskräfte entbehrlich wurden (Schuhfabriken in Mainz, Hutfabrik in Cöln).

Vereinigt Handelnde mehrerer oder sämtlicher Arbeitgeber einer Branche, so naheliegend und im gemeinsamen Interesse geboten es auch erscheinen mochte, scheiterte doch nicht selten an den Partikularinteressen. Kam es jedoch dazu und wurde die Solidarität mit Beharrlichkeit aufrechterhalten, so scheiterten gewöhnlich die Strikes (z. B. Vereinigung der Bergwerksbesitzer in Essen und Waldenburg, Verein der Deutschen Hutfabrikanten u. a. m.). Die Verbindlichkeiten, welche die vereinigten Arbeitgeber zu Schutz und Trutz unter einander eingingen, bestanden hauptsächlich in folgenden Verabredungen und Maassnahmen: Aussperrung der Angehörigen gewisser Arbeitervereine (z. B. Centralverein Deutscher Hutmacher, Allgemeiner Cigarrenarbeiterverein Fritzsche, Gewerkverein der Bergarbeiter zu Waldenburg); allgemeine Entlassung der Arbeiter und Schluss sämtlicher Etablissements eines Industriezweiges; Nichtannahme von Arbeitern, welche in einer gleichartigen Fabrik strikten und keine ordnungsmässigen Zeugnisse besitzen; gegenseitige Mittheilung der Namen von kontraktbrüchigen Arbeitern; Verpflichtung, die Rädelsführer eines Strikes, Mitglieder des Strikekomite's etc. während einer bestimmten Zeit nicht in Arbeit zu nehmen; gegenseitige Aushilfe zur Verrichtung der dringendsten Arbeiten (Rheinische Eisenbahn in Köln, Normalzeitungen in Posen und Breslau); Verabredung, nur nach gegenseitigem Einvernehmen Concessionen zu machen; Festsetzung gemeingültiger Lohnsätze, von denen kein Mitglied einseitig abweichen darf. — Zur Sicherstellung der gegenseitigen Verpflichtungen diente gemeinhin die Vereinbarung von Conventionalstrafen und Hinterlegung von Wechsell.

An dauernden Organisationen der Arbeitgeber zur Verhütung und Abwehr von Strikes, zur Herstellung geordneter Arbeits- und Kündigungs-Verhältnisse sind zu nennen:

- Verein der Vertreter der Metallindustrie Berlin's und Umgegend.
- Verein der Berliner Zeitungs-Verleger und -Drucker (beschäftigen ca. 700 Zeitungssetzer).
- Verein der Berliner Pianoforte - Fabrikanten (beschäftigen 1780 Arbeiter).
- „Mitteldeutscher Fabrikantenbund“ der Arbeitgeber der Maschinenindustrie, Eisengiessereien etc., Sitz in Frankfurt.
- Verein der Möbelfabrikanten in Mainz.
- Vereinigung der deutschen Hutfabrikanten.
- Verein der deutschen Cigarrenfabrikanten.
- „Fabrikantenverein“ in Sorau.
- Verein der deutschen Maschinenfabrikanten, Eisengiessereibesitzer und verwandter Industrieller. Ursprung und Sitz in Chemnitz.
- Fabrikantenverein in Reichenbach (Bezirk Plauen).
- Verein der Rheinisch-Westfälischen Eisenhütten.

Befriedigung oder Zurückweisung der Forderungen.

Die gestellten Forderungen sind in 48 Fällen in vollem Umfange oder nach ihrem wesentlichen Inhalte befriedigt worden, in 52 Fällen fand eine theilweise Befriedigung statt, in 83 Fällen wurden dieselben ganz zurückgewiesen.

Nicht wenige Strikes der letzten Kategorie hatten jedoch, nachdem vorerst die Arbeiter, ohne Zugeständnisse des Arbeitgebers erreicht zu haben, bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen hatten, nachträglich eine gänzliche oder theilweise Erfüllung der geäusserten Wünsche im Gefolge.

Nichterfüllung oder Ablehnung von Aufträgen. Sonstiger Schaden.

Fast sämtliche Etablissements, die durch erhebliche längere Zeit andauernde Strikes betroffen wurden, kamen in die Lage, übernommene Aufträge nur verspätet ausführen zu können oder ganz unerfüllt lassen zu müssen, neu ertheilte Aufträge aber gänzlich abzulehnen.

Dass die verspätete oder ganz unterbleibende Lieferung bestellter Waare und Arbeit, resp. die Abweisung neuer Bestellungen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, direkte Verluste mit sich brachte, ist selbstverständlich, aber auch indirekte und in die Zukunft hinreichende Nachtheile waren sehr oft unausbleiblich. Einige hervorragende Beispiele mögen als Illustration dienen:

Während des Strikes in einer Cigarrenfabrik zu Burgsteinfurt musste der Verkauf vollständig eingestellt werden; mehrere gute Abnehmer gingen verloren und sahen sich nach anderen Lieferanten um. — In Folge des Strikes der Bergleute auf den Gruben des Eschweiler Bergwerksvereins mussten die umliegenden Hüttenwerke ihren Kohlenbedarf theilweise aus Westfalen decken. — Während des Buchdruckerstrikes in München fanden viele Aufträge auf anderem graphischem Wege ihre Vervielfältigung. — Der Strike in den Buxskinfabriken zu Forst (Bezirk Sorau) hatte die Wirkung, dass die Sommerartikel, welche für die kommende Saison grade gearbeitet wurden, nicht mehr rechtzeitig fertig gemacht und verkauft werden konnten; sie mussten liegen bleiben, und konnten natürlich, in ihrer Eigenschaft als Modewaaren, in der folgenden Saison nur noch als Ladenhüter gelten. Die Käufer wendeten sich nach anderen Fabrikstädten und liessen dort die Waaren anfertigen; manche Kundschaft wurde der Branche auch für die Dauer entzogen. — Das Lüneburger Eisenwerk verlor wegen der ungenügenden Lieferungen während des Strikes eine namhafte Zahl der Abnehmer von Handelswaren auf längere Zeit. — Bei dem Buchdruckerstrike in Posen musste eine Reihe von Druckwerken nach anderen Orten abgegeben werden.

Der schädliche Einfluss der Strikes geht vielfach über die direkt berührten Fabriken weit hinaus, indem nicht allein benachbarte Industrien, sondern ganz entfernte Bezirke empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden. — Durch den Strike der Färber in Crefeld wurden nicht die Färbereibesitzer selbst, sondern die Seidenfabrikanten, für welche jene arbeiteten, geschädigt, weil sie sich in ihren Lieferungen verspäteten, und daher letztere vielfach seitens der Besteller nicht mehr vorgenommen wurden. — Die Strikes der Kohlenbergleute im Essener und Waldenburger Revier etc. zogen in den verschiedensten Industriezweigen

Betriebstillstand nach sich, besonders für den Hochofenbetrieb. — Eine Breslauer Wagenbauanstalt konnte eine grosse Anzahl eiserner Güterwagen nicht rechtzeitig liefern und musste Conventionalstrafe zahlen, weil der Westfälische Façoneisenlieferant seinerseits wegen des Essener Strikes eine unfreiwillige Verspätung in seiner Materiallieferung eintreten lassen musste. — In Folge des Maurerstrikes zu Flensburg konnte die Erweiterung eines Walzwerkes nicht rechtzeitig ausgeführt werden, und war dasselbe nur im Stande, ca. $\frac{3}{5}$ der zu liefernden Schienen herzustellen.

Durch das plötzliche Verlassen der Arbeit und Liegenlassen der Fabrikate in unfertigem Zustande ging häufig der Werth der letzteren ganz oder theilweise verloren. Namentlich beklagen die Cigarrenfabriken in Burgsteinfurt, Leipzig, Rawicz, Posen u. a. solchen von den Arbeitern in frivolster Weise verursachten Schaden, ebenso die Bukskinfabriken zu Forst. Die Unterbrechung der technischen Continuität des Betriebes war auch für die Glas- und Coakshütten bei Saarbrücken nicht ohne Nachtheil.

Ueber unnütze Aufwendungen für Betriebsmittel und Lähmung der nicht strikenden Arbeiter während der Dauer von Arbeitseinstellungen wird vielfach berichtet. Es braucht nur an den unnötigen Verbrauch von Dampfkraft erinnert zu werden. — In den Leipziger Cigarrenfabriken mussten während des Strikes das Aufsichtspersonal und die Sortirer fortbezahlt werden, was namentlich für die jüngeren Geschäfte kein geringes Opfer war. — Die Bukskinfabriken in Forst mussten ihre Walk- und Appretur-Arbeiter weiterbezahlen, trotzdem diese gar nichts zu thun hatten.

Temporäre und dauernde Entziehung von Arbeitskräften, über den Kreis der Strikenden hinausgehend, findet sich mehrmals erwähnt. — Die strikenden Zimmerleute vom Trockendeck des Norddeutschen Lloyd zu Geestmünde fanden sofort andere Arbeit und traten nicht wieder ein; sie überredeten ihre Kameraden am Orte und auswärts, beim Lloyd keine Arbeit zu nehmen, so dass dieser genötigt, andere Schiffsbaumeister für sich arbeiten und seine Schiffe auswärts reparieren zu lassen. — Die Seidenweberei von Gressart & Co. bei Düsseldorf konnte bei dem Bestreben, böse Elemente fernzuhalten, lange Zeit ihre Arbeiterzahl nicht wieder completieren, musste ihre Produktion also einschränken. — Aus den Hutfabriken von Offenburg, Lahr und Kehl waren alle gelernten Hutmacher entlassen, neues Handwerker-Personal war erst anzulernen und aufziehen. — Eine grosse Masse geschulter Hand- und Neben-Arbeiter der Porzellanfabrik von C. Tielsch & Co. in Altwasser, welche durch den Strike arbeitslos und genötigt worden war, andere Arbeitsbranchen aufzusuchen, konnte bei Wiederaufnahme des Betriebes nicht wiedergewonnen werden. — Der Tischlerstrike in Posen hatte einen Mangel an besseren Arbeitern zur Folge, da letztere sich zumeist von hier entfernten.

Einen schweren Druck übten viele Strikes auf Absatzverhältnisse und Konkurrenzfähigkeit aus, welche oftmals sehr erschwert, in manchen Artikeln ganz vernichtet wurde. Als Belegfälle seien nachstehende angeführt: Eine Gummiwaarenfabrik in Barmen hebt hervor, dass die Konkurrenz namentlich gegen die Französischen Fabriken auf den auswärtigen Märkten schwieriger geworden sei. — Den Berliner Pianoforte-Fabriken gehen Ordres aus Amerika nicht mehr so reichlich, wie früher, zu, so dass der in den letzten Jahren so lukrativ gewordene Geschäftszweig wieder auf den Lokalbedarf beschränkt zu werden droht. — Die Maschinenindustrie in Aachen ist durch die Reduktion der Arbeitszeit in ihrer Produktionsfähigkeit verringert, und so eine Concurrenz mit auswärtigen gün-

stiger situirten Fabriken in manchen Artikeln nicht mehr möglich; dadurch ist das Absatzgebiet ein kleineres geworden. — Die durch die Lohnerhöhungen herbeigeführte Steigerung der Schuhwaarenpreise in den Mainzer Fabriken bedrohte deren bisherige (z. Th. überseeischen) Absatzquellen in fühlbarster Weise. — Zimmerarbeit kann gegenwärtig mit Vortheil von Mainz aus in dem theuren Wiesbaden bestellt werden. — Unter der Generalisirung des Buchdruckertarifs, dürften vorzugsweise die kleineren Druckorte zu leiden haben. — Die mechanischen Webereien Webereien in Greiz sind durch die auf dem Strikewege erzwungenen Lohnerhöhungen ganz wesentlich beeinträchtigt, da Konkurrenzstädte wie z. B. Gera bis heute noch billigere Webelöhne haben. — Die Cigarrenindustrie in Offenbach hat bleibenden Nachtheil erlitten, indem seit der eingetretenen Lohnerhöhung die Fabrikation der billigen Sorten (reine Pfälzer) in dortiger Gegend unmöglich wurde; das Exportgeschäft darin hat aufgehört. — Während der 3-monatlichen fast vollständigen Stockung des Betriebes in den Offenbacher Hutfabriken wurde der Markt mit ausländischen Waaren überschwemmt, die sich dadurch mehr oder weniger dauernd einbürgerten. — In Rawicz (Bezirk Posen) löste sich in Folge wiederholten Strikes die eine Cigarrenfabrik gänzlich auf. Ueberhaupt ist es der dortigen Cigarrenindustrie nunmehr unmöglich gemacht, billigere Fabrikate im Preise von 6—9 Thlr. herzustellen, und gerade in diesen Preisen sind die Nachfragen von Belang; früher machten darin die Fabriken ein umfangreiches Geschäft auf einem weiten Absatzgebiet.

In mehreren Industriezweigen haben die Strikes eine so intensive Wirkung geübt, dass zur Aufrechterhaltung der Existenz der betreffenden Fabriken ein Ortswechsel für nothwendig erachtet wurde. Ueber solche Dislocationen die entweder schon im Vollzug begriffen sind oder wenigstens in Aussicht stehen, wird in folgenden Fällen berichtet: Als unmittelbare Folge des Strikes in der Hanauer Cigarrenindustrie, welcher von einer gänzlichen Stokung aller Geschäfte begleitet war, wurde die Errichtung auswärtiger Filialen seitens mehrerer Fabrikanten in's Werk gesetzt. — Der Berliner Webewaaren-Industrie droht empfindlicher Schaden, indem der grösste Theil der hiesigen Fabrikanten, welche billigere tuchartige Stoffe oder Shawals arbeiten, gezwungen werden, dieselben ausserhalb anfertigen zu lassen. So droht die Weberei, welche früher hier sehr bedeutend war, mehr und mehr aus Berlin zu verschwinden. — Durch die Mainzer Arbeiterbewegungen hat die Anlegung und Erweiterung von Fabriken auf dem Lande in einigen Fällen neuen Anstoss bekommen.

Vielseitig werden Klagen vorgebracht über die in Folge der Agitationen und Lohnerhöhungen immer mehr zunehmende Demoralisation des Arbeiterstandes. Zuchtlosigkeit, Renitenz, Unpünktlichkeit, Trägheit, insbesondere die Neigung, möglichst viel Feiertage zu machen (blauer Montag, zuweilen auch noch Dienstag) haben zu einer Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse geführt, welche nach den verschiedensten Richtungen hin schädlich wirkte. Im Speziellen wird z. B. aus dem Bezirk Iserlohn angeführt, dass sich durch weniger angestrenzte und pünktliche Arbeit die Produktion vermindert habe; seit dem Eintritt der Lohnerhöhungen werde bei verhältnissmässig gleicher Arbeiterzahl ein geringeres Waarenquantum, als früher, fertig gestellt und somit Umschlag und Gewinn geschmälert; bei der geringeren Geneigtheit für bezahlte Ueberstunden zu arbeiten, habe die überaus günstige Konjunktur der letzten Zeit nicht sonderlich ausgenutzt werden können. — Die Unzuverlässigkeit der Arbeiter und die beständige Furcht,

dass Strikes ausbrechen resp. sich wiederholen würden, störte die bestüberlegten Dispositionen und machte einen sicheren Kalkül der Selbstkosten und des Gewinnes unmöglich. In diesem Gefühle werden sehr häufig neue Aufträge gar nicht oder nur unter erschwerenden Umständen angenommen, da ja nicht selten die früher übernommenen bei den inzwischen nothgedrungen bewilligten Lohn erhöhungen ohne Verdienst, wenn nicht mit Verlust ausgeführt worden sind. Manche Arbeitgeber übernehmen daher Lieferungsverpflichtungen nur bis zur Hälfte ihrer regelmässigen Produktion, andere nur unter Vorbehalt der Strikeklausel.

Von einzelnen Schädigungen der Industrie mögen noch folgende erwähnt werden: Bei dem Strike der Bergleute wurden die Zechen im Dortmunder Bezirke durch die gezwungene Unterlassung wichtiger und unerlässlicher Grubenarbeiten materiell erheblich geschädigt. — Als Folge des Buchdruckerstrikes wird eine ungünstige Einwirkung auf den Verlag von wissenschaftlichen Werken und auch von Schulbüchern befürchtet, weil erstere bei ihrer gewöhnlich geringen Auflage und der Unmöglichkeit, den Preis entsprechend zu erhöhen, unter den jetzigen Lohnverhältnissen in vielen Fällen keinen Verleger finden dürften. — Das Münchener Schlossergewerk theilt mit, dass die durch die Lohnsteigerung erhöhten Fabrikationspreise eine Einschränkung des Verbrauchs nach sich gezogen haben.

Nachstehend sind die ziffermässigen Angaben des durch Strikes verursachten Schadens, soweit solche in den Berichten vorliegen, wiedergegeben:

Koblenzer Cigarrenindustrie	10,000 Thlr.
Hutfabrik von Schweiss in Offenburg (Grossherzogthum Baden)	8,000 fl.
Verlust der strikenden Bergleute selbst bei dem Waldenburger Strike; 550,000 Verdienstage =	275,000 Thlr.
Zimmermeister Odendahl in Köln	200 „
dto. Hoffmann dto.	300 „
Lastingweberei von Ferdinand Mayer in Köln	1,000 „
Centralwerkstätte der Rheinischen Eisenbahn bei Köln	10,000 „
Mechanische Webereien in Greiz, direkter Schaden	15,000 „
Baumwollspinnerei von Krauss & Sohn in Augsburg	einige 1,000 fl.
Buchdruckerei in Posen, sofortiger Schaden mehrere	1,000 Thlr.

Vorschläge zur Abhilfe, namentlich auf dem Wege der Gesetzgebung.

Den Berichten über die stattgehabten Arbeitseinstellungen haben viele Handelskammern ihre Wünsche und Vorschläge bezüglich der Abhilfsmassregeln hinzugefügt, welche gegenüber den durch die Strikes hervorgerufenen Uebelständen zu empfehlen wären. Behufs Durchführung der vorgeschlagenen Massnahmen wird meistens der Weg der Gesetzgebung in's Auge gefasst, mitunter jedoch nur auf die Selbsthilfe verwiesen.

Die dringlichsten und am häufigsten in den Vordergrund gestellten Vorschläge konzentriren sich um die folgenden Punkte, welche in einer von dem Verein der Maschinenfabrikanten, Eisengiessereibesitzer und verwandter

Industrieller in Deutschland zu Chemnitz an den Reichstag ergangenen Petition aufgestellt sind:

1. Verpflichtung des Arbeiters, sich beim Eintritt in die Arbeit über seine Persönlichkeit und seine letzte Beschäftigung zu legitimiren.

2. In die Gewerbeordnung bzw. in das Reichsstrafgesetzbuch eine Strafbestimmung wegen Kontraktbruch einzuschalten.

3. Die Strafbestimmungen, bezüglich der Ausschreitungen bei Ausübung des Coalitionsrechts in § 153 der Gewerbeordnung an sich durch Erhöhung des Minimalstrafmaasses zu verschärfen und insbesondere auf diejenigen zu erstrecken, die zur Arbeitseinstellung durch Wort und Schrift aufreizen.

4. Die civilprocessualen Vorschriften über den Beweis der dem Arbeitgeber durch den kontraktbrüchigen Arbeiter zugefügten Schaden entsprechend umzugestalten.

5. In Ansehung der Forderungen, welche dem Arbeitgeber aus dem Arbeitsverhältniss mit dem kontraktbrüchigen Arbeiter entstanden sind, die Inhibition des Lohnes für zulässig zu erklären.

Dieser Petition stimmen nach ihrem ganzen Umfange zu: Der Württembergische Handelsverein und Carlsruhe, letzteres mit besonderer Betonung der Position 3. Die Handelskammer zu Calw (Württemberg) tritt bei, mit Ausnahme der Pos. 4.

Dresden formulirt seine grösstentheils der Chemnitzer Petition analogen Wünsche dahin, dass:

1. Im Gesetzeswege Legitimationsbücher für Arbeiter wiederum eingeführt werden, in denen der Nachweis über die Persönlichkeit, sowie über die Art und Zeit der Beschäftigung gegeben werden soll.

2. In die Gewerbe-Ordnung bzw. in das Reichsstrafgesetzbuch angemessene Strafen für Vertragsbrüche der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in ihren gegenseitigen Beziehungen aufgenommen werden.

3. Fast wörtlich mit Pos. 3 der Chemnitzer Petition übereinstimmend.

4. Alle aus dem Arbeits- resp. Lehrverhältnisse herrührenden Streitigkeiten, insbesondere auch Ansprüche über erwachsene Schäden durch Schiedsgerichte, welchen exekutive Gewalt beigelegt werden müsse, entschieden werden.

Augsburg votirt wie Dresden sub 3 und 4.

Den Zeugnisszwang — Nr. 1 der Chemnitzer Petition — befürworten ferner: Görlitz, Göttingen, Augsburg und Flensburg.

Die Erzielung geregelter Arbeitsverhältnisse durch Einführung von Legitimationsscheinen oder Arbeitsbüchern zunächst auf dem Wege der Selbsthilfe empfehlen: Göttingen, München, die Firma J. N. Eberle in Augsburg und die Lübeckische Gewerbekammer, letztere mit dem Beisatze, dass die Einführung von Arbeitsbüchern durch ganz Deutschland einheitlich zu organisiren sei.

Für strafrechtliche Ahndung des Kontraktbruches — Nr. 2 der Chemnitzer Petition — sprechen sich aus: Crefeld, Cöslin, Stargard, Hirschberg, Göttingen, Saarbrücken, Schweidnitz, Altenburg, München, Sorau, Augsburg und Flensburg. Cöslin stellt anheim, dass es dem Kläger freigestellt werde, dem Verurtheilten die Strafe zu erlassen. Schweidnitz fordert strafrechtliches Einschreiten gegen den in rechtswidriger Weise gemeinsam verabredeten Kontraktbruch.

Im Sinne der Nr. 3 der Chemnitzer Petition — strengere Bestrafung von Drohung und Zwang gegen Weiterarbeitende, Einschreiten gegen Agitatoren — gaben ihr Gutachten ab: Hirschberg, Göttingen und Buchdruckerei-

besitzer Büxenstein in Berlin; letzterer legt Werth auf die polizeiliche Ueberwachung der Arbeiterversammlungen und Vereine.

Die Wiedereinführung der Lohnbeschlagnahme wenigstens bis zu einem gewissen Procentsatze — Nr. 5 der Chemnitzer Petition — wird von Düsseldorf empfohlen.

Die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte proponiren: Bingen, Buchdruckereibesitzer Büxenstein in Berlin, Fabrikbesitzer P. March in Charlottenburg, Hirschberg, Carlsruhe, Dresden (s. oben) und Augsburg (s. oben). Detaillirtere Andeutungen giebt das Büxenstein'sche Gutachten: das Coalitionsgesetz müsse einen Zusatz erhalten, dass Schiedsgerichte für jeden Geschäftszweig gebildet würden, denen jeder streitige Fall erst zur Entscheidung vorgelegt würde, und nur erst die Freiheit der Coalition, event. ein Strike Platz greifen dürfte, wenn der für im Unrecht erklärte Theil den Wahrspruch nicht erfüllte. Um dem Schiedsgericht, das mit einfacher Stimmenmehrheit entscheide, schwereres Gewicht und die grösstmögliche Parteilosigkeit zu geben, würde ein von der Staatsregierung zu bestellender Vorsitzender der gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu präsidiren haben. Carlsruhe wünscht „obligatorische Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten und Einigungsämtern, nach dem örtlichen Bedürfniss organisirt, mit Bezug auf § 108 und 142 der deutschen Gewerbe-Ordnung.“

Wiedereinführung des Zwanges für Lehrlinge, die festgesetzte Frist nicht nur inne zu halten, sondern auch nach Beendigung derselben ein Probestück anzufertigen, wird, gemäss einer Resolution des Ersten Allgemeinen Deutschen Handwerkertages, in dem Dresdener Bericht als möglicherweise wirksames Heilmittel mitgetheilt. Auch die Genossenschaft der Geschmeidemacher, Sporer und Feilenhauer in München stimmt dafür, dass die Lehrlinge wieder angehalten werden, eine Gesellenprüfung im Interesse der Heranbildung guter Arbeiter abzulegen. Die Münchener Handelskammer selbst will die Gesellenprüfung nur auf dem Wege der Selbsthülfe, etwa nach Analogie der Bestrebungen des Münchener Gewerbevereins, befürworten. Flensburg schliesst sich dem im Allgemeinen an.

Eine wenigstens theilweise Schadloshaltung des den Arbeitgebern aus dem Vertragsbruche der Arbeitnehmer entstehenden materiellen Verlustes liesse sich, nach dem Gutachten des Schweidnitzer Berichtes, vielleicht durch gesetzliche Normirung besonderer aus dem Lohn der Arbeitnehmer zu bildender Garantiekassen ermöglichen.

Die Cölnische Maschinenbau-Actien-Gesellschaft erhebt die Forderungen: auf dem Wege der Gesetzgebung möge jede kontraktlich festgestellte Lieferzeit im Falle von Arbeitseinstellungen als aufgehoben erklärt werden.

Eine Reduktion der Feiertage auf 4, ausschliesslich der Sonntage, will der Münchener Bericht angebahnt wissen.

Eigentum der
Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel



206\$07656416